



# Bayern in Zahlen

07 | 2009

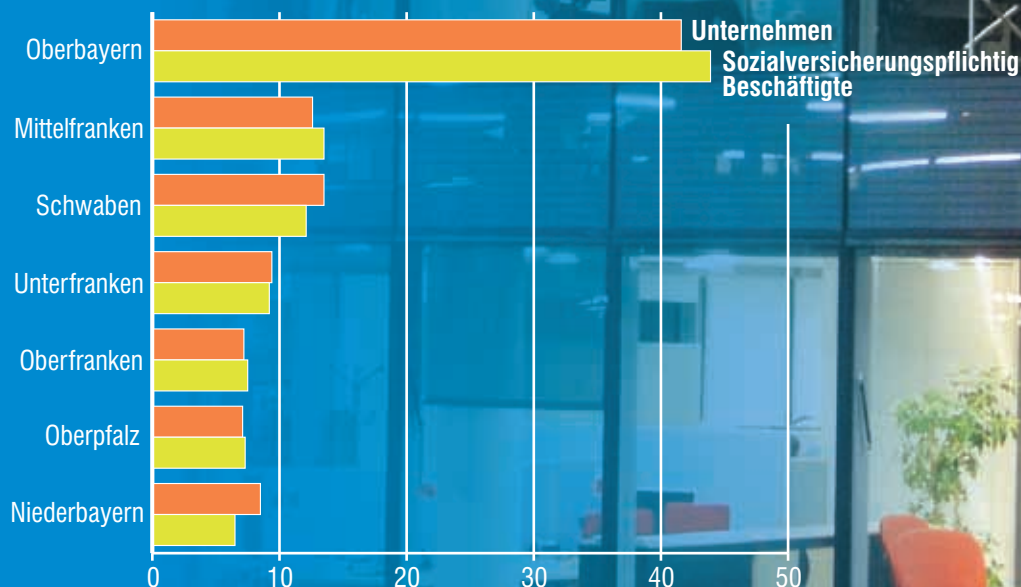
Ergebnisse aus dem statistischen Unternehmensregister  
in Bayern zum Stand 31. Dezember 2008

Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern

Bildungsdaten der amtlichen Statistik im Forschungsdatenzentrum

## Unternehmen und deren Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bayern nach Regierungsbezirken Stand: 31.12.2008

Anteile in Prozent



Quelle: Unternehmensregister in Bayern

# Impressum

---

## Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik und  
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 140. (63.)

Artikel-Nr.: Z10001  
ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:  
Bayerisches Landesamt für  
Statistik und Datenverarbeitung  
Neuhauser Straße 8  
80331 München

### Kontakt:

E-Mail [redaktion@statistik.bayern.de](mailto:redaktion@statistik.bayern.de)  
Internet [www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119-255  
Telefax 089 2119-607

### Redaktion:

Peter Englitz  
(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

### Preis:

Einzelheft 4,80 €  
Jahresabonnement 46,— €  
Zuzüglich Versandkosten

### Bestellungen:

E-Mail [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119-205  
Telefax 089 2119-457  
webshop [www.statistik.bayern.de/webshop](http://www.statistik.bayern.de/webshop)

### Auskunft:

E-Mail [info@statistik.bayern.de](mailto:info@statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119- 218  
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, 2009

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz.

Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten  
gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit  
Quellenangabe gestattet.

Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher  
Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme  
und/oder Datenträger.

Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyrightrechten Dritter hingewiesen  
wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

---

## Erläuterungen

O	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
-	nichts vorhanden	X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	r	berichtigtes Ergebnis
...	Angabe fällt später an	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann	s	geschätztes Ergebnis
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug			D	Durchschnitt
				≠	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

# Inhalt

---

	Statistik aktuell
262	Kurzmitteilungen
	Nachrichten
274	SPAM – Hintergründe und Abwehrmaßnahmen
	Beiträge aus der Statistik
279	Ergebnisse aus dem statistischen Unternehmensregister in Bayern zum Stand 31. Dezember 2008
284	Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern
	Information und Kommunikation
287	Bildungsdaten der amtlichen Statistik im Forschungsdatenzentrum
	Bayerischer Zahlenspiegel
301	Tabellen
310	Graphiken
	Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

# Kurzmitteilungen

## Zahl der Verunglückten geht in den ersten vier Monaten 2009 zurück

Nach den bisher vorliegenden Daten verunglückten von Januar bis April 2009 bei 13 655 Verkehrsunfällen auf Bayerns Straßen 18 618 Personen. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden ging gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008 um 1 133 bzw. 7,7% zurück, die Zahl der Verunglückten sank um 1 560 bzw. 7,7%. Von den 18 618 Verunglückten mussten 210 ihr Leben lassen, 2 913 wurden schwer- und 15 495 leichtverletzt.

Neben den 13 655 Unfällen mit Personenschaden ereigneten sich noch 89 869 Unfälle mit ausschließlich Sachschaden (nur Unfälle zu denen die Polizei herangezogen wurde). Von diesen Sachschadensunfällen waren 4 187 schwerwiegende Unfälle (+3,3%), bei denen mindestens ein Kraftfahrzeug aufgrund des Unfalls von der Unfallstelle abgeschleppt werden musste. Weitere 602 Unfälle (-4,6%) ereigneten sich unter dem Einfluss berauschender Mittel (mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter

dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln, aber alle Kraftfahrzeuge waren fahrbereit). Die verbleibenden 85 080 Unfälle (-2,8%) waren sogenannte „Bagatellunfälle“ (ohne Straftatbestand oder Ordnungswidrigkeit und alle Kraftfahrzeuge waren fahrbereit).

Mit einem Anteil von 39,5% ereignete sich der größte Teil der 13 655 Unfälle mit Personenschaden auf „anderen Straßen“, gefolgt von den Landstraßen mit 21,5%, den Bundesstraßen mit 19,7%, den Kreisstraßen mit 11,9% und den Autobahnen mit 7,5%. 58,0% der Unfälle passierten innerorts und 42,0% außerorts.

Von den 18 618 Verunglückten waren 1 165 unter 15 Jahren und 1 909 waren 65 oder mehr Jahre alt; unter den 210 Getöteten waren sechs Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren und 58 Personen mit 65 oder mehr Jahren. 45,9% der Verunglückten waren weiblich, von den Getöteten waren es 27,6%.

Der Großteil der Verunglückten war Fahrer oder Mitfahrer in einem Kraftfahrzeug (15 077), 2 178 waren mit dem Fahrrad unterwegs und 50 mit anderen Fahrzeugen; 1 264 Verunglückte nahmen als Fußgänger am Verkehrsgeschehen teil. Daneben wurden 49 andere Personen verletzt. Von den getöteten Personen waren 132 Fahrer oder Mitfahrer von Personenkraftwagen, 30 Fußgänger, 20 Fahrradfahrer und 17 Fahrer oder Mitfahrer von Motorzweirädern (mit amtlichen Kennzeichen) bzw. von Mofas, Mopeds. Die übrigen 11 getöteten Personen waren Fahrer oder Mitfahrer eines anderen Kraftfahrzeugs.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im April 2009“ (Best.-Nr. H 11013).\*

### Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im April 2009

Unfälle ----- Verunglückte	April 2009	März 2009	April 2008*	Januar - April		April 2009		Januar -
						gegenüber		
				2009	2008*	März 2009	April 2008*	Januar - April 2008*
				Anzahl				Veränderung in %
Unfälle insgesamt .....	26 616	24 283	29 415	103 524	106 990	9,6	-9,5	-3,2
davon mit Personenschaden .....	4 329	2 876	4 307	13 655	14 788	50,5	0,5	-7,7
mit Sachschaden .....	22 287	21 407	25 108	89 869	92 202	4,1	-11,2	-2,5
davon schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) .....	717	881	1 007	4 187	4 055	-18,6	-28,8	3,3
sonstige Sachschadensunfälle u. d. Einfluss berauschender Mittel .....	134	125	164	602	631	7,2	-18,3	-4,6
übrige Sachschadensunfälle .....	21 436	20 401	23 937	85 080	87 516	5,1	-10,4	-2,8
Verunglückte insgesamt .....	5 725	3 900	5 765	18 618	20 178	46,8	-0,7	-7,7
davon Getötete .....	61	49	60	210	231	24,5	1,7	-9,1
Verletzte .....	5 664	3 851	5 705	18 408	19 947	47,1	-0,7	-7,7
davon Schwerverletzte .....	1 019	545	988	2 913	3 246	87,0	3,1	-10,3
Leichtverletzte .....	4 645	3 306	4 717	15 495	16 701	40,5	-1,5	-7,2

\* Endgültiges Ergebnis.

## 2008 weniger Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Im Jahr 2008 wurden in Bayern 215 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert, 31 davon in Wasserschutzgebieten bzw. Heilquellenschutz-, Überschwemmungs- oder sonstigen schutzwürdigen Gebieten. Dabei wurden – soweit von den zuständigen Überwachungsbehörden quantifizierbar – insgesamt 1 629,8 m<sup>3</sup> potenziell wassergefährdende Substanzen, darunter 104,9 m<sup>3</sup> Mineralöle bzw. Mineralölprodukte, freigesetzt. Obwohl die Zahl der gemeldeten Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen um gut ein Fünftel niedriger war als im Vorjahr (2007: 277 Unfälle), gelangte dabei fast die vierfache Menge an Schadstoffen in die Umwelt. Derartige Schwankungen sind bedingt durch die unterschiedlichen Schadstoffmengen je Unfall.

Bei insgesamt 85 Unfällen war der Hauptgrund menschliches Fehlverhalten. Materialfehler waren ursächlich für insgesamt 50 Schadensfälle, 80 Unfälle ereigneten sich aus sonstigen bzw. ungeklärten Gründen. Unfallfolgen waren vorwiegend Verunreinigungen des Bodens (155 Fälle); das Grundwasser bzw. eine Wasserversorgung war in 15 Fällen betroffen.

6,4 % der freigesetzten Substanzen (104,1 m<sup>3</sup>) – fast ausschließlich Mineralölprodukte, wie z.B. Heizöl, Benzin, Dieselmotorkraftstoff, Kerosin, Altöl oder Rohöl – waren als stark wassergefährdend (Wassergefährdungsklasse 3) bzw. wassergefährdend (Wassergefährdungsklasse 2) eingestuft. Bei 89,1 % der ausgelaufenen Schadstoffmengen handelte es sich um

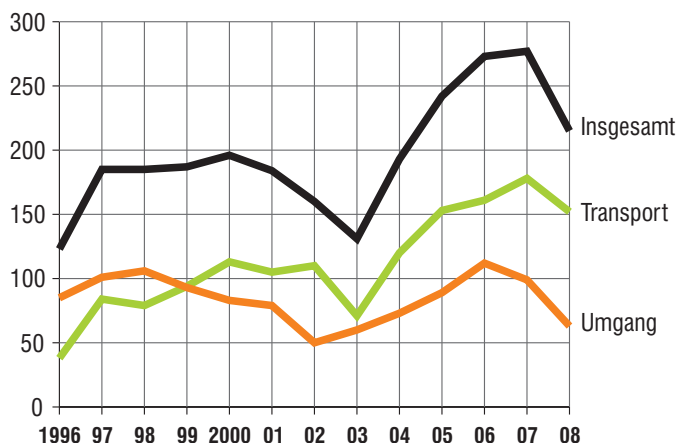
potenziell wassergefährdende Stoffe, wie z.B. Gülle, Jauche oder Silagesickersäfte bzw. andere Stoffe oder Flüssigkeiten, die keiner Wassergefährdungsklasse zugeordnet sind. Durch Sofort- und Folgemaßnahmen, wie z.B. das Aufbringen von Bindemitteln, das Einbringen von Gewässersperren oder das Aufbereiten des verunreinigten Materials vor Ort, konnte 2008 insgesamt gut die Hälfte (841,9 m<sup>3</sup>) der freigesetzten Schadstoffmengen wiedergewonnen werden.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren ereignete sich die Mehrzahl der gemeldeten Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen (152 bzw. 70,7 %) bei der Beförderung, und zwar überwiegend durch Straßenfahrzeuge (145 Unfälle). Dabei gelangten 141,1 m<sup>3</sup> an wassergefährdenden Substanzen in die Umwelt. 47,5 % (67,1 m<sup>3</sup>) davon waren Mineralölprodukte, die vorwiegend aus beschädigten Betriebsstofftanks ausgelaufen waren.

Der weit größere Teil der 2008 freigesetzten Schadstoffmengen (1 488,4 m<sup>3</sup> bzw. 91,3 %) fiel bei insgesamt 63 Unfällen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen an. Hier waren es vorwiegend sonstige Stoffe, wie z.B. Gülle, Jauche oder Silagesickersäfte, die in die Umwelt gelangten.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Bayern 2008“ (Best.-Nr. Q4100C 200800).\*

### Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen in Bayern seit 1996



### Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen in Bayern 2008

Merkmal	insgesamt	Unfälle beim Umgang			Unfälle bei der Beförderung		
		zusammen	davon mit		zusammen	davon mit	
			Mineralölprodukten	sonstigen Stoffen		Mineralölprodukten	sonstigen Stoffen
Anzahl der Unfälle .....	215	63	47	16	152	143	9
Freigesetzte Stoffmenge in m <sup>3</sup> .....	1 629,8	1 488,4	37,8	1 450,6	141,4	67,1	74,3
dar. wiedergewonnen .....	842	732,8	31,5	701,3	109,2	58,4	50,8

## Knapp sechs Millionen Wohnungen in Bayern

Ende 2008 gab es in Bayern insgesamt 5 966 449 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Dies sind 0,6% mehr als zum Stichtag des Vorjahres. Wie auch im Vorjahr befand sich der größte Teil (97,8% bzw. 5 834 255) dieser Wohnungen in Wohngebäuden, während lediglich 2,2% bzw. 132 194 Wohnungen auf gewerbliche Hochbauten, sogenannte Nichtwohngebäude, entfielen.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl kamen in Bayern auf jede Wohnung rechnerisch 2,1 Einwohner. In den rund 1,9 Millionen Wohnungen in den kreisfreien Städten lag diese sogenannte „Belegungsdichte“ bei 1,9 Personen, während in jeder der rund 4,0 Millionen Wohnungen in den bayerischen Landkreisen durchschnittlich 2,2 Personen lebten. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Wohnungen in den Landkreisen mit durchschnittlich 101,9 Quadratmetern (m<sup>2</sup>) deutlich geräumiger waren als diejenigen in den kreisfreien Städten (74,4 m<sup>2</sup>). Bayernweit betrug die durchschnittliche Wohnfläche pro Woh-

nung 93,0 m<sup>2</sup> – ein Wert, der sich bereits in den Vorjahren stetig erhöht hatte.

Knapp jede zehnte Wohnung in Bayern war eine Ein- oder Zweizimmerwohnung, 43,5% hatten drei oder vier Räume und 47,1% aller Wohnungen verfügten über fünf oder mehr Räume. Der Anteil der Ein- und Zweizimmerwohnungen in den kreisfreien Städten übertraf dabei mit durchschnittlich 15,4% deutlich den in den Landkreisen (6,4%). Umgekehrt war die Quote „großer“ Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen in den Landkreisen mehr als doppelt so hoch (56,6%) wie in den kreisfreien Städten (27,3%). Von allen kreisfreien Städten und Landkreisen besaß die Stadt München den höchsten Anteil an Ein- und Zweizimmerwohnungen (21,7%) und den geringsten Anteil an Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen (20,2%).

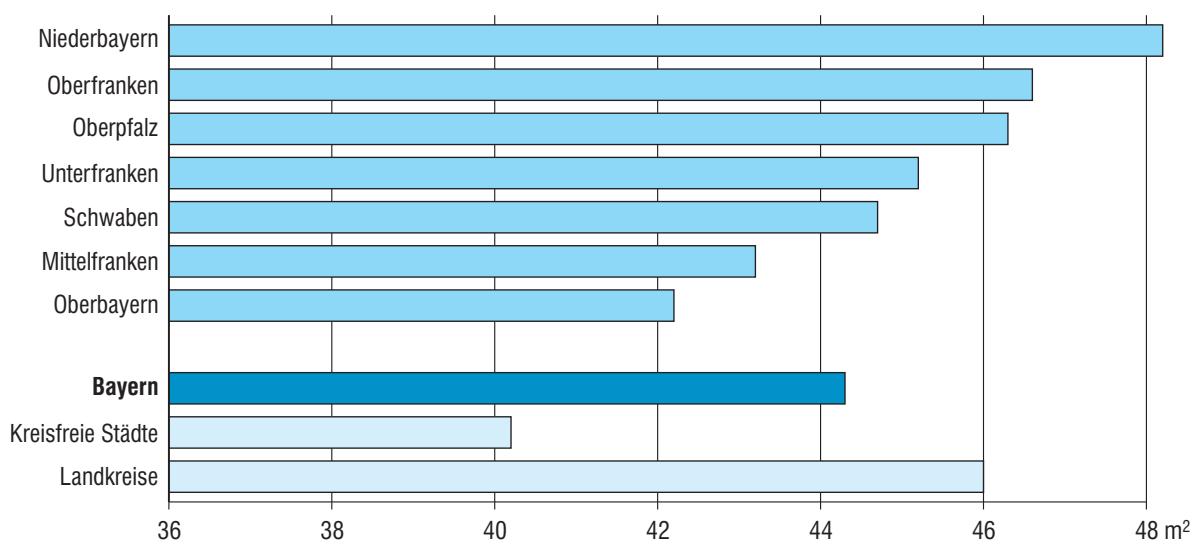
Im Mittel hatte jeder Einwohner Bayerns Ende 2008 durchschnittlich 44,3 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Am „geräumigsten“ wohnte man in Niederbayern

(mit 48,2 m<sup>2</sup> pro Einwohner), gefolgt von Oberfranken (46,6 m<sup>2</sup>), der Oberpfalz (46,3 m<sup>2</sup>), Unterfranken (45,2 m<sup>2</sup>) und Schwaben (44,7 m<sup>2</sup>). In den Regierungsbezirken mit den „Metropolregionen“ München bzw. Nürnberg war die Wohnfläche pro Kopf geringer: So musste ein Bürger in Oberbayern im Durchschnitt mit 42,2 m<sup>2</sup> und in Mittelfranken mit 43,2 m<sup>2</sup> auskommen. In den kreisfreien Städten stand pro Kopf mit 40,2 qm deutlich weniger Wohnfläche zur Verfügung als in den Landkreisen (46,0 m<sup>2</sup>).

Die Anzahl der Wohngebäude in Bayern belief sich zum 31.12.2008 auf 2 901 910 (+0,6% gegenüber 2007). Wie bereits im Jahr 2007 handelte es sich dabei zu knapp zwei Dritteln (66,1%) um Einfamilienhäuser. Gut jedes fünfte Wohngebäude (20,8%) war ein Zweifamilienhaus, und bei rund jedem achten (13,1%) handelte es sich um ein Mehrfamilienhaus. In den kreisfreien Städten Bayerns lag der Anteil der Mehrfamilienhäuser bei 32,3% und damit deutlich sowohl über dem Bayerndurchschnitt als

### Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Bayern 2008 nach Regierungsbezirken

Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden



Stand der Angaben: Wohnungen zum 31.12.2008, Einwohnerzahl zum 30.06.2008

auch über dem entsprechenden Wert in den Landkreisen (9,0 %).

Insgesamt ist der Wohngebäude- und Wohnungsbestand in Bayern im Jahr 2008 im Vergleich zu den Vorjahren leicht überhöht ausgewiesen, da aufgrund ei-

ner Änderung der Bayerischen Bauordnung zum 01.01.2008 die Beseitigung bestimmter Gebäudeklassen nicht mehr bei den Bauaufsichtsbehörden angezeigt werden muss.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bayern – Stand: 31. Dezember 2008“ (Best.-Nr. F24003 200800, Preis 5,10 €).\*

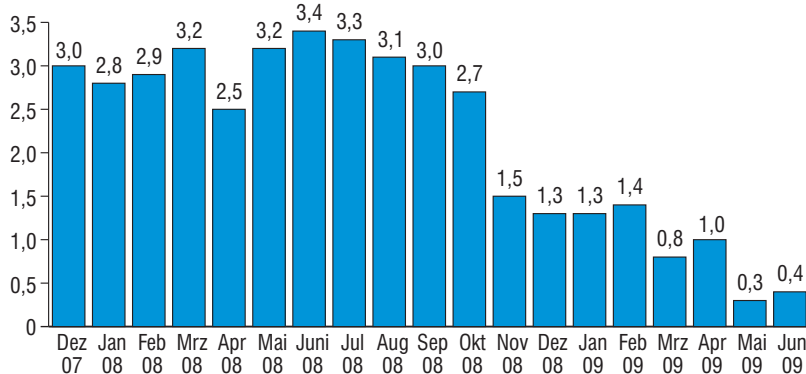
## Inflationsrate in Bayern im Juni bei 0,4 %

Der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr hat sich wieder leicht erhöht. So betrug die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Juni 0,4 %; im Mai hatte sie 0,3 % betragen. Die niedrige Inflationsrate ist dabei ganz wesentlich auf die kräftigen Preisrückgänge bei Heizöl und Kraftstoffe zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen sind die Verbraucherpreise im Durchschnitt gegenüber dem Juni des Vorjahres mit +1,8 % deutlich stärker gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel blieben im Vergleich zum Juni des Vorjahres nahezu unverändert (-0,1 %). Die Entwicklung verlief allerdings unterschiedlich. So haben sich Fleisch und Fleischwaren (+4,2 %) sowie Fische und Fischwaren (+2,1 %) verteuert, während Gemüse (-7,5 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (-5,5 %) günstiger waren als im Vorjahr. Besonders starke Preisrückgänge gegenüber dem Juni des Vorjahres waren bei Butter (-13,2 %), frischer Vollmilch (-17,9 %), sowie bei Speisequark (-23,3 %) zu verzeichnen.

Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl (+7,0 %) und Kraftstoffe

### Verbraucherpreisindex für Bayern von Dezember 2007 bis Juni 2009 Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent 2005 = 100



(+5,0 %) gegenüber dem Vormonat wieder erhöht. Wegen der Verbilligung in den Vormonaten weisen beide Positionen im Jahresvergleich jedoch weiterhin deutliche Preisrückgänge auf. So verringerten sich die Preise für Heizöl um 41,3 %; Kraftstoffe waren 16,3 % billiger als im Vorjahr. Die Preise für Strom lagen hingegen im Juni 11,2 % höher als im Vorjahr. Die Gaspreise blieben gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Jahresvergleich weisen sie eine Zuwachsrate von 0,6 % auf.

Weiterhin moderat verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Ju-

ni des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,7 %. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Juni auch weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So waren Fernsehgeräte (-32,1 %), Personalcomputer (-14,8 %) und Notebooks (-14,5 %) für den Verbraucher deutlich günstiger als im Vorjahr.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Juni 2009 (mit Jahreswerten von 2005 bis 2008 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen)“ und „Verbraucherpreisindex für Bayern (mit monatl. Indexwerten von Januar 2005 bis Juni 2009 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen)“.\*



### Zahl der Adoptionen in Bayern 2008 leicht rückläufig

In Bayern wurden im Jahr 2008 insgesamt 613 Kinder und Jugendliche adoptiert, 7,1 % weniger als im Vorjahr (660). Rund 63,3 % der Kinder und Jugendlichen wurden von einem Stiefeltern-Teil oder von Verwandten an Kindes statt angenommen. Damit fiel ein Großteil der Adoptionen in das den Kindern bereits bekannte Umfeld und bedeutete keine Veränderung der Lebensumstände und Bezugspersonen. Bei 36,7 % der Fälle standen die Adoptiveltern in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zu dem

von ihnen adoptierten Kind oder Jugendlichen.

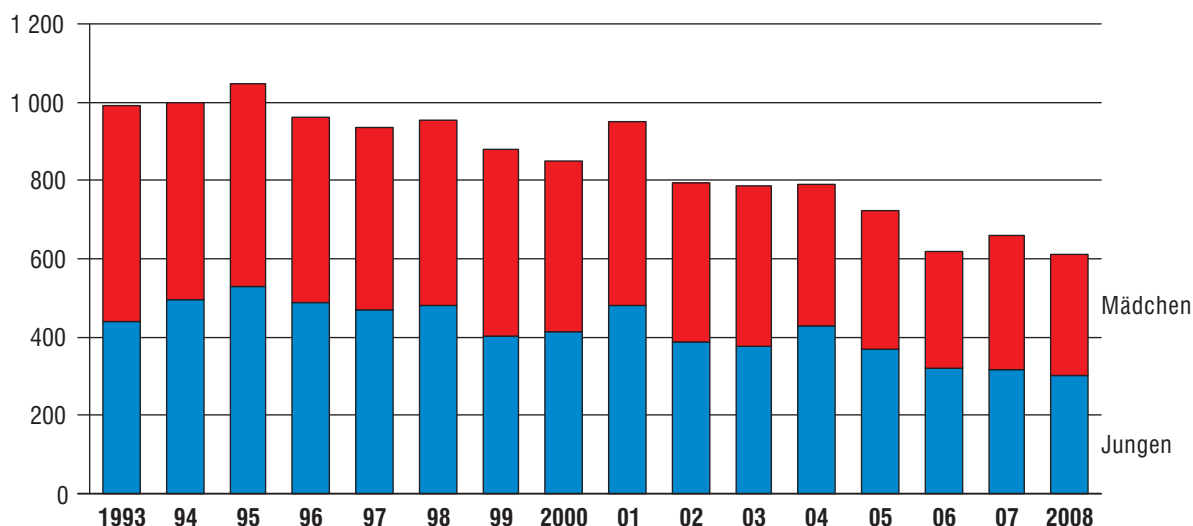
Im Jahr 2008 waren 38,7 % (237) aller adoptierten Kinder und Jugendlichen unter 6 Jahre, 32,8 % (201) zwischen sechs bis unter zwölf Jahre und 28,5 % (175) zwölf bis unter 18 Jahre alt.

Die deutsche Staatsbürgerschaft hatten zwei Drittel (410) der Adoptierten. Von den 203 Adoptivkindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit kamen 45,3 %

(92) aus europäischen Ländern.

Bei der Zahl der zur Adoption vorgemerkten Kinder und Jugendlichen war 2008 ein leichter Anstieg auf 116 Kinder und Jugendliche (+ 1,8 %) zu verzeichnen. Demgegenüber lagen den Adoptionsvermittlungsstellen rund 8 % weniger Bewerbungen adoptionswilliger Eltern vor. Rein rechnerisch ergaben sich somit für jeden zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen zehn mögliche Adoptiveltern.

### Adoptierte Kinder in Bayern seit 1993



### Realsteuer-Hebesätze in Deutschland meist unter 400 %

Welche der etwas mehr als 12 200 deutschen Städte und Gemeinden bietet Unternehmen die günstigsten Gewerbesteuer-Hebesätze? Wo sind für Landwirte und wo für Hauseigentümer die Grundsteuer-Hebesätze am höchsten? Diese und weitere Fragen lassen sich anhand der jetzt für das Jahr 2008 vorliegenden bundes-

weiten Übersicht über kommunale Hebesätze beantworten.

In Bayern reichte beim Vergleich aller 2 056 Städte und Gemeinden die Spannweite bei der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen) und B (Grundsteuer für andere Grundstücke) von 150 % (Gundremmingen/

Lkr. Günzburg) bis zu 650 % (Gnotzheim und Meinheim / beide Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen), bei der Gewerbesteuer von 230 % (Rettenbach am Auerberg/Lkr. Ostallgäu) bis 490 % (Landeshauptstadt München und Kirchberg/Lkr. Erding). Für ganz Deutschland ergeben sich folgende Höchstwerte:



Grundsteuer A: 1 800 % (Enzklösterle/  
Baden-Württemberg)

Grundsteuer B: 900 % (Dierfeld/Rhein-  
land-Pfalz)

Gewerbsteuer: 900 % (Dierfeld/Rhein-  
land-Pfalz)

Eine EXCEL-Datei mit den Hebesätzen der Realsteuern 2008 kann im Webshop des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung unter der Adresse [www.statistik.bayern.de/webshop](http://www.statistik.bayern.de/webshop) unter „Gemeinschaftsveröffentlichungen“ oder direkt unter <https://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/webshop/details.php?id=38842> kostenlos heruntergeladen werden.

Städte und Gemeinden in Bayern und Deutschland 2008 nach Hebesatz-Kategorien

Hebesatz- Kategorie von ... bis ... in %	Bayern			Deutschland		
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer	Grundsteuer		Gewerbe- steuer
	A	B		A	B	
	Zahl der Städte bzw. Gemeinden					
unter 200 .....	4	1	-	168	27	1
200 bis 299 .....	329	317	57	5 831	1 904	737
300 bis 399 .....	1 454	1 527	1 967	5 578	9 374	10 699
400 bis 499 .....	223	183	32	534	840	768
500 bis 599 .....	38	24	-	69	57	1
600 bis 699 .....	8	4	-	22	7	1
700 bis 799 .....	-	-	-	1	-	-
800 bis 899 .....	-	-	-	3	1	-
900 bis 999 .....	-	-	-	2	1	1
1 000 oder mehr .....	-	-	-	6	-	-
uneinheitlich* .....	-	-	-	13	16	19

\* im Zuge kommunaler Gebietsreformen neu gegründete Gemeinden mit (noch) uneinheitlichen Hebesätzen.

## Jeder zwanzigste 65-Jährige oder Ältere lebt im Heim

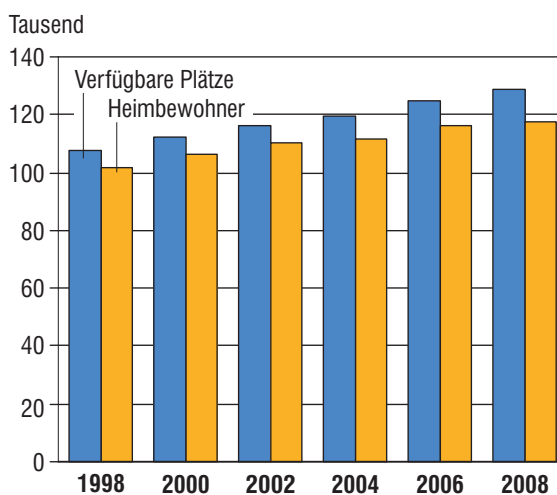
In den 1 388 Einrichtungen und betreuten Wohnformen für ältere Menschen in Bayern standen zum Jahresende 2008 insgesamt 128 586 Plätze (Betten) zur Verfügung. In diesen dem Heimgesetz unterliegenden Einrichtungen lebten 117 429 Menschen (+1,1%). Das waren rund fünf Prozent der Bevölkerung im Alter von 65 oder mehr Jahren in Bayern. Von den Bewohnern waren 83 % pflegebedürftig im Sinne der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI), davon 37 % in Pflegestufe I, 39 % in Pflegestufe II und 24 % in Pflegestufe III (inklusive Härtefälle).

Rund 57 % der Einrichtungen wurden von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, 31 % von privaten (gewerblichen) Trägern und die übrigen gut 12 % von öffentlichen Trägern geführt.

In den Einrichtungen waren insgesamt 84 771 Beschäftigte im Einsatz. Gegliedert nach dem Beschäftigungsverhältnis gab es 31 662 Vollzeitbeschäftigte (rund 37 %) und 40 578 Teilzeitbeschäftigte

### Heime der Altenhilfe

Verfügbare Plätze und Heimbewohner in Bayern seit 1998



(knapp 48 %) sowie 5 898 geringfügig Beschäftigte (knapp 7 %). Die übrigen 6 633 Personen waren Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und Zivildienstleistende (zusammen fast 8 %).

Rund 74 % aller Beschäftigten in den Einrichtungen arbeiteten im Pflege- und Betreuungsdienst und somit direkt mit den Bewohnern, die verbleibenden 26 % waren überwiegend im Wirtschafts- und Technikbereich tätig.

## Baupreise in Bayern im Mai um 0,9% höher als im Vorjahr

Der Preisindex für Wohngebäude in Bayern erreichte im Mai 2009 einen Stand von 112,9 (2005 = 100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat entsprach dies einer Steigerungsrate von 0,9%. Im Februar 2009 wurde noch ein Zuwachs von 2,0% gemessen. Zuletzt lag die Steigerung im Februar 2006 (+0,4%) niedriger. Die geringe Zuwachsrate ist insbesondere auf die derzeit angespannte gesamtwirtschaftliche Lage, die auch im Baubereich einen massiven Rückgang der Nachfrage bewirkt hat, zurückzuführen.

Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Vorjahresvergleich um 0,4%. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten sehr unterschiedlich. So gingen die Preise für Klempnerarbeiten um 2,3 und die für Betonarbeiten um 1,4% zurück, während sich Stahlbauarbeiten (+2,5%) sowie Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (+2,4%) verteuerten.

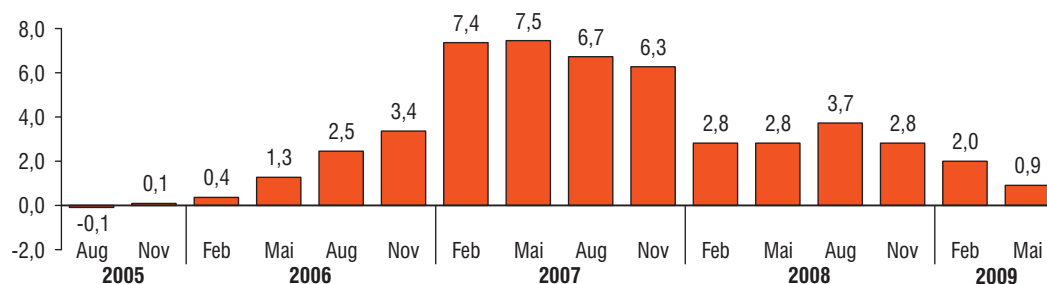
Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber Mai 2008 um 1,4%. Die höchsten Steigerungen waren

bei Arbeiten an raumluftechnischen Anlagen (+5,2%), Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+4,6%) und bei Fassadenarbeiten (+4,2%) zu verzeichnen. Preisrückgänge wurden hingegen bei Parkett- (-1,2%) sowie Putz- und Stuckarbeiten (-0,3%) gemessen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Mai 2009“ (Best.-Nr. M14003, Preis 5,30 €).\*

### Preisindex für Wohngebäude in Bayern 2005 bis 2009

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent  
2005 = 100



## Verarbeitendes Gewerbe in Bayern setzte im Mai um 13,3% weniger um

Im Mai 2009 musste das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, erneut einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum hinnehmen, und zwar von 13,3%. Von den 21,3 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 10,5 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (-14,2%) und darunter rund 4,1 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (-19,9%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit Ländern der Eurozone am Gesamtumsatz betrug 49,5 bzw. 19,2%.

Die Zahl der Mitarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns lag Ende Mai um 1,8% unter dem Vorjahresniveau. Nach ersten vorläufigen Schätzungen ergibt sich für den Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes im Mai 2009 ein wertmäßiger Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat von etwa 27% (Inlandsbestellungen: -28%; Auslandsorder: -25%).

Ab Berichtsmontat Januar 2009 werden die Daten im Verarbeitenden Gewerbe in der Abgrenzung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ

2008)“ erhoben und veröffentlicht. Ein Vergleich mit den bisherigen Zahlen nach der WZ 2003 ist nur sehr eingeschränkt möglich.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Mai 2009“ (Best.-Nr. E11013, Preis 5,10 €).\*

## Neun von zehn Haushalten in Bayern haben Geldvermögen

Im Rahmen der bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) beantworteten Anfang 2008 in Bayern rund 8 800 Haushalte auf freiwilliger Basis Fragen zu Höhe und Zusammensetzung ihres Geldvermögens am Jahresende 2007, wobei Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro oder mehr nicht berücksichtigt wurden. Nach den Ergebnissen der EVS verfügten 5,2 Millionen oder gut 91 % der 5,7 Millionen Privathaushalte in Bayern rechnerisch über ein Bruttogeldvermögen von durchschnittlich 61 000 Euro. Damit war die Vermögenslage bayerischer Haushalte überdurchschnittlich gut (Bundesdurchschnitt: 47 700 Euro). Das durchschnittliche Nettogeldvermögen

(Bruttogeldvermögen abzüglich der Konsumenten- und Ausbildungskreditschulden) der bayerischen Haushalte belief sich auf rund 59 800 Euro (Bundesdurchschnitt: 45 700 Euro). Im Vergleich zur vorhergehenden EVS verfügten die privaten Haushalte in Bayern rechnerisch über ein rund 7 400 Euro höheres Nettogeldvermögen als fünf Jahre zuvor.

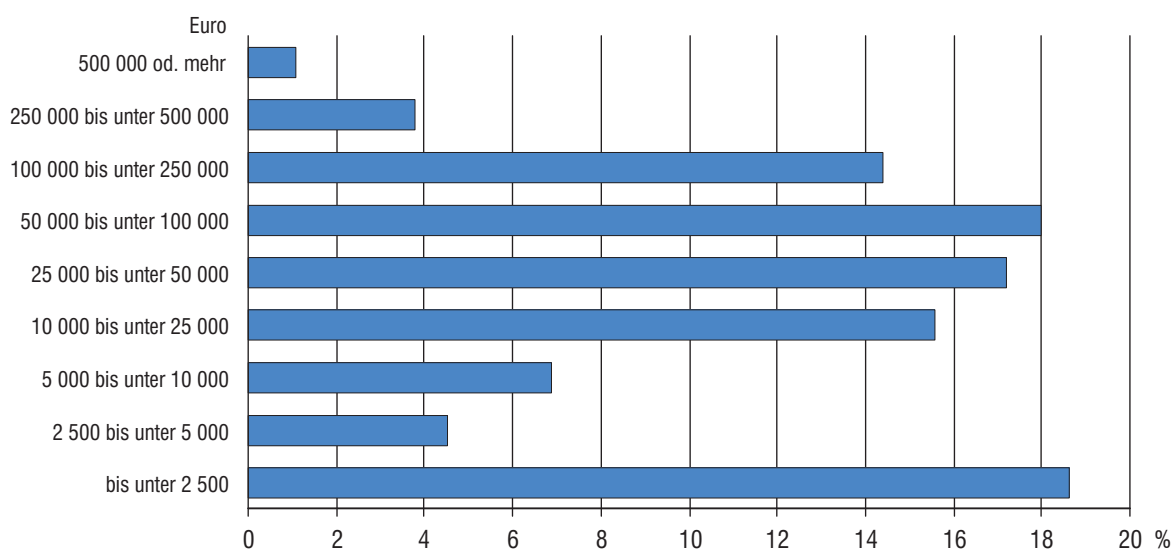
Bei der Betrachtung nach dem Haushaltsnettoeinkommen zeigt sich ein differenziertes Bild. So lag das durchschnittliche Nettogeldvermögen bei Haushalten mit sehr hohem monatlichen Nettoeinkommen (5 000 bis unter 18 000 Euro) bei rund 222 000 Euro, Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von unter

900 Euro konnten dagegen nur auf eine finanzielle Reserve von durchschnittlich 9 600 Euro zurückgreifen.

Rund 5 % der Haushalte besaßen ein Nettogeldvermögen von 250 000 Euro oder mehr. Bei je knapp einem Drittel der privaten Haushalte lag das Nettogeldvermögen zwischen 10 000 und 50 000 bzw. zwischen 50 000 und 250 000 Euro. Etwa 19 % verfügten netto über weniger als 2 500 Euro. Dazu rechnen auch Haushalte, deren Geldvermögen kleiner oder gleich Null ist.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Bayern 2008“ (Best.-Nr. 022003, Preis 16,30 €).\*

### Haushalte in Bayern am 1.1.2008 nach Nettogeldvermögen\*



\* In % der Haushalte mit Nettogeldvermögen; einschl. Haushalte, deren Nettogeldvermögen kleiner oder gleich Null ist.

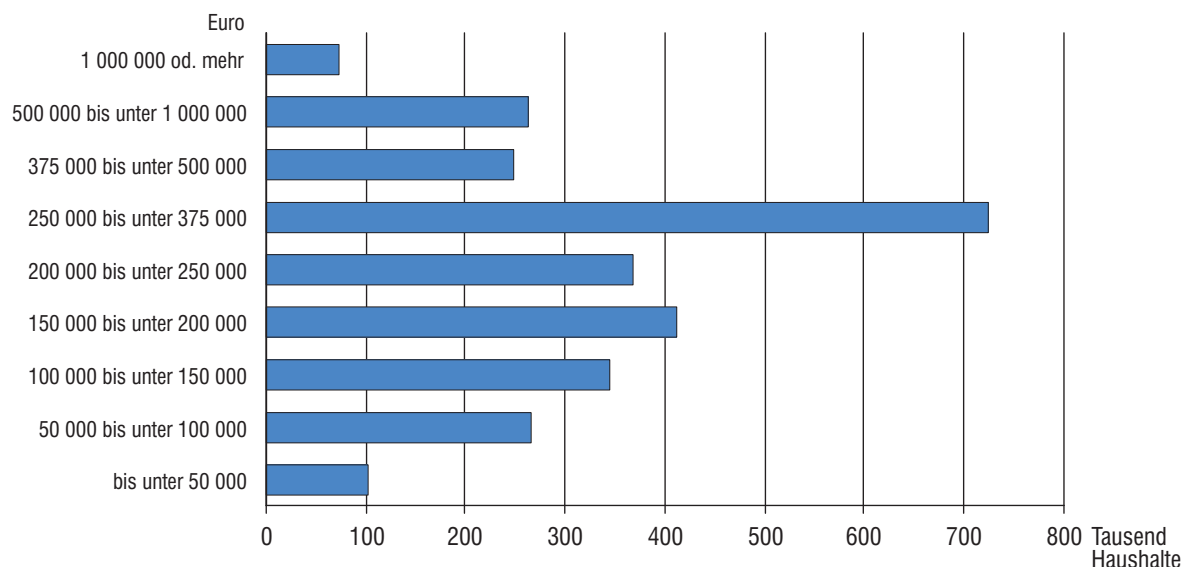
## 55 % der Haushalte in Bayern besitzen Haus- und Grundvermögen

Im Zuge der bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 wurden die teilnehmenden Haushalte auch nach dem Wert ihres Haus- und Grundbesitzes und der Höhe der

darauf lastenden Restschulden befragt. Anfang 2008 besaßen rund 3,1 Millionen der 5,73 Millionen bayrischen Haushalte (55 %) Haus- und Grundbesitz in Form von Wohnhäusern, Eigentumswoh-

nungen, sonstigen Gebäuden oder unbebauten Grundstücken. Im Bundesdurchschnitt waren rund 48 % aller Haushalte Haus- und Grundbesitzer.

### Haushalte mit Haus- und Grundvermögen in Bayern am 1.1.2008 nach dem jeweiligen Verkehrswert



Etwa 60 % der Haushalte mit Haus- und Grundvermögen besaßen Einfamilienhäuser, rund 36 % Eigentumswohnungen, fast 11 % gehörten unbebaute Grundstücke. Bei Haushalten mit Haus- und Grundbesitz betrug der Verkehrswert nach deren eigener Schätzung durchschnittlich 296 000 Euro. Das ergibt rechnerisch einen privaten Haus- und Grundbesitz in Bayern von 829 Milliarden Euro.

Rund ein Viertel der Haus- und Grundbesitzer besaßen Haus- und Grundvermögen mit einem Verkehrswert von bis zu 150 000 Euro. Bei etwa jedem Achten (12 %) lag der Verkehrswert seines Grundvermögens bei 500 000 Euro oder mehr.

Etwa 1,64 Millionen Haushalte (52 % der Haus- und Grundbesitzer) hatten Anfang 2008 noch eine Restschuld auf Hypothe-

ken, Baudarlehen und sonstigen Darlehen zum Erwerb bzw. zur Instandsetzung von Haus- und Grundvermögen. Je verschuldeten Haushalt errechnete sich eine Restschuld von 104 000 Euro. Das ergibt eine noch zu tilgende Darlehenssumme von insgesamt 165 Milliarden Euro in Bayern.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Haus- und Grundbesitz privater Haushalte in Bayern 2008“ (Best.-Nr. 0260003, Preis 11,70 €).\*

### Etwa jeder sechste bayerische Haushalt zahlt einen Konsumentenkredit ab

Bei der bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) im Jahr 2008 machten rund 8 800 private Haushalte stellvertretend für rund 5,7 Millionen Haushalte in Bayern Angaben zu ihrer finanziellen Situation. Etwa 905 000 Haushalte in Bayern hatten Restschulden aus dem Kauf von Konsumgütern wie z. B. Autos, Möbel oder Urlaubsreisen. Damit hatte jeder sechste Haushalt (16 %) in Bayern Schulden in Folge von Konsumentenkrediten. Im Bundesdurchschnitt lag der entsprechende Anteil bei fast 20 %.

Die Haushalte mit Konsumentenkreditschulden hatten im Durchschnitt noch etwa 10 000 Euro zurückzuzahlen. Allerdings lagen bei rund 28 % dieser Haushalte die Restschulden unter 2 500 Euro. Bei gut einem Drittel (34 %) der Haushalte, die sich für Konsumzwecke verschuldet hatten, standen noch 10 000 Euro oder mehr offen. Bei etwa jedem zwölften Schuldner betrug die Restschuld sogar 25 000 Euro oder mehr.

Jüngere Haushalte, die in der Regel einen größeren Anschaffungsbedarf haben als

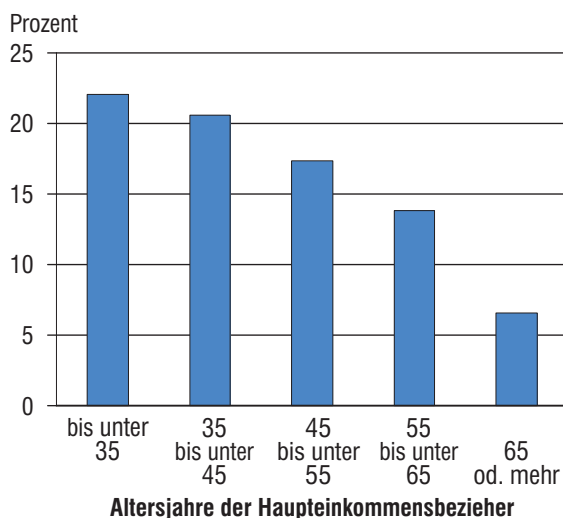
ältere, waren Anfang 2008 häufiger verschuldet als Haushalte im Rentenalter. So hatten rund 22 % der Haushalte, in denen die Haupteinkommensbezieherinnen oder -bezieher jünger als 35 Jahre waren, Konsumentenkredite aufgenommen, die noch zurückzuzahlen waren. Bei Haushalten mit Haupteinkommensbezieher im Alter von 65 oder mehr Jahren lag der entsprechende Anteil nur noch bei rund 7 %. Jüngere Haushalte hatten zudem im Laufe des Jahres 2007 Dispositionskredite in Anspruch genommen. In der Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren

hatten rund 39% der Haushalte mindestens einmal ihr Girokonto überzogen. Im Durchschnitt aller Haushalte betrug der entsprechende Anteil rund 29%.

Knapp 5% aller Haushalte hatten Anfang 2008 zur Finanzierung ihrer Aus- und Fortbildung Kredite wie (Meister-)BAföG, Studiengebührendarlehen oder sonstige Ausbildungskredite aufgenommen. Im Durchschnitt waren hier noch knapp 7 000 Euro zurückzuzahlen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Bayern 2008“ (Best.-Nr. 022003, Preis 16,30 €).\*

#### Haushalte mit Restschulden aus Konsumentenkrediten in Bayern am 1.1.2008 nach dem Alter des Haupteinkommensbezieher



### Wohngeld für mehr als 56 000 bayerische Haushalte

Laut § 1 Wohngeldgesetz dient das Wohngeld der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Das Wohngeld wird als Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder als Lastenzuschuss für selbst genutztes Wohneigentum geleistet.

Ende 2008 bezogen in Bayern 56 168 Haushalte Wohngeld. Gegenüber

dem Vorjahr (55 333) bedeutet dies eine Steigerung um 1,5%.

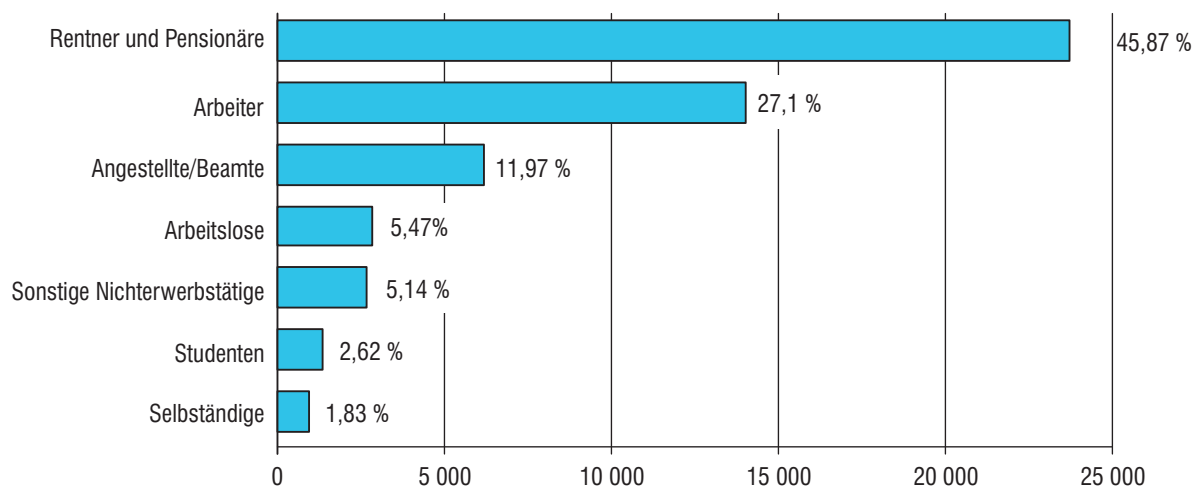
Von den 56 168 Haushalten, die Wohngeld erhielten, waren 51 716 reine Wohngeldhaushalte (d.h. der Haushalt insgesamt ist wohngeldberechtigt), das waren rund 4,3% weniger als im Jahr 2007

(54 052). 4 452 waren wohngeldrechtliche Teilhaushalte (Mischhaushalte); im

Vergleich zum Jahr 2007 (1 281) waren dies rund 3,5 mal so viele. Dieser Anstieg beruht vor allem darauf, dass Empfänger von Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II Wohngeld für ihre im gleichen Haushalt lebenden Kinder beantragen konnten.

Von den 51 716 reinen Wohngeldhaushalten in Bayern erhielten 47 326 das

#### Wohngeldempfänger in reinen Wohngeldhaushalten Bayerns 2008 nach der sozialen Stellung



Wohngeld als Mietzuschuss und 4 390 als Lastenzuschuss. Von den 4 452 Mischhaushalten erhielten 4 295 das Wohngeld als Mietzuschuss und 157 als Lastenzuschuss. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch belief sich im Jahr 2008 beim Mietzuschuss auf 85 Euro und beim Lastenzuschuss auf 104 Euro. 2007 waren es 83 Euro Mietzuschuss und 107 Euro Lastenzuschuss gewesen.

Bei den reinen Wohngeldhaushalten lebten 49,3% aller Wohngeldempfänger

in einem Ein-Personen-Haushalt, 13,9% in einem Zwei-Personen-Haushalt, 9,5% in einem Drei-Personen-Haushalt und 14% in einem Vier-Personen-Haushalt. Die restlichen 13,3% lebten in einem Fünf- oder Mehr-Personen-Haushalt. Betrachtet man die reinen Wohngeldhaushalte, ist festzuhalten, dass vor allem Rentner, Pensionäre und Arbeiter Leistungen nach dem Wohngeldgesetz erhielten.

Empfänger von Transferleistungen wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II erhal-

ten in der Regel kein Wohngeld, da Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Transferleistung berücksichtigt werden.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Wohngeld in Bayern“ (Best.-Nr. K7100C 200700, Preis 14,40 €).\*

## Fremdenverkehr im Minus

Auch im Mai 2009 setzte sich der Abwärtstrend im Fremdenverkehr fort, so dass die Gästezahlen im laufenden Jahr weiterhin deutlich unter dem Vorjahrsstand liegen: Von Januar bis Mai 2009 buchten in Bayern knapp 9,3 Millionen Gäste (-4,4%) gut 26,2 Millionen Übernachtungen (-5,3%). Die Auslastung der angebotenen Betten lag bei 31,0%, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste bei 2,8 Tagen.

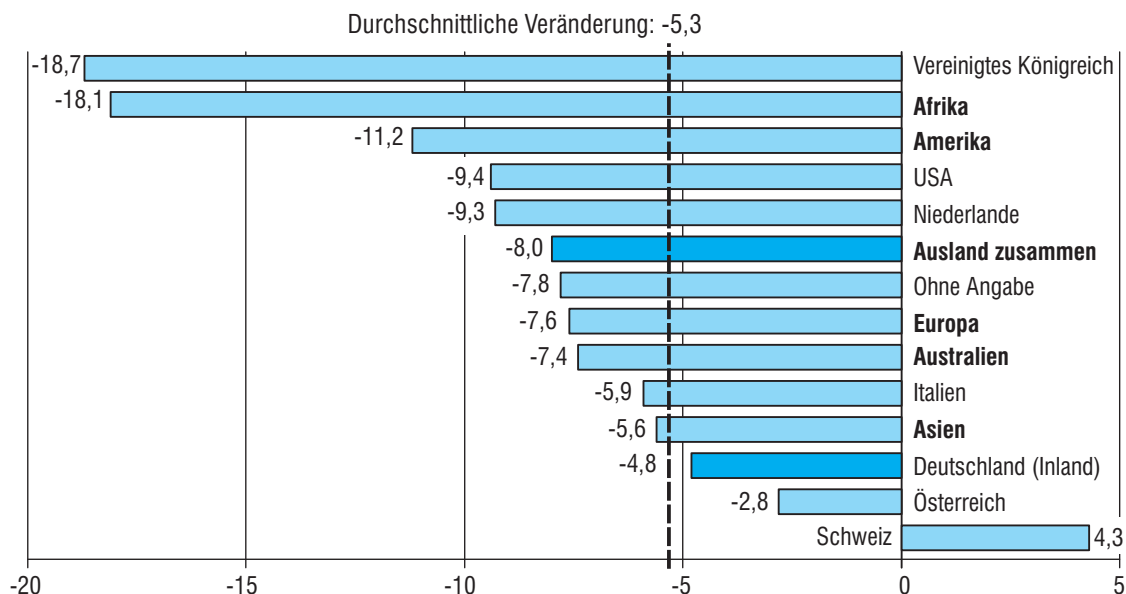
Mit Rückgängen von 8,8% auf knapp 1,9 Millionen bei den Gästeankünften und 8,0% auf nahezu 4,1 Millionen bei den Übernachtungen erwies sich der Reiseverkehr von Gästen aus dem Ausland schwächer als der von Gästen aus dem Inland (Gästeankünfte: -3,2%; Übernachtungen: -4,8%).

Nach der Herkunft der ausländischen Gäste betrachtet gibt es nur wenige Län-

der, für die in den ersten fünf Monaten 2009 ein Gästezuwachs gegenüber dem Vorjahr ermittelt werden kann. Von den fünf Gastnationen mit den meisten Übernachtungen in Bayern nahm allein die Zahl der Übernachtungen aus der Schweiz um 4,3% auf 315 000 zu. Die Übernachtungen aus den USA verringerten sich um 9,4% auf 395 000, aus den Niederlanden um 9,3% auf 376 000, aus Italien um 5,9% auf 353 000 und aus

Betriebsart Herkunft	Fremdenverkehr im Mai 2009				Januar - Mai 2009			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels .....	1 155 584	-1,1	2 492 356	-5,4	4 544 032	-3,9	10 022 998	-4,8
Hotels garnis .....	403 755	-3,4	1 011 218	-6,0	1 537 506	-7,7	3 819 899	-7,5
Gasthöfe .....	320 419	-4,7	684 698	-8,2	1 085 197	-5,3	2 359 229	-6,4
Pensionen .....	117 917	-1,0	373 954	-8,7	414 594	0,9	1 334 227	-4,1
Jugendherbergen und Hütten .....	88 526	0,3	208 490	-4,6	300 149	-2,5	741 691	-4,4
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses .....	148 291	13,5	435 018	3,0	633 672	-0,5	1 889 851	-1,8
Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen .....	90 410	-14,2	549 495	-17,0	356 645	-6,8	2 251 940	-10,0
Vorsorge- und Reha-Kliniken .....	35 097	3,2	640 426	-2,0	166 033	0,9	2 971 956	-0,9
Campingplätze .....	127 362	-17,3	423 929	-24,7	219 709	-6,2	836 677	-10,3
<b>Insgesamt .....</b>	<b>2 487 361</b>	<b>-2,6</b>	<b>6 819 584</b>	<b>-7,7</b>	<b>9 257 537</b>	<b>-4,4</b>	<b>26 228 468</b>	<b>-5,3</b>
davon im								
Inländerreiseverkehr .....	1 983 416	-2,1	5 793 303	-7,9	7 370 677	-3,2	22 161 218	-4,8
Ausländerreiseverkehr .....	503 945	-4,4	1 026 281	-6,3	1 886 860	-8,8	4 067 250	-8,0

### Veränderung der Zahl der Übernachtungen in Bayern von Januar bis Mai 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach Herkunft der Gäste in Prozent



Österreich um 2,8% auf 347 000. Entgegen dem allgemeinen Trend erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen aus den Arabischen Golfstaaten um 44,8% auf 64 000 sowie aus Indien um 10,2% auf 31 000.

Im Mai 2009 wurden in den rund 13 700 geöffneten bayerischen Beherbergungs-

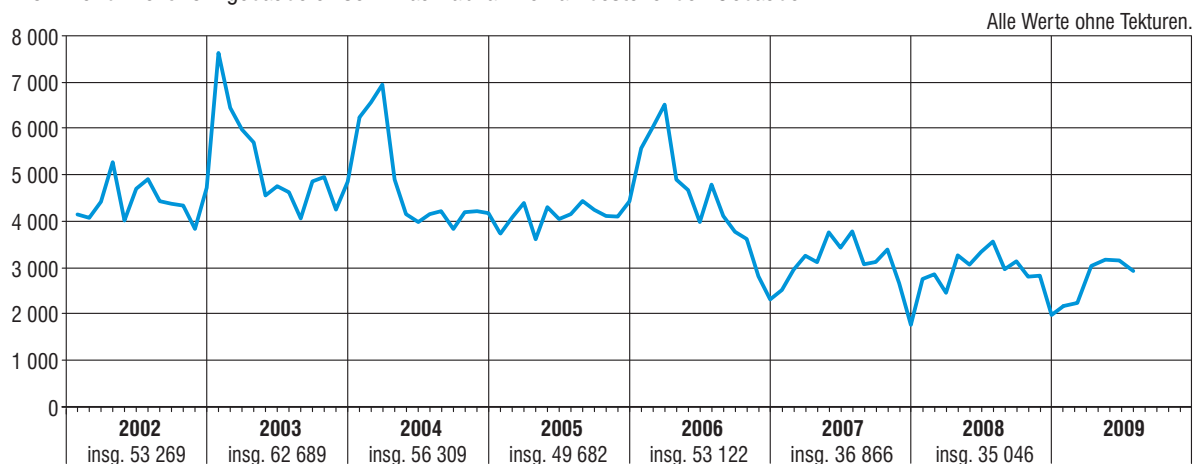
betrieben knapp 2,5 Millionen Gäste gezählt (-2,6%), die rund 6,8 Millionen Übernachtungen buchten (-7,7%). Die im Vergleich zum Vorjahr späten Pfingstferien, die 2009 anders als 2008, größtenteils erst im Juni lagen, verschärften den Rückgang der Gästezahlen bei einigen ferienabhängigen Betriebsarten. So

mussten die Campingplätze sowie die Ferienhäuser, Ferienwohnungen, Feriencentren im Mai 2009 gegenüber Mai 2008 zweistellige Abnahmen hinnehmen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Mai 2009“ (Best.-Nr. G41003, Preis 17,60 €).\*

### Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern seit 2002 (Monatswerte)

Wohn- und Nichtwohngebäude einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden



\* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich. Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3



## SPAM – Hintergründe und Abwehrmaßnahmen

---

### Was ist SPAM?

Der Begriff SPAM, eigentlich ein Markenzeichen für ein Frühstücksfleisch in Dosen und ein Kunstwort aus dem Englischen „spiced ham“, hat sich über den Umweg eines Fernsehsketches der englischen Komiker-Truppe Monty Python zur Bezeichnung für unerwünschte Werbe-Mails gewandelt.

Definiert wird der Begriff dadurch, dass es sich um unverlangt zugeschickte Massenmails handelt, die unerwünscht sind. In der Regel handelt es sich um Werbe-Mails mit eher dubiosen Angeboten.

Für SPAM werden in der Regel gefälschte Absenderadressen verwendet. Empfängeradressen sind oft fehlerhaft, es werden einfach Namensvarianten für bekannte Mailadressen durchprobiert. Die entstehenden Fehlermeldungen verschärfen das Problem. Sie führen zu sogenanntem kollateralem SPAM, da die Fehlermeldungen an die gefälschten Absenderadressen zurückgeschickt werden und zu einem weiteren Anstieg des unerwünschten Mailaufkommens führen.

Auch Juxmeldungen (sog. Hoaxes) werden massenhaft verteilt, oft unter Ausnutzung der Leichtgläubigkeit der Empfänger, die mit dem Weiterleiten der Mail das Gefühl haben, eine gute Tat zu vollbringen, da sie ihre Freunde und Bekannten vor eventuellen Gefahren, die in der Mail beschrieben werden, warnen. Nähere Infos hierzu gibt es unter <http://www2.tu-berlin.de/www/software/hoaxlist.shtml>. Einige typische Merkmale von SPAM fehlen diesen Mails, daher haben SPAM-Filter weniger Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Markierung.

Als gängiger Begriff für erwünschte E-Mails hat sich in Anlehnung an die ursprüngliche Bedeutung von SPAM der Begriff HAM (engl. für Schinken) eingebürgert.

### Probleme durch SPAM

Durch SPAM entsteht weltweit ein beträchtlicher wirtschaftlicher Schaden. Allein die Zeit zum Löschen von unerwünschten Werbemails summiert sich schnell auf mehrere 100 000 Euro für einen Betrieb. Neben der dadurch verlorenen Arbeitszeit kann durch SPAM auch die Netzinfrastruktur eines Unternehmens, einer Behörde oder eines Internet-Providers bedroht werden.

Durch den inzwischen sehr hohen Anteil an SPAM-Mails – am Übergang zum Bayerischen Behördennetz im Juni 2009 z.B. 99 % von 547 Mill. eingehenden E-Mails – wäre die Nutzung von E-Mail ohne geeignete Schutzmaßnahmen nicht mehr möglich. Für diese Flut an Mailnachrichten sind höhere (und damit teurere) Bandbreiten sowie leistungsfähigere Hardware notwendig. Auch dies führt zu wirtschaftlichen Schäden durch SPAM.

### Interessen der SPAM-Versender

Bei SPAM geht es im weitesten Sinn immer um finanzielle Interessen der SPAM-Versender (Spammer). Selbst wenn es sich nur um ein „harmloses“ Werbemail für ein dubioses Produkt handelt und nur ein geringer Bruchteil der Empfänger auf das Angebot eingeht, ist die Maßnahme für den Spammer erfolgreich. Kosten entstehen praktisch keine.

Daneben gibt es auch betrügerische Angebote, Phishing<sup>1</sup>-Mails (zum Ausspähen von Bankverbindungen), Mails zur Verteilung von Schadsoftware (Trojaner) und andere.

Zwischenzeitlich hat sich das Versenden von SPAM-Mails zu einer eigenen „Branche“ entwickelt, bei der nur relativ wenige Akteure ihre Dienste der grauen Werbebranche anbieten. Diese nutzen verschiedene technische Möglichkeiten aus, um die immer ausgefeilteren Abwehrmaßnahmen zu umgehen.

#### **Warum ist das Versenden von SPAM so einfach?**

E-Mails werden im Internet mit einem speziellen Protokoll transportiert. Das Simple Mail Transfer Protocol (SMTP) wurde bereits in den frühen 80er Jahren entwickelt. Damals wurde das Internet nur für den Informationsaustausch zwischen wenigen angeschlossenen Rechnern, überwiegend aus dem universitären Bereich, genutzt. Deshalb war das Protokoll bewusst sehr einfach gehalten. An einen Missbrauch dachte niemand. Dies hat zur Folge, dass fast alle Angaben in einer E-Mail ohne großen Aufwand gefälscht werden können. Spammer machen sich diese Eigenschaften zunutze und verschleiern vor dem Empfänger ihre Identität.

#### **Strategien der Spammer**

Die für den Spammer einfachste und immer noch genutzte Möglichkeit ist der Betrieb eigener Mailserver. Da diese jedoch immer den gleichen Absender- Adressbereich nutzen, gibt es für solche SPAM geeignete Abwehrmaßnahmen.

Proxy-Server sind gängige Komponenten vieler Internet-Übergänge. Fehlkonfigurierte Server können von Spammern mißbraucht werden, um über diese Server „unter falscher Flagge“ Mails zu versenden. Sie bedienen sich damit fremder Infrastruktur und senken so nebenbei ihre Kosten. Da solche Proxies ebenfalls immer mit den gleichen Absenderadressen arbeiten, sind jedoch dieselben Abwehrmaßnahmen möglich. Allerdings kann der betroffene Betreiber des Proxy als Folge keine HAM-Mails mehr versenden. Sie werden unweigerlich ebenfalls als SPAM (falsch) erkannt.

Mit spezieller Schadsoftware - ein bekanntes Beispiel ist der Storm-Worm - infizierte PCs können aus der Ferne in solche Proxies umgewandelt werden. Diese fremdgesteuerten PCs werden als Zombie-PCs bezeichnet. Sie können zudem zu teilweise riesigen, fremdgesteuerten Netzen zusammengeschaltet werden, den sogenannten Botnetzen (bot als Abkürzung für Robot). Für solche Netze werden, je nach Quelle, über 100 000 bis 400 000 Zombie-PCs angegeben. Da jeder so fremdgesteuerte PC über eine andere, oft auch wechselnde IP-Adresse eines bekannten Internet-Providers verfügt, werden etliche Verfahren zum Erkennen von SPAM fast wirkungslos. Allerdings benötigen diese Botnetze eine Infrastruktur zur Steuerung der vielen hunderttausend einzelnen PCs. Wenn es gelingt, die hierfür verwendeten Server abzuschalten, verringert dies das SPAM-Aufkommen entscheidend. So wurde im 4. Quartal 2008 in den USA ein als SPAM-Schleuder und Steuerzentrale bekannter Provider (McColo) abgeschaltet. In Folge verringerte sich das SPAM-Aufkommen weltweit merklich, manche Quellen sprachen von bis zu 60%.<sup>2</sup> Der Erfolg dieser Maßnahme war auch am bay-

<sup>1</sup> Der Begriff ist ein englisches Wortspiel aus „password fishing“. So werden Versuche bezeichnet, über gefälschte Internet-Adressen an Daten eines Internetnutzers zu gelangen. Meist werden phishing-Angriffe über SPAM-Mails eingeleitet. Die dort enthaltenen Links führen oft auf gefälschte Bankseiten.

<sup>2</sup> Quelle: <http://www.networkcomputing.de/abschalten-von-bot-netz-steuerzentrale-verringert-spam-um-60-prozent/>

erischen Behördennetz-Übergang feststellbar. Allerdings war dies nur von kurzer Dauer. Zwischenzeitlich mussten am Behördennetz-Übergang wieder deutlich höhere Eingangszahlen an SPAM-Mails festgestellt werden.

Für den SPAM-Versand wird eine Vielzahl von Empfänger-Mailadressen benötigt. Besonders interessant sind vor allem aktuelle und tatsächlich verwendete Mailadressen. Daher werden in SPAM-Mails oft Tricks angewendet, um solche Empfängeradressen zu verifizieren. Dies kann ein für das Auge unsichtbarer Link sein, der ein ggf. unsichtbares Bild von einem Server nachlädt und diesem damit die Adresse bestätigt. Ebenfalls werden automatische Antworten, z.B. Abwesenheitsnotizen oder Lesebestätigungen, ausgewertet.

### Abwehrmaßnahmen

Eine gängige und relativ einfach zu realisierende Maßnahme besteht darin, Mails anhand der Absender-Adressen einzuteilen. Dabei helfen Whitelists (Sammlungen von Quellen erwünschter E-Mails) und Blacklists (Sammlungen von Quellen bekannter SPAM-Schleudern). Solche Blacklists werden von kommerziellen Anbietern gepflegt und können abonniert werden. Üblicherweise werden Mails, deren Absender-Adressen mit Einträgen in Whitelists übereinstimmen, nicht weiter geprüft und Mails, deren Absender-Adressen in Blacklists geführt sind, werden sofort verworfen. So lassen sich bereits eine Vielzahl von SPAM-Mails abwehren. Allerdings reduziert die Vielzahl von unterschiedlichen Adressen bei Botnetzen den Erfolg dieser Maßnahme.

Eine weitergehende Möglichkeit ist, eingehende E Mails zu analysieren. Dazu wird z. B. der Inhalt auf Schlüsselworte wie z.B. „Viagra“ durchsucht oder auf für Spam verdächtige Methoden (wie Javascript oder HTML-Code im Mailtext) untersucht. Üblicherweise werden die Mails dann mit einem sogenannten SPAM-Score versehen. Bei einem Rang über einem bestimmten Schwellenwert (z.B. 90%) werden E-Mails gefiltert und nicht mehr zugestellt. Bei einem Score zwischen einem unteren und einem oberen Schwellenwert, z.B. 50% und 90%, werden diese als SPAM markiert und an den Empfänger ausgeliefert.

### Aktuelle Situation

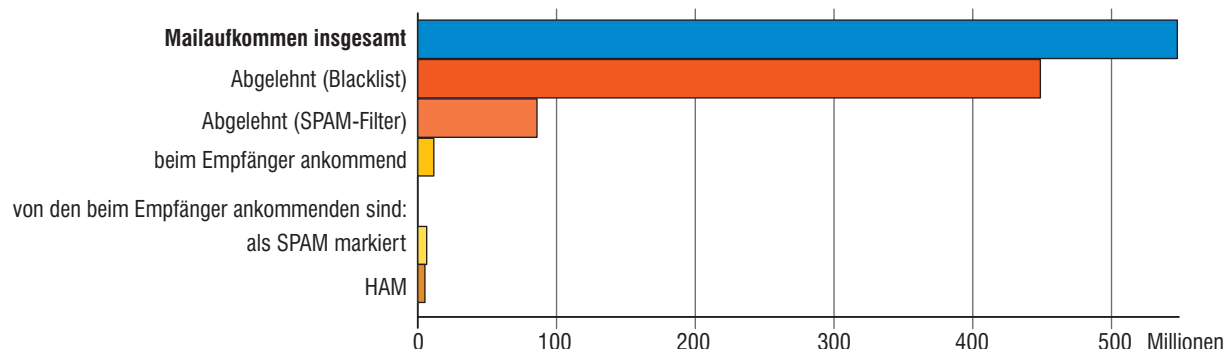
Weltweit hat sich die Zahl der SPAM-Mails in den vergangenen Jahren vervielfacht. Diese Tendenz ist auch im bayerischen Behördennetz zu beobachten, wie es die nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

Jahr	Durchschnittliche Anzahl eingehender Mails pro Monat	Durchschnittlicher Anteil an SPAM-Mails
2005	9 Millionen	46 %
2006	25 Millionen	68 %
2007	67 Millionen	87 %
2008	410 Millionen	99 %

Beispielsweise wurden allein im Juni 2009 547,3 Millionen eingehende Nachrichten verzeichnet, davon 542,0 Millionen SPAM-Mails. Dies entspricht einem SPAM-Anteil von 99,0%. Nur 5,3 Millionen Mails wurden ohne Markierung zugestellt und waren HAM, zumindest nach den technischen Prüfverfahren.

### Monatsübersicht zum Mail-/SPAM-Aufkommen am bayerischen Behördenetzübergang für Juni 2009

Stand: 30. Juni 2009



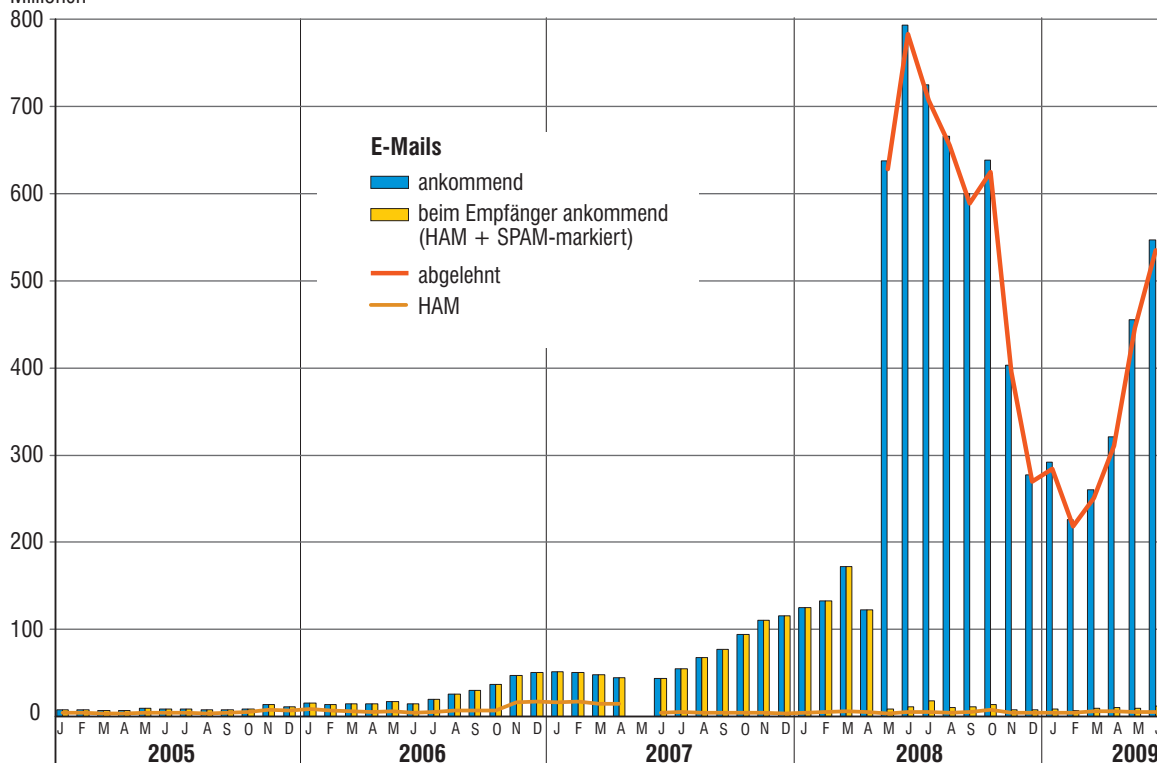
Der markante Einbruch in den SPAM-Zahlen im 4. Quartal 2008 ist einer einzelnen Maßnahme in den USA zu verdanken, bei der ein Internet-Serviceprovider, der bekannt für den Betrieb von SPAM-Infrastruktur war, abgeschaltet wurde. Wie der weitere Verlauf im 1. und 2. Quartal 2009 zeigt, war diese Maßnahme jedoch nur von kurzem Erfolg.

Als Resümee kann festgehalten werden, dass die Aufrechterhaltung einer geregelten Nutzung des Mediums E-Mail nur möglich ist, wenn mit den technisch machbaren, modernen Methoden das SPAM-Aufkommen soweit wie möglich unterdrückt wird.

### Mail-/SPAM-Aufkommen am bayerischen Behördenetzübergang von Januar 2005 bis Juni 2009

Stand: 30. Juni 2009

Millionen



Dass diesen Methoden Grenzen gesetzt sind und es sich letztlich um ein „Wettrüsten“ zwischen SPAM-Versendern und den Betreibern technischer Abwehrmaßnahmen handelt, verdeutlicht ein Vorfall Ende Juni. Massenhaft auftretende SPAM-Mails mit gefälschten Absenderadressen eines bekannten E-Mail-Dienstes und sich stark ändernden Textbildern führten dazu, dass diese Mails in vielen Fällen nicht als SPAM erkannt wurden. Da häufig fehlerhafte, nicht existierende Empfängeradressen innerhalb des bayerischen Behördennetzes erzeugt wurden, kam es zu einem erheblichen Aufkommen von Fehlermeldung an die vermeintlichen Absender, es wurde also kollaterales SPAM erzeugt. Diese wiederum wurde beim Provider dieses E-Mail-Dienstes als SPAM abgewiesen. Bis eine technische Umgehung innerhalb des Behördennetzes für dieses Problem gefunden wurde, waren als unerwünschter Nebeneffekt für einige Tage Adressaten dieses E-Mail-Dienstes von bayerischen Behörden nur noch sehr eingeschränkt erreichbar.

Weiterführende Informationen können Sie in der Studie des BSI „Antispam – Strategien Unerwünschte E-Mails erkennen und abwehren“ erhalten, veröffentlicht unter <http://www.bsi.de/literat/studien/antispam/antispam.pdf>.

Wolfgang Rosenwirth

# Ergebnisse aus dem statistischen Unternehmensregister in Bayern zum Stand 31. Dezember 2008

Dipl.-Kfm. Martina Martin-Jarowy

Statistische Unternehmensregister, zu deren Führung alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet sind, dienen sowohl als Erhebungs- wie auch als Auswertungsinstrument. Auswertungen von Strukturdaten über nahezu alle Wirtschaftsbereiche aus dem Unternehmensregister zu ermöglichen, werden jährlich Registerauszüge zum Stand 31. Dezember erzeugt. In die jüngste Auswertung einbezogen sind alle Unternehmen und Betriebe, die im Jahr 2006 steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten. Der vorliegende Beitrag gibt einen kurzen Einblick in die aktuelle Registerauswertung zum Stand 31. Dezember 2008.

## Vorbemerkung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, Unternehmensregister mit harmonisierten Merkmalen und Erfassungsbereichen für statistische Zwecke zu führen.<sup>1</sup> Es sind alle Unternehmen zu erfassen und zu aktualisieren, deren wirtschaftliche Tätigkeit zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen beiträgt sowie alle örtlichen Einheiten (Betriebe), die von diesen Unternehmen abhängen. Dieses statistische Unternehmensregister – im Folgenden kurz Unternehmensregister genannt – umfasst somit alle Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. (Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bleiben unberücksichtigt.) Es dient einerseits als Instrument für die Planung, Vorbereitung und Durchführung primärstatistischer Erhebungen, ist andererseits aber auch nutzbar für direkte Auswertungen von Strukturdaten über nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Als Erfassungsbereiche derzeit noch ausgenommen sind die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei und Fischzucht sowie die öffentliche Verwaltung.

Quellen zur Pflege des Unternehmensregisters sind hauptsächlich Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, aber auch Angaben aus Bereichsstatistiken, wie z. B. den Erhebungen des Produzierenden Gewerbes. Die administrativen Datenlieferungen an das Unternehmensregister erfolgen jährlich und bislang mit einem time lag von etwa zwei Jahren. So lagen dem Registerbereich Mitte 2008 die Verwaltungsdaten zum Berichtsjahr 2006 bzw. zum Berichtsstichtag 31.12.2006 vor. Sie wur-

den bis Ende 2008 mit den bereits vorhandenen Registerdaten sukzessive zusammengeführt und in ihrer neuen Zusammenfassung plausibilisiert. Nach Abschluss der laufenden Registerpflege (Verarbeitung der administrativen Daten, Einarbeitung von Rückläufen aus Erhebungen, Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Registerdaten) wurde zum Stand 31. Dezember 2008 eine Kopie des Registerstandes zum Berichtsjahr 2006 für Auswertungen erzeugt.

Der vorliegende Beitrag gibt einen kurzen Einblick in diese aktuelle Registerauswertung zum Stand 31. Dezember 2008 und stützt sich dabei auf die bereits in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsätze zum Unternehmensregister,<sup>2</sup> die einen Überblick zu den Grundlagen dieser statistischen Datenbank gewähren und spezifische Definitionen und Begriffe erläutern, aber auch erklären, warum das Unternehmensregister abweichende Angaben gegenüber Strukturdaten aus Fachstatistiken aufweist. Weitere Ergebnisse zum Unternehmensregister in Bayern, und zwar regionalisiert bis auf Kreisebene und wirtschaftsfachlich untergliedert bis zum Dreisteller, könnten auch für frühere Berichtsjahre (ab 2004) aus der Datenbank GENESIS-Online unter [www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de) abgerufen oder per E-Mail unter [info-sw@statistik.bayern.de](mailto:info-sw@statistik.bayern.de) erfragt werden.

Jährliche  
Register-  
auszüge  
zum Stand  
31. Dezember

Erhebungs-  
und Auswer-  
tungsinstru-  
ment

<sup>1</sup> Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates (ABl. EU Nr. L 61 S. 6) sowie Statistikregistergesetz (StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300, 2903) und Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) in der jeweils geltenden Fassung.

<sup>2</sup> Vgl. Köhne, K.: „Das statistikinterne Unternehmensregister“ in Bayern in Zahlen 8/2005, S. 313ff sowie 9/2005, S. 358ff.

## Unternehmen 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen und Regierungsbezirken

Quelle: Unternehmensregister in Bayern (Stand: 31.12.2008)

Tab. 1

Gebiet	Unternehmen <sup>1</sup> mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						
	unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr	insgesamt		
					Anzahl	Anteil in %	je 10 000 Einwohner <sup>2</sup>
Oberbayern .....	240 248	13 389	2 651	730	257 018	41,6	595
Niederbayern .....	48 632	3 293	642	132	52 699	8,5	442
Oberpfalz .....	40 217	3 115	626	133	44 091	7,1	406
Oberfranken .....	40 481	3 300	746	167	44 694	7,2	412
Mittelfranken .....	71 268	5 310	1 105	252	77 935	12,6	455
Unterfranken .....	53 289	3 931	834	185	58 239	9,4	437
Schwaben .....	77 081	5 256	1 068	252	83 657	13,5	468
<b>Bayern .....</b>	<b>571 216</b>	<b>37 594</b>	<b>7 672</b>	<b>1 851</b>	<b>618 333</b>	<b>100</b>	<b>494</b>
Kreisfreie Städte .....	184 518	12 761	2 896	925	201 100	32,5	563
dar. Großstädte <sup>3</sup> .....	143 835	9 124	2 040	683	155 682	25,2	578
Landkreise .....	386 698	24 833	4 776	926	417 233	67,5	466

<sup>1</sup> Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2006.<sup>2</sup> Einwohnerzahlen zum Stand 30.06.2008.<sup>3</sup> Augsburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg.

In die aktuelle Auswertung einbezogen sind alle Unternehmen, die im Jahr 2006 (Berichtsjahr der zuletzt verarbeiteten Verwaltungsdatenlieferung) steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres 2006 hatten, und zwar unabhängig davon, ob sie am Auswertungsstichtag (31.12.2008) noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht. Entsprechendes gilt für Betriebe. Es sind alle Betriebe ausgewertet, die zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres 2006 über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügten.

schnitte siehe bspw. Tab. 2) insgesamt 618 333 in Bayern ansässige Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Berichtsjahr 2006 ausgewiesen. Allein gut zwei Fünftel (41,6%) davon entfallen auf den Regierungsbezirk Oberbayern und jeweils rund ein Achtel (13,5% bzw. 12,6%) auf Schwaben und Mittelfranken. Die entsprechenden Unternehmensanteile der vier anderen bayerischen Regierungsbezirke beziern sich zwischen 7,1% (Oberpfalz) und 9,4% (Unterfranken). In den 25 kreisfreien Städten Bayerns hatten insgesamt 201 100 Unternehmen ihren Sitz, darunter weit mehr als zwei Drittel (77,4%) in den acht bayerischen Großstädten, in den 71 Landkreisen zusammen 417 233 Unternehmen. Die mit Abstand höchsten Unternehmenszahlen unter den kreisfreien Städten verbuchten die Landeshauptstadt München (90 740) sowie die Städte Nürnberg und Augsburg (24 487 bzw. 11 704). Spitzenreiter unter den Landkreisen sind die Landkreise München (23 678), Rosenheim (14 209), Fürstentfeldbruck, Starnberg und Augsburg (jeweils gut 10 000). Auch bezogen auf 10 000 Einwohner sind zum Stichtag 31.12.2008 für Oberbayern die meisten Unternehmen festzustellen (595) und für die Oberpfalz die wenigsten (406). Während Oberbayern damit weit überdurchschnittlich punktet, liegt das Vergleichsergebnis aller anderen Regierungsbezirke deutlich unter dem Landesmittel (494). Die meisten Unternehmen je 10 000 Einwohner auf Regierungsebene errechnen sich nach Oberbayern für Schwaben (468), mit Abstand gefolgt von Mittelfranken (455) und Niederbayern (442).

Berichtsjahr-  
bezogene  
Auswertung

Diese berichtsjahrbezogene Auswertung zielt auf eine Darstellung des Gesamtbestandes an Unternehmen und Betrieben in ähnlicher Form wie dies bislang klassisch durch Großzählungen erreicht wurde. Der nachgewiesene Gesamtbestand an Wirtschaftseinheiten bezieht sich nicht auf den Stichtag der Auswertung, sondern auf die zuletzt im Unternehmensregister verarbeiteten Verwaltungsdaten. Im Unterschied zur Zählung ist dabei zu berücksichtigen, dass durch die Registerpflegearbeiten zum Teil Auswertungsmerkmale wie der Wirtschaftszweig, der Gemeindeschlüssel oder Betriebs-/ Unternehmenszusammenhänge fortgeschrieben worden sind und daher nicht mehr dem Stand der ursprünglichen Verwaltungsdatenlieferung entsprechen.

**Knapp 42% aller Unternehmen sind in Oberbayern ansässig**

Zum Stichtag 31. Dezember 2008 sind in den der Auswertung zugrunde liegenden Wirtschaftsbereichen (Wirtschaftsab-schnitte B-N und P-S der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 – WZ 2008; Erläuterung der Wirtschaftsab-

**Beinahe die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in großen Unternehmen tätig**

Differenziert man die mit Registerauszug zum 31.12.2008 nachgewiesenen bayerischen Unternehmen nach Größenklas-

Unternehmen  
in regionaler  
Gliederung



## Unternehmen 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabschnitten

Quelle: Unternehmensregister in Bayern (Stand: 31.12.2008)

Tab. 2

Nr. der Klassifikation <sup>1</sup>	Wirtschaftsabschnitt	Unternehmen <sup>2</sup> insgesamt	davon mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	743	596	120	25	2
C	Verarbeitendes Gewerbe .....	51 609	40 899	7 571	2 427	712
D	Energieversorgung .....	4 643	4 444	109	64	26
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen .....	2 338	1 858	383	87	10
F	Baugewerbe .....	61 833	56 610	4 751	428	44
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz .....	124 202	115 208	7 535	1 235	224
H	Verkehr und Lagerei .....	21 341	19 015	1 926	337	63
I	Gastgewerbe .....	46 004	43 517	2 223	236	28
J	Information und Kommunikation .....	24 551	22 858	1 281	342	70
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen .....	10 383	9 594	365	275	149
L	Grundstücks- und Wohnungswesen .....	53 702	53 231	401	65	5
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen .....	79 652	75 854	3 326	399	73
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen .....	24 683	22 621	1 387	532	143
P	Erziehung und Unterricht .....	12 880	11 061	1 651	143	25
Q	Gesundheits- und Sozialwesen .....	35 090	31 118	2 971	788	213
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung .....	17 142	16 793	293	47	9
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen .....	47 537	45 939	1 301	242	55
<b>B-N, P-S</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>618 333</b>	<b>571 216</b>	<b>37 594</b>	<b>7 672</b>	<b>1 851</b>

<sup>1</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).<sup>2</sup> Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2006.

Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen

sen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, zeigt sich, dass 92,4% dieser Unternehmen Kleinstunternehmen<sup>3</sup> sind, also jeweils weniger als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben. Das wirtschaftliche Gewicht dieser Kleinstunternehmen fällt allerdings geringer aus als ihre Fallzahl vermuten lässt, finden in ihnen doch nur 16,0% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeit. Der Großteil aller Unternehmen (98,5%) fällt in die Kategorie „weniger als 50 Beschäftigte“. Der Anteil der mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten beziffert sich dagegen auf 1,2% und der der großen Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten sogar nur auf 0,3%. Bei den letztgenannten insgesamt 1 851 großen Unternehmen sind allerdings beinahe die Hälfte (46,9%) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig.

**Im Verarbeitenden Gewerbe die meisten Beschäftigten**

Die zum Registerstand 31.12.2008 festgestellten 618 333 bayerischen Unternehmen nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit unterschieden, ergibt sich, dass die mit Abstand meisten Unternehmen (20,1%) im Wirtschaftsabschnitt G „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ angesiedelt sind. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors relativiert sich allerdings durch den geringeren Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (15,3%) sowie den überdurchschnittlich hohen Anteil von Unternehmen in der Größenklasse „unter zehn Beschäftigte“ (92,8%). Rund

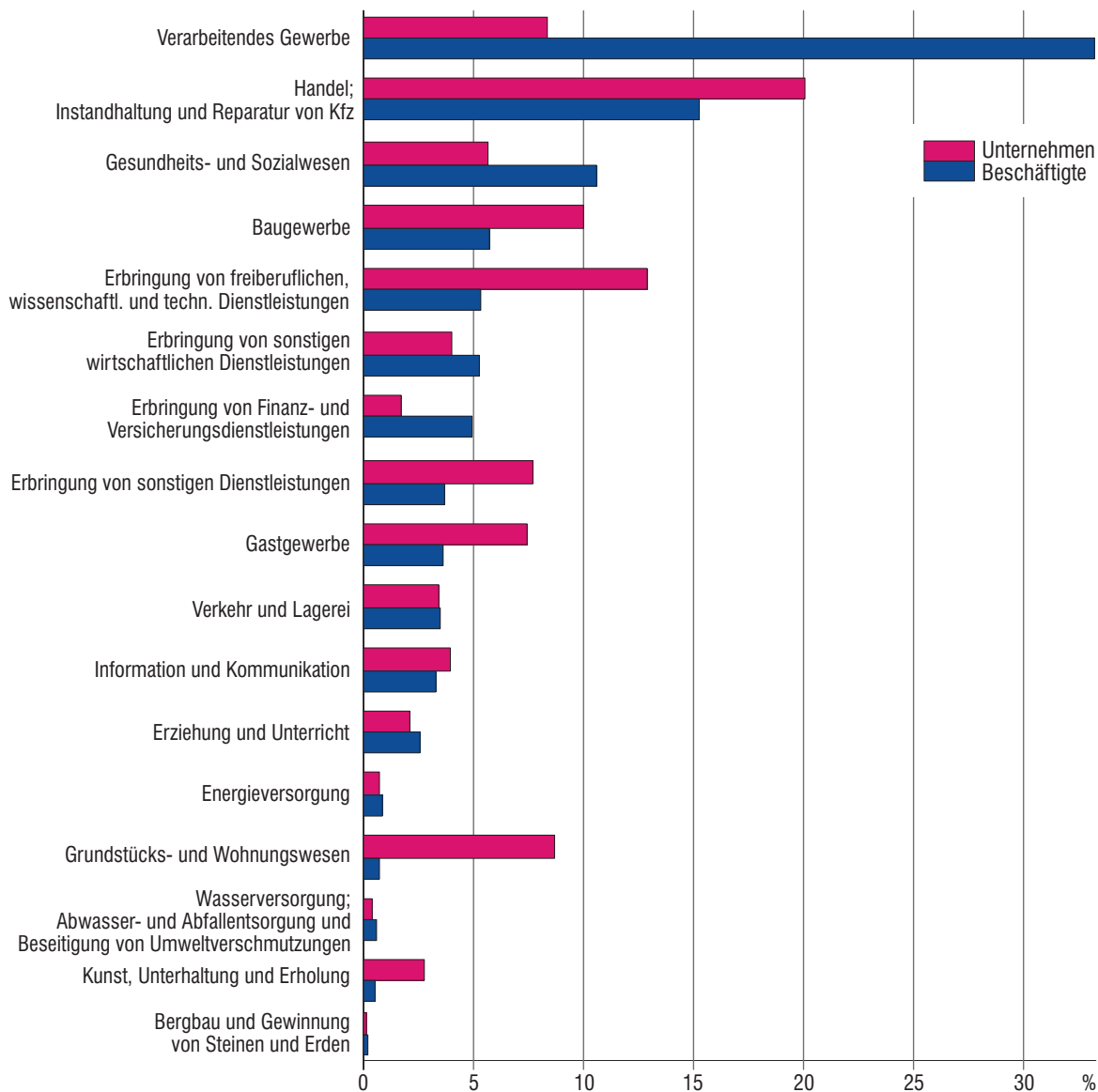
79 700 Unternehmen (12,9%) hatten ihren Schwerpunkt im Bereich „Erbringung freiberuflicher, wissenschaftlicher und technischer Dienstleistungen“ und gut 61 800 Unternehmen (10,0%) im Baugewerbe. Beide Wirtschaftsabschnitte sind mit Anteilen von 5,3% (Dienstleistungen) bzw. 5,7% (Baugewerbe) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jedoch noch beschäftigungsschwächer als der Abschnitt G. Allein gemessen an der Unternehmenszahl kommt auch dem „Verarbeitenden Gewerbe“ mit nur 51 609 Unternehmen (8,3% der Unternehmen insgesamt) eine eher mittelmäßige Bedeutung zu. Berücksichtigt man jedoch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, hat dieser Bereich wesentliches wirtschaftliches Gewicht. So sind 2006 dem Verarbeitenden Gewerbe in Bayern 33,0% aller mittleren und großen Unternehmen (Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten) und 33,2% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugeordnet. Neben dem Verarbeitenden Gewerbe ist ein weit überdurchschnittlicher Anteil an Großunternehmen allein im Bereich „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ festzustellen (jeweils 1,4%). Insgesamt sind in diesem Wirtschaftssektor rund 199 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

<sup>3</sup> In Anlehnung an die EU-weit verwendete Definition für „Kleine und mittlere Unternehmen“ werden Unternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Kleinstunternehmen, Einheiten mit zehn bis 49 Beschäftigten als kleine Unternehmen und solche mit 50 bis 249 Beschäftigten als mittlere Unternehmen bezeichnet (vgl. Amtsblatt der EU, Nr. L 124 vom 20. Mai 2003, S. 36, Anhang, Titel II, Artikel 7).

Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

### Unternehmen und deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bayern 2006 nach Wirtschaftsabschnitten\*

Anteile in Prozent



\* Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).  
Quelle: Unternehmensregister in Bayern zum Stand 31.12.2008.

tätig (4,9% aller Beschäftigten in bayerischen Unternehmen), darunter fast drei Viertel (74,2%) in Großunternehmen.

#### Kleinst- und Kleinbetriebe prägen das Bild der bayerischen Wirtschaft

Die Auswertung der Unternehmen lässt sich ergänzen um Auswertungen zu den örtlichen Einheiten der Unternehmen, die im Folgenden Betriebe genannt werden. Die Zahl der bayerischen Betriebe<sup>4</sup> in den Wirtschaftsbereichen, die das Un-

ternehmensregister erfasst, beläuft sich zum Zeitpunkt der Registerauswertung auf insgesamt 654 300. In diesen Betrieben sind zusammen rund 4,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Der Nachweis dieser Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen macht deutlich, dass in Bayern Kleinst- und Kleinbetriebe das Bild der Wirtschaft prägen. So waren von allen bayerischen Betrieben 90,9% der Größen-

Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen und in regionaler Verteilung

<sup>4</sup> Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder steuerbarem Umsatz im Berichtsjahr 2006.

## Betriebe 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen und Regierungsbezirken

Quelle: Unternehmensregister in Bayern (Stand: 31.12.2008)

Tab. 3

Gebiet	Betriebe <sup>1</sup> mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						
	unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr	insgesamt		
					Anzahl	Anteil in %	je 10 000 Einwohner <sup>2</sup>
Oberbayern .....	247 580	16 531	3 578	719	268 408	41,0	621
Niederbayern .....	51 453	4 278	877	148	56 756	8,7	476
Oberpfalz .....	42 701	4 019	856	148	47 724	7,3	440
Oberfranken .....	43 036	4 121	957	164	48 278	7,4	445
Mittelfranken .....	74 058	6 490	1 565	291	82 404	12,6	481
Unterfranken .....	55 863	4 838	1 102	188	61 991	9,5	466
Schwaben .....	80 375	6 637	1 467	260	88 739	13,6	496
<b>Bayern .....</b>	<b>595 066</b>	<b>46 914</b>	<b>10 402</b>	<b>1 918</b>	<b>654 300</b>	<b>100</b>	<b>523</b>
Kreisfreie Städte .....	191 466	16 156	4 285	914	212 821	32,5	595
dar. Großstädte <sup>3</sup> .....	147 843	11 239	3 004	696	162 782	24,9	605
Landkreise .....	403 600	30 758	6 117	1 004	441 479	67,5	494

1 Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder steuerbarem Umsatz im Berichtsjahr 2006.

2 Einwohnerzahlen zum Stand 30.06.2008.

3 Augsburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg.

klasse „weniger als zehn Beschäftigte“ und 7,2% der Größenklasse „10 bis 49 Beschäftigte“ zuzurechnen. Lediglich 1,9% der Betriebe verfügen jeweils über mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

## In Mittelfranken eher größere Betriebe

Die regionalisierte Betrachtung des festgestellten Betriebsbestandes belegt, dass dem Regierungsbezirk Oberbayern die Spitzenposition zukommt. Auf Oberbayern entfallen nämlich 41,0% aller bayerischen Betriebe und 37,0% aller in bayerischen Betrieben sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Gemessen an der Zahl der Betriebe folgt mit großem

Abstand der Regierungsbezirk Schwaben (13,6%), wobei in den schwäbischen Betrieben gut eine halbe Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (13,3%) tätig sind. Für die Oberpfalz und die drei fränkischen Regierungsbezirke ist dabei festzustellen, dass auf diese Regionen relativ mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als Betriebe entfallen, was tendenziell dafür spricht, dass hier eher größere Betriebe ansässig sind. Als herausragend zu erwähnen ist hierbei der Regierungsbezirk Mittelfranken. In insgesamt 82 404 Betrieben (12,6% aller bayerischen Betriebe) sind hier 604 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (14,8% aller Beschäftigten in bayerischen Betrieben) am Arbeiten.

## Betriebe 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabschnitten

Quelle: Unternehmensregister in Bayern (Stand: 31.12.2008)

Tab. 4

Nr. der Klassifikation <sup>1</sup>	Wirtschaftsabschnitt	Betriebe <sup>2</sup> insgesamt	davon mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			unter 10	10 bis 49	50 bis 249	250 oder mehr
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	783	627	132	23	1
C	Verarbeitendes Gewerbe .....	53 177	41 677	7 956	2 725	819
D	Energieversorgung .....	4 932	4 612	200	94	26
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen .....	2 611	2 041	451	111	8
F	Baugewerbe .....	62 162	56 800	4 864	459	39
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz .....	138 456	125 172	11 236	1 864	184
H	Verkehr und Lagerei .....	23 441	20 217	2 629	514	81
I	Gastgewerbe .....	47 694	44 645	2 744	287	18
J	Information und Kommunikation .....	25 736	23 624	1 601	436	75
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen .....	14 616	12 691	1 345	453	127
L	Grundstücks- und Wohnungswesen .....	53 855	53 370	424	59	2
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen .....	81 142	76 951	3 651	458	82
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen .....	26 381	23 550	1 831	866	134
P	Erziehung und Unterricht .....	15 088	12 440	2 358	258	32
Q	Gesundheits- und Sozialwesen .....	37 342	31 917	3 708	1 475	242
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung .....	17 653	17 211	358	71	13
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen .....	49 231	47 521	1 426	249	35
<b>B-N, P-S</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>654 300</b>	<b>595 066</b>	<b>46 914</b>	<b>10 402</b>	<b>1 918</b>

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder steuerbarem Umsatz im Berichtsjahr 2006.

# Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern

Dipl.-Betriebswirtin (FH) Stephanie Ficklscherer

Die Versorgungsempfängerstatistik ermittelt jährlich Strukturdaten über die Versorgungsberechtigten im Alterssicherungssystem für Beamte, Richter und Soldaten. Die Daten dienen zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten, Richter und Soldaten als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten- und Versorgungsrechts. Außerdem werden die Ergebnisse für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften verwendet. Der gemäß Art. 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989 (BGBl I S. 2218), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2000 (BGBl I S. 1815) von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorzulegende Bericht über das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem wird auf Grundlage des Datenmaterials der Versorgungsempfängerstatistik erstellt.

## Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes in Bayern ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl I S. 438), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl I S. 160), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. September 2007 (BGBl I S. 2246).

Die Empfänger von Versorgungsbezügen nach dem Beamtenversorgungsrecht sowie nach beamtenrechtlichen Grundsätzen sind gemäß § 7 des FPStatG jährlich zum Stichtag 1. Januar zu erheben. Die Erhebung erfolgt gegliedert u. a. nach Ruhegehaltsempfängern, Witwen-/Witwergeldempfängern und Empfängern von Waisengeld nach der für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppe.

## Begriffliche Erläuterungen

In der Versorgungsempfängerstatistik werden Personen nachgewiesen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen versorgt werden. Hierzu zählen ehemalige Beamte, Richter, Soldaten, Angestellte und Arbeiter mit Beamtenversorgung sowie anspruchsberechtigte Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamten und Ruhegehaltsempfängern.

Nicht zu den Versorgungsempfängern zählen ehemalige Angestellte und Arbeiter beim Freistaat; deren Altersversorgung ist im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung geregelt.

Unter Ruhegehaltsempfängern versteht man Ruhestands-, Wartestandsbeamte bzw. -richter, ehemalige Berufssoldaten, Angestellte und Arbeiter mit beamtenrechtlicher Hauptversorgung.

Ruhegehaltsempfänger

Empfänger von Witwen-/Witwergeld sind hinterbliebene Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

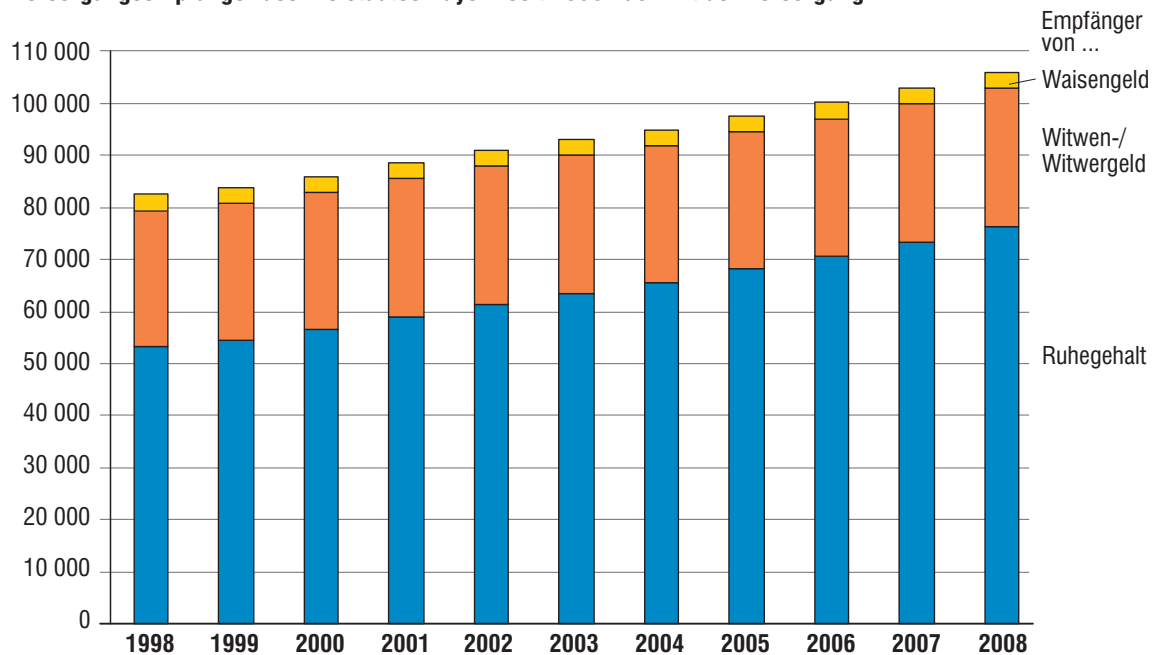
Witwen-/Witwergeld

Empfänger von Waisengeld sind hinterbliebene Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten, soweit sie Waisengeld in Höhe von 12 % (Halbwaisen), 20 % (Vollwaisen) oder 30 % (Unfallwaisen) des Ruhegehalts/Ruhelohns erhalten.

Waisengeld

Bund und Länder erfassen durch die jeweiligen statistischen Ämter ihre Versorgungsberechtigten. Die Erhebung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung erstreckt sich gemäß § 2 Abs. 1 FPStatG auf die Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunalen Zweckver-

Abb. 1 Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern seit 1998 nach Art der Versorgung



bände sowie der Sozialversicherungsträger und rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

#### Versorgungsempfängerstatistik des Freistaates Bayern seit 1998

Die folgenden Ausführungen zum historischen Verlauf beschränken sich auf die Empfänger von Versorgungsbezügen des Landes Bayern und deren Hinterbliebene<sup>1</sup>, also auf die Beamten des Freistaates selbst; Beamte bei kommunalen Körperschaften und beim mittelbaren Dienst werden nicht betrachtet.

Die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes Bayern ist seit 1998 von 82 637 stetig auf 105 793 im Jahr 2008 ge-

stiegen (+28,0%). Hierbei handelt es sich um eine starke Zunahme der Ruhegehaltsempfänger selbst. 1998 waren 53 331 Personen versorgungsberechtigt, 2008 waren es 76 454, also 43,4% mehr. Bei den Hinterbliebenen zeigt sich eine andere Entwicklung. Witwen- und Witwergeld wurde 2008 an 26 439 Personen ausbezahlt. Gegenüber 1998 hat sich die Zahl der Empfänger nur um 1,1% erhöht. 2008 gab es 2 900 Empfänger von Waisengeld, ihre Zahl hat seit 1998 sogar um 9,8% abgenommen (siehe hierzu auch Abb. 1 und Tab. 1).

Zahl der Versorgungsempfänger

Entsprechend der Zahl der Versorgungsempfänger sind auch die Ausgaben des Staates für seine Pensionäre und deren Hinterbliebene gestiegen. Aus der Jahresrechnungsstatistik kann man entnehmen, dass die Versorgungsausgaben seit 1998 von damals 2 221 Millionen Euro bis 2008 auf 3 334 Millionen Euro, also um 50,1% gestiegen sind.

Versorgungsausgaben

#### Versorgungsempfänger und Versorgungsausgaben des Freistaates Bayern seit 1998

Tab. 1

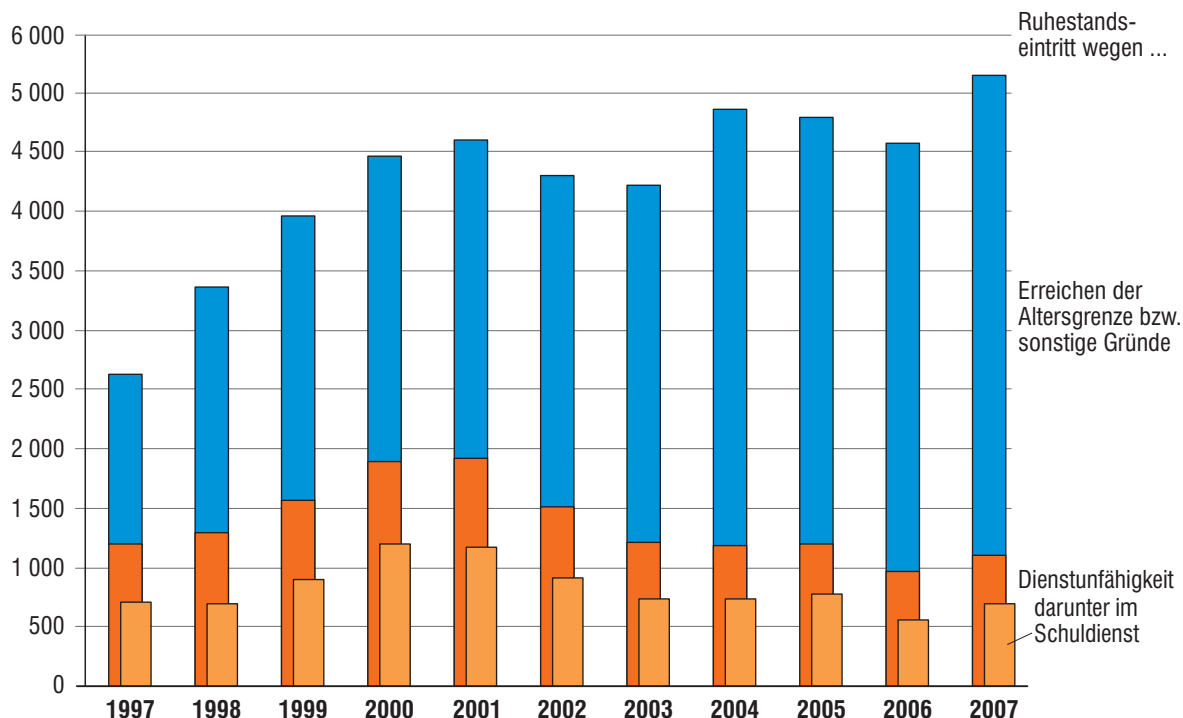
Jahr (01.01.)	Versorgungsempfänger	davon Empfänger von			Versorgungsausgaben
		Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld	
		Anzahl			Mill. €
1998 .....	82 637	53 331	26 092	3 214	2 221
1999 .....	83 923	54 612	26 208	3 103	2 309
2000 .....	85 939	56 533	26 374	3 032	2 408
2001 .....	88 524	59 004	26 457	3 063	2 533
2002 .....	90 870	61 369	26 468	3 033	2 654
2003 .....	93 022	63 561	26 455	3 006	2 755
2004 .....	94 925	65 504	26 401	3 020	2 831
2005 .....	97 647	68 186	26 333	3 128	2 941
2006 .....	100 195	70 759	26 318	3 118	3 046
2007 .....	102 907	73 250	26 814	2 843	3 167
2008 .....	105 793	76 454	26 439	2 900	3 334

Ursache für den Eintritt des Versorgungsfalles ist oft die „Dienstunfähigkeit“. Im Jahr 2001 waren als bisheriger Höchststand 1 917 Zugänge zum Versorgungssystem darauf zurückzuführen; das entsprach 41,7% aller neuen Versorgungsfälle. Seither nahm deren Anteil sukzessive, aber

Dienstunfähigkeit

<sup>1</sup> Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung veröffentlicht auf der Basis des Bestandes für die Bezügeabrechnung des Monats Januar bei der Bezirksfinanzdirektion München die Daten zu den Versorgungsempfängern des Landes zum 1.1. des Jahres. Veröffentlichungen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zum Stichtag 1.1. beruhen dagegen auf einem bereinigten Datenbestand der Bezirksfinanzdirektion München vom April des Berichtsjahres. Dadurch können sich geringfügige Differenzen in den jeweils veröffentlichten Daten ergeben.

Abb. 2 Ruhestandseintritte von Personal des Freistaates Bayern seit 1997 nach der Eintrittsursache



mit leichten Schwankungen wieder ab. Im Jahr 2007 gingen 21,5% der bayerischen Beamten und Richter wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand. Die Zahl der neuen Pensionäre, die früher beim Freistaat beschäftigt waren, hat 2007 mit 5 143 Personen ihren vorläufigen Höchststand erreicht. Das Ausscheiden aus dem aktiven Dienst aufgrund von Dienstunfähigkeit hat im Laufe der letzten Jahre an Relevanz verloren. Während im Jahr 2000 noch 42,5% aller Pensionierungen auf Dienstunfähigkeit zurückzuführen waren, sind es 2007 nur noch 21,5%. Der Hauptgrund für diese Entwicklung dürfte in den Auswirkungen des Gesetzes zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse aus dem Jahr 2000 liegen. Dort waren Versorgungsabschlüsse von 3,6% für jedes Jahr festgelegt worden, das beamtete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgrund von Dienstunfähigkeit oder Schwerbehinderung früher als vor Vollendung des 63. Lebensjahres in den Ruhestand eintreten.

Schul-  
dienst

Annähernd gleichbleibend waren rund 60% der in den letzten Jahren wegen Dienstunfähigkeit ausgeschiedenen Beamten des Landes zuvor im Schuldienst beschäftigt. Die Zahl der neuen Pensionäre seit 1997 und die vorzeitigen Austritte we-

gen Dienstunfähigkeit (darunter auch aus dem Schuldienst) sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Eintritte in den Ruhestand von Personal des Freistaates Bayern seit 1997

Eintritte vom 01.01. bis 31.12. des Jahres	Beamte/-innen und Richter/-innen					
	insgesamt	darunter wegen Dienstunfähigkeit				
		zusammen	%	darunter Schuldienst		
				Anzahl	%	% von insg.
1997 .....	2 621	1 196	45,6	711	59,4	27,1
1998 .....	3 359	1 292	38,5	701	54,3	20,9
1999 .....	3 964	1 559	39,3	895	57,4	22,6
2000 .....	4 467	1 898	42,5	1 199	63,2	26,8
2001 .....	4 601	1 917	41,7	1 165	60,8	25,3
2002 .....	4 298	1 512	35,2	911	60,3	21,2
2003 .....	4 226	1 213	28,7	734	60,5	17,4
2004 .....	4 863	1 184	24,3	736	62,2	15,1
2005 .....	4 798	1 200	25,0	777	64,8	16,2
2006 .....	4 569	965	21,1	560	58,0	12,3
2007 .....	5 143	1 108	21,5	696	62,8	13,5

Tab. 2

Neben der Dienstunfähigkeit gibt es auch die Möglichkeit, zu tätigkeitsspezifischen besonderen Altersgrenzen bzw. zu Antragssaltersgrenzen vorzeitig aus dem öffentlichen Dienst des Freistaates auszuschcheiden. Da sich die Altersgrenzen im Laufe der Jahre jedoch immer wieder verändert haben, werden diese weiteren vorzeitigen Dienstaustritte hier nicht näher analysiert.

# Bildungsdaten der amtlichen Statistik im Forschungsdatenzentrum

*Dr. Simone Wagner*

Gegenwärtig wird die gesamte deutsche Bildungslandschaft durch zahlreiche strukturelle Reformen neu gestaltet. Doch führen diese umfangreichen Neuerungen tatsächlich zu den erhofften Verbesserungen? Die Wirkung der unterschiedlichen Reformpakete kann unter anderem auf Basis der amtlichen Bildungsdaten untersucht werden. Daher werden für wissenschaftliche Analysen ausgewählte Statistiken des Bildungsbereichs im Rahmen des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder (FDZ) zugänglich gemacht. Dieser Artikel gibt einen Abriss über das im Forschungsdatenzentrum aktuell verfügbare Angebot an Bildungsdaten sowie ihr Analysepotenzial und zeigt Möglichkeiten der Erweiterung des Datenangebots im Bildungsbereich auf.

## 1. Einleitung

Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei international vergleichenden Bildungsstudien – wie PISA oder IGLU – sowie der chronische Fachkräfte- und Akademikermangel in der Bundesrepublik haben eine kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Bildungssystem angeregt. Zahlreiche Reformen wurden angedacht und befinden sich bereits zum Teil in ihrer Umsetzungsphase. Neben der erfolgten Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G 8) wird momentan beispielsweise eine Verlängerung der Grundschulzeit zur Erhöhung der Durchlässigkeit des Schulsystems sowie die Möglichkeit eines jahrgangsübergreifenden Lernens an Grundschulen zur individuellen Förderung der Schüler erprobt. Aber auch der Bereich der universitären Ausbildung ist von weitreichenden strukturellen Veränderungen betroffen. So stellen die Hochschulen momentan ihr Studiensystem vollständig auf eine zweistufige Struktur von Bachelor- und Masterstudiengängen um, um den Forderungen der Bologna-Vereinbarung, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen und die Mobilität der Studierenden zu erhöhen, gerecht zu werden. Zeitgleich werden die Bildungsausgaben im Hochschulbereich erhöht. Mit diesen Fördergeldern soll nicht nur der steigenden Zahl an Studienbewerbern – vor allem bedingt durch den anstehenden doppelten Abiturjahrgang – begegnet werden, sondern auch der Aufbau so genannter Elite-Universitäten und Exzellenz-Cluster gefördert werden. Die Auswirkungen dieser das gesamte Bildungssystem betreffenden, strukturellen Veränderungen haben das Interesse von Politik und Wissenschaft geweckt. Wissenschaftliche Analysen zielen vor allem darauf ab,

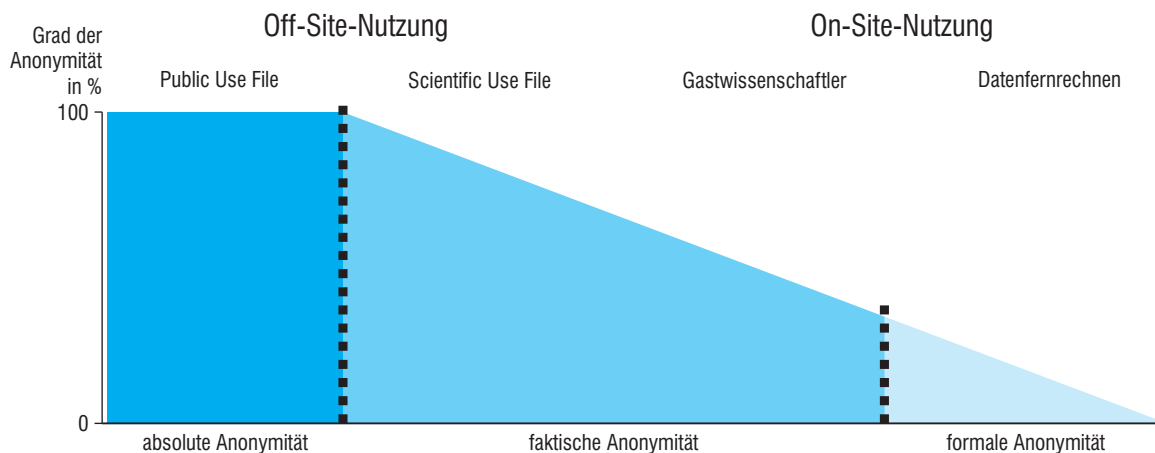
die Wirkung der unterschiedlichen Reformpakete zu evaluieren. Dementsprechend ist die Nachfrage nach Bildungsdaten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Um diesen wachsenden Bedarf an Bildungsdaten zu decken, finanziert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aktuell den Aufbau eines nationalen Bildungspanels (National Educational Panel Study, NEPS), das eine Analyse zentraler Bildungsverläufe und -prozesse über die gesamte Lebensspanne (d.h. vom Kindergarten, Schule, Hochschule, Berufsausbildung bis hin zur Weiterbildung) ermöglichen soll. Dieses Bildungspanel stellt eine wichtige Ergänzung zu den Bildungsdaten der amtlichen Statistik dar, welche vorrangig die Strukturen des Bildungssystems abbilden. Neben Daten zu allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen werden von der amtlichen Statistik Daten zur frühkindlichen Bildung sowie zur Berufs- und Erwachsenenbildung erhoben. Ausgewählte Statistiken des Bildungsbereichs werden der Wissenschaft für ihre Analysen über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zugänglich gemacht.

Ziel dieses Beitrags ist es, einen Abriss über das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums im Bildungsbereich zu geben und das Analysepotenzial der Daten für wissenschaftliche Fragestellungen zu erörtern. Der Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte: Zunächst erfolgt ein grober Überblick über das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder (FDZ) und sein Datenangebot allgemein. Daran anschließend wird sein Angebot an bildungsspezifischen Datenbeständen



## Datennutzungswege und Datenschutz im Forschungsdatenzentrum



aufgezeigt und schließlich über die Aufnahme weiterer Bildungsstatistiken in das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums reflektiert.

### 2. Das Forschungsdatenzentrum – Ziele, Aufgaben und Datenangebot

Die Mikrodaten der amtlichen Statistik stellen für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung eine wesentliche Datenquelle dar. Doch gestaltete sich der Zugang zu diesen Einzeldaten für die Wissenschaft lange Zeit sehr restriktiv: Das Bundesstatistikgesetz von 1980 sah eine Weitergabe amtlicher Einzeldaten an die Wissenschaft ausschließlich vor, wenn sie in absolut anonymisierter Form vorlagen und eine Reidentifikation der Merkmalsträger absolut ausgeschlossen war. Diese Forderung schränkte das Analysepotenzial der Daten jedoch derart ein, dass das wissenschaftliche Interesse an amtlichen Mikrodaten extrem verhalten war (Wirth/Müller 2008). Erst die Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 schaffte mit der Einführung des Begriffs der faktischen Anonymität die Grundlage zur Übermittlung von Einzelangaben an die Wissenschaft, „wenn die(se) [Einzelangaben] nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können“ (BStatG §16 (6)). Um der Wissenschaft den Zugang zu diesen wertvollen Datenbeständen fortan zu erleichtern und die Wechselwirkungen zwischen der Wissenschaft und der amtlichen Statistik zu verbessern, wurde im März 2002, initiiert durch die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI), das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder ins Leben gerufen (Zühlke et al. 2005).

Diese gemeinsame Einrichtung aller Statistischen Ämter der Länder zielt darauf ab, der Wissenschaft durch eine fachlich zentralisierte Datenhaltung der überwiegend dezentral aufbereiteten Statistiken,<sup>1</sup> den Aufbau eines Metadateninformationssystems sowie durch Einrichtung unterschiedlicher Datennutzungswege einen möglichst komfortablen Zugang zu den Einzeldatenbeständen der amtlichen Statistik zu ermöglichen und gleichzeitig den gesetzlich geforderten Datenschutzbestimmungen gerecht zu werden.

Abhängig vom Grad ihrer Anonymität können die Einzeldaten entweder ausschließlich in den geschützten Räumen der amtlichen Statistik an speziellen Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen oder in Form stärker anonymisierter Public- oder Scientific-Use-Files auch außerhalb der Statistischen Ämter der Länder genutzt werden. Sollen wissenschaftliche Auswertungen auf lediglich formal anonymisierten Mikrodaten<sup>2</sup> (Einzeldaten) beruhen, können die Nutzer zudem auf die Möglichkeit der kontrollierten Datenfernverarbeitung zurückgreifen. Bei diesem Nutzungsweg erfolgt seitens des Nutzers kein direkter Zugriff auf die Daten – die von ihm auf Basis inhaltsleerer Strukturdatensätze erstellten Auswertungsprogramme werden ausschließlich von den Mitarbeitern des Forschungsdatenzentrums auf den Originaldaten angewandt (Zühlke et al. 2005).

Das aktuelle Angebot des Forschungsdatenzentrums umfasst ca. 65 dezentrale (vorwiegend) Bundesstatistiken aus den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftsstatistiken, der Finanz- und

<sup>1</sup> Diese ermöglicht eine länderübergreifende Nutzung der Mikrodaten der amtlichen Statistik an allen regionalen Standorten der Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder.

<sup>2</sup> Bei diesen Materialien werden lediglich alle direkten Identifikatoren entfernt.

Bildungsdaten der amtlichen Statistik

Tab. 1

Bildungsbereich	Datenbestände
Frühkindliche Bildung	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen in Tageseinrichtungen für Kinder Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege Statistik der Plätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege
Allgemein bildende Schulen	Volksschulen Realschulen Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung Gymnasien Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs Freie Waldorfschule, Schulen besonderer Art, Internationale und ausländische Schulen
Berufliche Schulen und berufliche Ausbildung	Fachschulen Fachakademien Fachoberschulen, Berufsoberschulen und des Telekollegs Berufsfachschulen (ohne Wirtschaftsschulen und Berufsfachschulen des Gesundheitswesens) Berufsfachschulen und Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung Berufsfachschulen des Gesundheitswesens Berufsschulen Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung Berufsbildungsstatistik zum 31.12.
Hochschulstatistik	Studentenstatistik Prüfungsstatistik Personalstatistik Stellenstatistik Habitationsstatistik Besucher der Studienkollegs Hochschulfinanzstatistik
Betriebliche Weiterbildung	Europäische Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (CVTS)
Bildungsförderung	Statistik der Ausbildungsförderung nach dem Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz (BayAfög) Statistik der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAfög) Statistik der Aufstiegsfortbildungsförderung (AFBG)

Steuerstatistiken sowie der Rechtspflege-, Agrar- und Umweltstatistiken. Die Auswahl der Statistiken sowie die Reihenfolge ihrer Aufnahme in das Datenangebot des Forschungsdaten-zentrums orientierten sich hierbei an den Ergebnissen einer Umfrage zur Ermittlung des Datenbedarfs der Wissenschaft. Besonders nachgefragt sind dieser Umfrage zu Folge Bevölkerungsstatistiken – wie die Einzeldaten des Mikrozensus, der Volkszählung oder des Europäischen Haushaltspanels – aber auch die amtlichen Daten zum Bildungswesen – insbesondere die Hochschulstatistiken – erweckten breites Interesse in der Wissenschaft (Zühlke/Hetke 2002). Ein Blick auf die im Rahmen des Forschungsdaten-zentrums beantragten Statistiken spiegelt ebenfalls das hohe Interesse an den Bevölkerungsstatistiken wider. Darüber hinaus werden vor allem die Wirtschafts- und Steuerstatistiken in hohem Maße nachgefragt und ab 2008 ist auch ein enormer Anstieg bei den Bildungsstatistiken zu verzeichnen.

### 3. Bildungsdaten im Forschungsdaten-zentrum

Von der amtlichen Statistik wird im Bildungsbereich eine Vielzahl an – auch für die Forschung – relevanten Bildungsdaten

aufbereitet. Neben Daten zu allgemein bildenden Schulen und Hochschulen werden von der amtlichen Statistik Daten zur frühkindlichen Bildung aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfestatistiken, zur Berufs- und Erwachsenenbildung sowie zur betrieblichen Weiterbildung erhoben (Tabelle 1).

Aufgrund der föderalen Organisation des Bildungswesens in Deutschland kommt es jedoch in vielen Bereichen des Bildungssystems zu länderspezifischen Besonderheiten, sodass viele amtliche Bildungsdaten aus so genannten Landesstatistiken stammen, welche von den Organen des jeweiligen Bundeslandes angeordnet und von staatlichen Stellen durchgeführt werden. Eine Vergleichbarkeit dieser Landesstatistiken ist nicht zuletzt aufgrund von Unterschieden in der Art der Erhebung und Aufbereitung der Daten nicht zwingend gegeben.

Um den Nutzern länderübergreifende/-vergleichende Analysen zu ermöglichen, konzentriert sich das Datenangebot des Forschungsdaten-zentrums daher momentan ausschließlich auf Bildungsdaten, welche in Form von (dezentralen) Bundesstatistiken aufbereitet werden. Aktuell werden im For-

schungsdatenzentrum Daten aus den Bereichen der frühkindlichen Bildung, der Hochschulstatistik sowie der beruflichen Weiterbildung fachlich zentralisiert gehalten und für wissenschaftliche Analysen angeboten. Darüber hinaus werden im Forschungsdatenzentrum mit dem Mikrozensus einige für bil-

Tab. 2

#### Übersicht zu im FDZ gehaltenen Bildungsdaten

Bildungsbereich	Statistik
<i>Frühkindliche Bildung</i>	Einrichtungen und tätige Personen – Tageseinrichtungen für Kinder Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
<i>Hochschulen</i>	Studentenstatistik Erhebung der Prüfungen an Hochschulen Erhebung des Hochschulpersonals Erhebung der im Kalenderjahr Habilitierten Mikrozensus
<i>Betriebliche Weiterbildung</i>	Europäische Erhebung beruflicher Weiterbildung Mikrozensus

ungssoziologische/-politische Analysen relevante Informationen bereitgestellt (Tabelle 2).

Nachfolgend werden auf Basis der aktuellen Entwicklungen im Bildungsbereich ausgewählte wissenschaftliche Fragestellungen zu diesen unterschiedlichen Phasen der Bildung aufgezeigt und das Analysepotenzial der im Forschungsdatenzentrum gehaltenen Bildungsdaten im Hinblick auf die aufgezeigten bildungstheoretischen Fragestellungen skizziert. Im Gegensatz zu den spezifischen Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Hochschulstatistik und der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung, welche ausschließlich auf jeweils eine bestimmte Bildungsphase fokussieren, deckt der Mikrozensus ein breiteres Spektrum der Bildung – angefangen bei der schulischen Ausbildung bis hin zur beruflichen Fortbildung – ab. Daher werden abschließend in einem separaten Abschnitt die Daten des Mikrozensus dargestellt und ihr Analysepotenzial aufgezeigt.

### 3.1. Die Phase der frühkindlichen Bildung und die Kinder- und Jugendhilfestatistik

Trotz der Bildungsexpansion der 1970er Jahre zeichnet sich zwischen dem Bildungserfolg und der sozialen Herkunft nach wie vor ein ausgeprägter Zusammenhang ab (Geißler 2005). Ergebnisse der PISA-Studie zeigen, dass in allen Ländern „ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erworbenen Kompetenzen [besteht]“ (PISA-Konsortium 2002). In Deutschland erweist sich dieser Zusammenhang zwischen Sozialschichtzugehörigkeit und Lernerfolg am Ende der Voll-

schulpflicht jedoch als besonders eng und positiv (Baumert/Schümer 2001; Georg 2006; Vester 2006). Auch die Analysen der IGLU-2001 Daten bestätigen diesen engen Zusammenhang (Stubbe 2006). Das deutsche Bildungssystem zeichnet sich durch ein hohes Maß an sozial induzierter Ungleichheit und Selektivität aus (Becker 2006; Becker 2003; Zinnecker/Stern 2006). In der Bildungsforschung dominieren beim Versuch, den Beitrag des Bildungssystems zur Reproduktion sozialer Ungleichheit zu erklären, vor allem zwei Theorierichtungen. Während auf dem Rational-Choice-Ansatz basierende Konzepte vor allem die klassenspezifischen Kalkulationen von Kosten und Nutzen der Ausbildung und die zwischen den Klassen differierenden Einschätzungen des Bildungserfolgs der Kinder ins Zentrum rücken (Becker 2000, 2004; Boudon 1974; Goldthorpe 2000), setzen die konflikttheoretischen Ansätze in Anlehnung an Pierre Bourdieu an der Bedeutung soziokultureller Mechanismen an und versuchen, die soziale Ungleichheit im Bildungssystem durch eine differenzielle Ausstattung an erfolgsrelevanten Ressourcen – hierzu zählen insbesondere über das Elternhaus vermittelte sprachliche sowie soziale Kompetenzen – zu erklären (Bourdieu 1982; 1983).

Bei der Diskussion, wie die Reproduktion sozialer Ungleichheit über das Schulsystem vermieden werden könnte, rückt daher in Anschluss an Bourdieu's Klassentheorie zunehmend die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ins Zentrum (Gormley/Gayer 2005; Heckman/Masterov 2007; Kratzmann/Schneider 2009). So besteht politischer und gesellschaftlicher Konsens, dass Bildung bereits weit vor der Schule beginnt (Berth 2009).<sup>3</sup> Einige Ergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder, die Kindergärten besuchen, besser in psychologischen und Einschulungstests abschneiden (Schöler et al. 2004). Postuliert wird außerdem, dass vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund von einem frühen Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren können, da diese ihre sprachlichen und sozialen Kompetenzen fördern und somit ihren Übergang in die Schule erleichtern können (Kratzmann/Schneider 2009). Das wissenschaftliche Interesse richtet sich somit auch verstärkt auf die Institutionen der frühkindlichen Bildung.

Daten zur frühkindlichen Bildung werden unter anderem im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik bereitgestellt. Diese Statistik existiert zwar seit Anfang des letzten

<sup>3</sup> Zur wissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich wurde bereits 1972 das Institut für Frühpädagogik durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gegründet.

Jahrhunderts, doch wurde erst in den frühen 1990er Jahren – vor allem mit der Einführung des Sozialgesetzbuches VIII, Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) – ihr Erhebungsumfang deutlich ausgeweitet und auf die für wissenschaftliche Analysen besonders geeignete Individualdatenerfassung umgestellt (Hoffmann 1991).<sup>4</sup> Diese Individualdaten werden daher auch für wissenschaftliche Analysen über das Forschungsdatenzentrum zur Verfügung gestellt. Zur Beantwortung typischer Fragestellungen zur frühkindlichen Bildung – beispielsweise zur Inanspruchnahme verschiedener institutioneller Angebote nach Alter, Region, sozialer Herkunft, etc. – erscheint vor allem die „Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen“ als geeignet (Rockmann/Rehkämper 2008).<sup>5</sup> Diese jährlich durchgeführte Statistik löst ab dem Berichtsjahr 2006 die bis zum Jahr 2002 im Abstand von vier Jahren durchge-

führte Statistik der „Einrichtungen und tätigen Personen – Tageseinrichtungen für Kinder“ ab, welche lediglich Angaben über die Einrichtung, die Zahl der verfügbaren Plätze und zu den in den Einrichtungen tätigen Personen enthielt, jedoch keine Informationen zu den in den Einrichtungen betreuten Kinder bereitstellte (Statistisches Bundesamt 2008; 2007). Im Forschungsdatenzentrum werden sowohl die Berichtsjahre 1998

- 4 In vielen Bundesländern wurden zuvor detaillierte Angaben im Rahmen der Kindergartenstatistik bereitgestellt. So wurde in Bayern auf Basis des am 1. Januar 1973 in Kraft getretenen Bayerischen Kindergartengesetzes (BayKiG) eine jährliche Landesstatistik geführt, welche sich auf alle Kindergärten, Schulkindergärten, vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingerichtete Modellversuche im Elementarbereich und in der Eingangsstufe sowie die schulvorbereitenden Einrichtungen nach dem Sonderschulgesetz erstreckte und vielfältige Informationen zur frühkindlichen Bildung bereitstellte.
- 5 Im weiteren Sinne könnte auch die Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege den amtlichen Bildungsdaten zugerechnet werden. Da der Lernaspekt bei diesen Angeboten jedoch weniger zentral ist, werden die Daten zur Kindertagespflege an dieser Stelle nicht zu den Bildungsdaten gezählt.

Aktuelles Datenangebot des Forschungsdatenzentrums im Bereich der frühkindlichen Bildung

Tab. 3

Statistikbezeichnung	Merkmale	Zugangswege
Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mantelbogen: z.B.: <i>Regionalangaben</i></li> </ul>	On-Site, KDFV*
Satzart 1: Art des Trägers	<ul style="list-style-type: none"> <li>Art des Trägers</li> <li>Rechtsform des Trägers</li> <li>Besondere Merkmale der Einrichtung: z.B. <i>integrative Betreuung, ausschließliche Betreuung behinderter Kinder/Kinder von Betriebsangehörigen, von Elterninitiative organisiert</i></li> <li>Anzahl Plätze</li> <li>Anzahl Gruppen</li> </ul>	
Satzart 2: Angaben zu Kindern in einzelnen Gruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Geburtsdatum</li> <li>Geschlecht</li> <li>Betreuungszeit</li> <li>Mittagsverpflegung</li> <li>Schulbesuch</li> <li>Migrationshintergrund</li> <li>Erhöhter Förderbedarf</li> </ul>	
Satzart 3: Angaben zum Personal	<ul style="list-style-type: none"> <li>Geschlecht</li> <li>Alter</li> <li>Stellung im Beruf</li> <li>Arbeitsbereich</li> <li>Beschäftigungsumfang</li> <li>Berufsausbildungsabschluss</li> </ul>	
Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen – Tageseinrichtungen für Kinder	<ul style="list-style-type: none"> <li>Regionalinformationen</li> <li>Art der Einrichtung</li> <li>Art des Trägers</li> </ul>	
Angaben zum Personal	<ul style="list-style-type: none"> <li>Geschlecht</li> <li>Alter</li> <li>Stellung im Beruf</li> <li>Arbeitsbereich</li> <li>Beschäftigungsumfang</li> <li>Berufsausbildungsabschluss</li> </ul>	

\* Kontrollierte Datenfernverarbeitung

und 2002 der Statistik der „Einrichtungen und tätigen Personen – Tageseinrichtungen für Kinder“ als auch die aktuell verfügbaren Datenjahre der um die Angaben zu den in den Einrichtungen betreuten Kindern ergänzten Statistik der „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“ gehalten. Tabelle 3 zeigt die zentralen Inhalte dieser Statistiken sowie die für eine wissenschaftliche Nutzung der Daten angebotenen Zugangswege auf.

Aus dieser Merkmalsübersicht wird deutlich, dass die seit 2006 in jährlichem Abstand durchgeführte und um die Angaben zu den betreuten Kindern erweiterte Statistik für wissenschaftliche Analysen zur Wirkung der frühkindlichen Bildungsinstitutionen – gerade bei einer Fokussierung auf eine „soziale Vererbung“ von Bildung – deutlich besser geeignet ist.

### 3.2. Die universitäre Ausbildung und die amtliche Hochschulstatistik

Aufgrund zahlreicher struktureller Veränderungen verzeichnet auch das Hochschulwesen verstärktes wissenschaftliches Interesse und die Nachfrage nach Daten aus diesem Bereich steigt stark an. Gegenwärtig durchlaufen die europäischen Hochschulen einen rasanten Prozess der Modernisierung und Internationalisierung. Bereits 46 europäische Staaten verfolgen den 1999 initiierten Bologna-Prozess, welcher darauf abzielt, das Hochschulwesen in Europa zu vereinheitlichen, um die Mobilität der Studierenden, ihre internationale Wettbewerbs- sowie Beschäftigungsfähigkeit zu fördern. Durch die Einführung zweistufiger, konsekutiver Studiengänge (Bachelor- und Masterstudiengänge) mit klar strukturiertem Aufbau sollen die Qualität der Lehre verbessert und die Abbruchquoten gesenkt werden (Battige 2007; Schindler 2004; Petzina 2005; Goppel 2005). Auch Deutschland hat sich der Initiative zur Schaffung eines „einheitlichen europäischen Hochschulraums“ angeschlossen und versucht, ihre Zielsetzungen durch eine weitreichende organisatorische und inhaltliche Reform der Studiengänge umzusetzen. Erste Erfahrungen mit den neu geschaffenen Studiengängen scheinen die an die Hochschulreform geknüpften Erwartungen jedoch nicht zu bestätigen. Vermehrt wird kritisiert, das neue System sei zu verschult, starr, überreguliert und selektiv und gehe mit hohen Abbruchquoten sowie einer verminderten Mobilität der Studierenden einher (Becker 2009, Burtscheidt 2009, Heublein 2008; Schultz 2009, Taffertshofer 2009, Willand 2005). Zudem wird die Akzeptanz dieser neuen Studienabschlüsse – insbesondere des Bachelorabschlusses – auf dem deutschen Arbeitsmarkt von Anbeginn der Studienreform

mit großer Skepsis diskutiert (Kimler 2007). Dennoch liegen wissenschaftliche Studien zu den Effekten der Umsetzung der Maßgaben des Bologna-Prozesses in Deutschland bislang nur vereinzelt vor und basieren meist auf Stichprobendaten, welche sich häufig nur auf einzelne, ausgewählte Hochschulen konzentrieren.<sup>6</sup> Doch bietet gerade die amtliche Statistik mit ihrem breiten Angebot an Daten aus dem Hochschulbereich großes Potenzial, um die bislang größte Hochschulreform Europas zu evaluieren. In der Studenten- und Prüfungsstatistik werden umfangreiche Informationen zu den Studierenden/Absolventen bereitgestellt. Neben soziodemographischen Angaben (Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, etc.) und Informationen zum Studium im Berichtsemester (Hochschule, Studienfach, etc.) und zum Studium oder bereits abgelegten Abschlussprüfungen vor dem Berichtsemester (Hochschule, Studienfach, Auslandsaufenthalt, Prüfungsergebnis, etc.) sind für die Absolventen in der Prüfungsstatistik sogar detaillierte Informationen zu ihrer Abschlussprüfung (Abschlussart, Prüfungserfolg, etc.) enthalten. Auf Basis dieser Daten können beispielsweise Analysen zu Studiendauer und -erfolg vorgenommen werden und ggf. notwendige Nachbesserungsbedarfe der Reform aufgezeigt und Gestaltungsempfehlungen ausgesprochen werden. Im Gegensatz zu der mit dem Hochschulstatistikgesetz von 1971 (BGBl. I) konzipierten Studienverlaufstatistik in Form einer halbjährlichen Verknüpfung von Einzeldaten der Studentenbestandsdateien miteinander und mit der jährlichen Prüfungsteilnehmerdatei - unter Verwendung so genannter Identifikationsmerkmale - verzichtet das aktuelle Gesetz jedoch auf eine Verlaufstatistik. Daher können die Analysen lediglich Aussagen über Teilbereiche der akademischen Ausbildung geben.

Analysen mit den amtlichen Hochschuldaten erscheinen jedoch nicht nur angesichts der Bologna-Reform, sondern auch vor dem Hintergrund der neu eingeführten Studiengebühren bedeutsam. Sowohl ihre Erhebung als auch die Art ihrer Verwendung sowie ihr Beitrag für eine bessere Studienqualität werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Von bildungspolitischem und gesellschaftlichem Interesse ist daher, ob die ausschließlich zweckgebunden, für die Lehre einzusetzenden Studiengebühren tatsächlich die erhoffte Verbesserung der Studienbedingungen und der Ausstattung in Studium und Lehre erwirken (Battige 2007; Bargel/Müßig-Trapp/Willi-

6 Z.B.: Absolventenstudie zu Studienbedingungen und Berufserfolg des INCHER Kassel mit ca. 60 beteiligten Hochschulen (INCHER Kassel 2009); Absolventenstudie der TU Dresden (Lenz k.J.), Bachelorabschluss in Konstanz 2007; 2008 (Auspurg et al. 2007; 2008).

ge 2008; Heine/Quast/Spangenberg 2008). Für diese Fragestellungen relevante Daten wurden bislang überwiegend aus Studierendenbefragungen gewonnen.<sup>7</sup> Neben diesen Stichprobendaten können auch die amtlichen Daten der Hochschulstatistik zur Klärung der Frage nach der Studienqualität beitragen. So können hochschulstatistische Kennzahlen – beispielsweise Studienberechtigtenquoten, Studienanfängerquoten, Betreuungsrelationen – errechnet und Rückschlüsse auf die Verwendung der Studiengebühren gezogen werden (Stati-

stisches Bundesamt 2006a). Darüber hinaus lassen sich auf Basis der Hochschulfinanzstatistik in Kombination mit der Personal-, Studenten- und Prüfungsstatistik relevante finanzstatistische Kennzahlen der Hochschulen – beispielsweise zur

7 Eine breit angelegte Untersuchung zur Studierendenzufriedenheit stellt der mitunter aufgrund der Einführung der Studiengebühren initiierte Studienqualitätsmonitor dar. Hierbei handelt es sich um eine seit 2007 jährlich durchgeführte Online-Befragung, welche sich an Studierende der deutschen Hochschulen richtet. 2007 beteiligten sich 22.000 Studierende von mehr als 150 Hochschulen an der Befragung (Bargel/Müßig-Trappe/Willige 2008).

#### Aktuelles Datenangebot des Forschungsdatenzentrums im Bereich der Hochschulstatistik

Statistikbezeichnung	Merkmale	Zugangswege
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationen zur Ersteinschreibung z.B.: Hochschule, Jahr, Anzahl Hochschulsemester insgesamt</li> <li>• Informationen zum Studium im Berichtsemester z.B.: Hochschule, Studienfach, Art der Einschreibung, Art des Studiums, angestrebte Abschlussprüfung</li> <li>• Informationen zum Studium vor Berichtsemester z.B.: Hochschule, angestrebte Abschlussprüfung, Studienfach, ggf. auf gegenwärtiges Studium bezogenes Studium im Ausland</li> <li>• Bereits vor Berichtsemester abgelegte Abschlussprüfungen z.B.: Art der Prüfung, Studienfach, Datum, Prüfungsergebnis, Gesamtnote</li> <li>• Soziodemographische Angaben z.B.: Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Semester- und Heimatwohnsitz, Jahr/Art/Ort der Hochschulzugangsberechtigung (HZB), berufspraktische Tätigkeit vor Studium</li> </ul>	On-Site, KDFV
Erhebung der Prüfungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationen zu Abschlussprüfungen z.B.: Fachsemester für Prüfung, Art der Prüfung, Studienfach, Datum der Prüfung, Prüfungsergebnis, Gesamtnote</li> <li>• Soziodemographische Angaben z.B.: Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Semester- und Heimatwohnsitz</li> </ul>	On-Site KDFV
Erhebung des Hochschulpersonals	<p>Informationen zu den Beschäftigungsfällen an Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hochschule</li> <li>• Angaben zur organisatorischen Zugehörigkeit z.B.: Kategorie, Lehr- und Forschungsbereich</li> <li>• Angaben zur fachlichen Zugehörigkeit z.B.: Fachgebiet, Dienstbezeichnung, Tätigkeit</li> <li>• Angaben zum Beschäftigungsverhältnis z.B.: Arbeitszeit, Dienstverhältnis, Laufbahngruppe, Einstufung</li> <li>• Soziodemographische Angaben z.B.: Geschlecht, Geburtsdatum, ggf. Staatsbürgerschaft</li> </ul> <p>Informationen zu den Personalstellen an Hochschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hochschule der Personalstelle</li> <li>• Angaben zur organisatorischen Zugehörigkeit z.B.: Kategorie, Lehr- und Forschungsbereich</li> <li>• Angaben zur fachlichen Zugehörigkeit z.B.: Fachgebiet, Einstufung, Besetzung der Stelle</li> </ul>	On-Site KDFV
Erhebung der im Kalenderjahr Habilitierten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationen zur Habilitation z.B.: Hochschule, Datum der Habilitation, Fachgebiet</li> <li>• Informationen zum Beschäftigungsverhältnis z.B.: Beschäftigung, Dienstbezeichnung, Tätigkeit, Dienstverhältnis</li> <li>• Informationen zur organisatorischen und fachlichen Zugehörigkeit z.B.: Kategorie, Lehr- und Forschungsbereich, Fachgebiet</li> <li>• Soziodemographische Angaben z.B.: Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit</li> </ul>	On-Site KDFV

Tab. 4



fächerspezifischen Finanzausstattung je Student bzw. je Professorenstelle – sowie das fächerspezifische Forschungspotenzial ermitteln (Statistisches Bundesamt 2006b). Eine Beurteilung der Effizienz des Hochschulwesens und seiner Forschungs- und Technologiepolitik auf Basis der amtlichen Hochschuldaten erscheint nicht zuletzt vor dem Hintergrund des im Rahmen des Hochschulpakts verabschiedeten Milliardenpakets für Forschung- und Lehre sowie der Neuauflage der Exzellenzinitiative von großer Bedeutung. Diese Pakete in Höhe von 18 Milliarden Euro sollen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre sichern und die Hochschulen für die erhöhte Anzahl an Studienanfängern offen halten.

Für wissenschaftliche Analysen wird im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder eine Vielzahl an Daten der Hochschulstatistik bereitgestellt. Die Daten der Studenten- und Prüfungsstatistik werden ab dem Wintersemester 1995/1996 jeweils semesterweise angeboten. Die Daten der Personal- und Stellenstatistik und der Habilitationsstatistik liegen auf jährlicher Basis vor und gehen bis zum Berichtsjahr 1998 zurück. In Tabelle 4 werden die zentralen Inhalte der im FDZ verfügbaren Statistiken sowie die Möglichkeiten ihrer Nut-

zung zusammenfassend dargestellt.

### 3.3. Lebenslanges Lernen und die Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung CVTS

Bildungssoziologische und -politische Analysen fokussieren nicht zuletzt verstärkt auf die berufliche Weiterbildung, da immer deutlicher wird, dass kontinuierliche Fortbildung<sup>8</sup> eine grundlegende Voraussetzung für den beruflichen Erfolg darstellt. Nicht nur der berufliche Erfolg des Einzelnen, sondern auch der des Unternehmens im internationalen Wettbewerb hängt von der richtigen Qualifikation und angemessenen Weiterbildung seiner Mitarbeiter ab. Lebenslanges Lernen ist somit für die Perspektiven des Einzelnen, den Erfolg der Wirtschaft und die Zukunft der Gesellschaft entscheidend und steht seit längerem im Mittelpunkt der Bildungspolitik (Moraal 2007). Verstärkt gerät daher der Output von Lern- und Bildungsprozessen ins Blickfeld. Nicht zuletzt spiegelt sich die herausragende Bedeutung des lebenslangen Lernens und des Kompetenzniveaus von Erwachsenen in Überlegungen der

<sup>8</sup> Einer Definition des deutschen Bildungsrats zu Folge wird Weiterbildung verstanden als „notwendige und lebenslange Ergänzung aller Erstausbildung (...), als Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten Bildungsphase“ (Deutscher Bildungsrat 1970: 197).

Aktuelles Datenangebot des Forschungsdatenzentrums im Bereich der beruflichen Weiterbildung

Tab. 5

Statistikbezeichnung	Merkmale	Zugangswege
Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Allgemeine Unternehmensinformationen z.B.: <i>Regionalinformation, Wirtschaftszweig</i></li> <li>Strukturdaten des Unternehmens z.B.: <i>Anzahl Beschäftigte nach Geschlecht/Alter, Beschäftigungsstunden nach Geschlecht, Personalaufwendungen</i></li> <li>Weiterbildungsaktivitäten z.B.: <i>intern, extern, am Arbeitsplatz, Jobrotation, Lern-/Qualitätszirkel, Kongresse, etc.</i></li> <li>Lehrveranstaltungen z.B.: <i>Teilnehmer nach Geschlecht/Alter, Teilnahmestunden nach Geschlecht/Alter/Veranstaltung, Kosten, Personalaufwendungen, spezielle Lehrveranstaltungen für Behinderte/Ungelernte/Migrationshintergrund/Teilzeit Angestellte</i></li> <li>Weiterbildungspolitik z.B.: <i>internes Bildungszentrum, personelle Zuständigkeit, externe Beratungsleistungen, Mitarbeitergespräche, Bedarfsanalyse, Gremium der Arbeitnehmervertretung</i></li> <li>Auswirkung öffentlicher Maßnahmen z.B.: <i>öffentlich geförderte Maßnahmen, öffentliche Zuschüsse, Steuervergünstigungen, Normen und Standards für Weiterbildung</i></li> <li>Einfluss auf Umfang angebotener Weiterbildungsmaßnahmen z.B.: <i>Kosten, Mangel an Angeboten, Schwierigkeiten bei Bedarfsanalyse, Weiterbildung in Vorjahren, Arbeitsbelastung, Schwerpunktsetzung auf Erstausbildung</i></li> <li>Gründe für keine betriebliche Weiterbildung z.B.: <i>bedarfsadäquate Fähigkeiten, bedarfsadäquate Selektion bei Einstellung, Schwierigkeiten bei Bedarfsanalyse, Mangel an Angeboten, Kosten, Weiterbildung in Vorjahren, Arbeitsbelastung, Schwerpunktsetzung auf Erstausbildung</i></li> <li>Betriebliche Erstausbildung z.B.: <i>Auszubildende nach Geschlecht, Ausbildungsvergütung, Kosten, Personalaufwendungen, Beiträge für Erstausbildung an Fonds, Einnahmen für Erstausbildung</i></li> </ul>	On-Site KDFV Scientific-Use-File Campus-File



OECD wider, vergleichbar mit dem PISA-Test für Schüler, einen Leistungstest für Erwachsene – das so genannte Programme for the International Assessment of Adult Competencies, PI-AAC, einzuführen. Dieses Programm soll sich ländervergleichend mit den Kompetenzen von Erwachsenen befassen. Schwerpunkt der ersten Testrunde im Jahr 2011 werden kognitive und berufliche Fähigkeiten sein, welche für eine erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsleben Voraussetzung sind (Gnahr 2007; Rockmann/Rehkämper 2008). Für Deutschland würden somit erstmals seit dem International Adult Literacy Survey aus dem Jahr 1994 wieder repräsentative Daten über die Kompetenzprofile und -niveaus von Erwachsenen erhoben werden. Die Studie zur Lesekompetenz von Erwachsenen zeigte damals auf, dass in Deutschland 14 % der Erwachsenen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren – zugespitzt formuliert – strukturelle Analphabeten sind und knapp die Hälfte nur über unzureichende Fähigkeiten beim Lesen von Fließtexten verfügt (Gnahr 2007; IALS 2000).

Diese Ergebnisse legen eine verstärkte politische/unternehmerische Aktivität im Weiterbildungsbereich sowie die Evaluation der Wirksamkeit der Weiterbildungsmaßnahmen nahe. Doch ist die Datenlage zur Bildung im Lebenslauf relativ begrenzt, was mitunter auf das große Angebot verschiedener, häufig informeller Weiterbildungsangebote zurückzuführen ist. Die amtliche Statistik stellt im Rahmen der Europäischen Erhebung CVTS (Continuing Vocational Training Survey) Daten zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen bereit. Auf Basis dieser Daten können Weiterbildungsangebote der verschiedenen Wirtschaftszweige analysiert werden. So umfasst die Erhebung Angaben zur Weiterbildungspolitik des Unternehmens sowie den verschiedenen durchgeführten Formen der Weiterbildung (z. B.: Teilnahmestunden an internen bzw. externen Lehrveranstaltungen differenziert nach Themenschwerpunkten und Anbietern, Kosten der Lehrveranstaltungen, Teilnahme an verschiedenen Weiterbildungsformen differenziert nach Ungelernten, Angelernten, Fach- und Führungskräften). Bisher wurde die Erhebung 1994, 2000 und 2006 durchgeführt. Fortan soll sie regelmäßig im Abstand von 6 Jahren stattfinden (Statistisches Bundesamt 2008a). Da die Erhebung in Deutschland auf freiwilliger Basis erfolgt, liegen beispielsweise für das Jahr 2000 nur Angaben für 3 200 Unternehmen vor. Aufgrund der geringen Fallzahl und der stark unterschiedlichen Antwortquoten nach Bundesland und Wirtschaftszweig sind Analysen unterhalb der Bundesebene nur sehr begrenzt möglich. Die Daten zur beruflichen Weiterbildung werden auch für wissenschaftliche Nutzungen über das Forschungsdatenzen-

trum zugänglich gemacht. Tabelle 5 listet die zentralen Inhalte der Statistik und die Möglichkeiten ihrer Nutzung auf.

#### **3.4. Die Daten des Mikrozensus und ihr Analysepotenzial für die empirische Bildungsforschung**

Schließlich stellt der Mikrozensus für Analysen des Bildungssystems vielfältige Informationen bereit und zählt zu den wichtigsten Datenquellen der empirischen Bildungsforschung (Schimpl-Neimanns/Lüttinger 1993; Schimpl-Neimanns 2006). Bei dieser 1%-Stichprobenerhebung handelt es sich um die amtliche Repräsentativstatistik über die soziale und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Im Gegensatz zur amtlichen Bildungstatistik, welche sich jeweils nur auf einen spezifischen Ausschnitt der Bildung – beispielsweise Schulbildung, berufliche Bildung oder universitäre Ausbildung – konzentriert, kann auf Basis des Mikrozensus ein wesentlich breiteres Spektrum des Bildungsgeschehens abgehandelt werden. So werden im Rahmen seines breit angelegten Erhebungsprogramms unter anderem Angaben zum allgemeinen und beruflichen Bildungsabschluss, zum aktuellen Schulbesuch sowie zur Teilnahme an allgemeinen und beruflichen Weiterbildungen erfragt (Zühlke/Christians 2005).

Einige Fragestellungen der empirischen Bildungsforschung lassen sich im Rahmen der amtlichen Statistik sogar ausschließlich mit dem Mikrozensus bearbeiten. Beispielsweise kann die Verwertbarkeit der erworbenen Bildungsqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt oder die Auswirkung von Bildung auf die soziale Lebenslage lediglich mit Hilfe des Mikrozensus überprüft werden (Schimpl-Neimanns 2006). Ferner liefert die amtliche Bildungsstatistik weder Verlaufsdaten, welche beispielsweise Rückschlüsse auf das Übergangsverhalten der Schüler innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems, zwischen dem allgemein bildenden und berufsbildenden Schulsystem oder zum Verbleib von Hochschulabsolventen im Bildungssystem sowie zu ihrem Einmünden in den Arbeitsmarkt zuließen, noch stellt sie Informationen zum sozioökonomischen Hintergrund der Eltern bereit (Schimpl-Neimanns 2006, Weishaupt/Fickermann 2001; Weißhuhn 2001). Auf Basis der Querschnittsdaten der amtlichen Bildungsstatistik können zwar summarisch Nettoveränderungen des (Hoch-)Schulbesuchs berechnet werden (Reinberg/Hummel 2002), über (Hoch-)Schulkarrieren – beispielsweise Kontinuitäten und Brüche, etc. – können jedoch keine Aussagen getroffen werden. Genauso wenig können auf Grundlage der amtlichen Bildungsdaten Sachverhalte, welche auf die Bedeutung des

Aktuelles Datenangebot des Forschungsdatenzentrums im Bereich des Mikrozensus

Tab. 6

Statistikbezeichnung	Merkmale	Zugangswege
Mikrozensus ggf. auch Mikrozensus-Panel	<p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen zum Schulbesuch z.B.: Schulbesuch in den letzten 4 Wochen/12 Monaten, Art der besuchten Schule, Klassenstufe</li> <li>Informationen zur Lage der Schule z.B.: Besuch der Schule von hiesiger Wohnung, im selben Bundesland, in der selben Wohnsitzgemeinde, Bundesland, Entfernung zur Schule, Zeit für Hinweg, Verkehrsmittel</li> <li>Informationen zu Schulabschluss z.B.: allgemeiner Schulabschluss vorhanden, höchster allgemeiner Schulabschluss, Jahr des höchsten allgemeinen Schulabschlusses</li> </ul> <p>Berufsausbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen zur Art der Berufsausbildung z.B.: Hauptfachrichtung</li> <li>Informationen zum Ausbildungsabschluss z.B.: beruflicher Ausbildungsabschluss, höchster Ausbildungsabschluss, Jahr des höchsten Ausbildungsabschluss, weiterer beruflicher Ausbildungsabschluss, höchster beruflicher Ausbildungsabschluss, höchster beruflicher oder allgemeiner Abschluss</li> </ul> <p>Hochschule</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen zum Fach z.B.: Hauptfachrichtung</li> <li>Informationen zum Hochschulabschluss z.B.: Hochschulabschluss, höchster Hochschulabschluss, Jahr des höchsten Hochschulabschlusses</li> </ul> <p>Allgemeine/Berufliche Fortbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Informationen zu Teilnahme z.B.: in letzten 4 Wochen/12 Monaten</li> <li>Informationen zum Umfang z.B.: Zahl der Stunden</li> </ul>	On-Site, KDFV, Scientific-Use-File, Campus File

Haushalts- und Familienkontextes abstellen – beispielsweise Analysen zur Selektivität des Bildungssystems, bearbeitet werden (Schimpl-Neimanns 2006). Dagegen können mit Hilfe des Mikrozensus die Schüler/Absolventen unmittelbar mit den Angaben zur sozialen Stellung der Familie (Bildung/Beruf der Eltern, Familiennettoeinkommen, etc.) zusammengeführt werden und auch Bildungsverläufe können, seitdem das Mikrozensusgesetz von 1996 die Längsschnittverknüpfung von Stichprobeneinheiten ermöglicht, zumindest eingeschränkt rekonstruiert<sup>9</sup> werden (Schimpl-Neimanns 2005).

Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter stellt die einzelnen Zyklen des Mikrozensus über eine breite Zeitspanne zur Verfügung und bietet für die neueren Zeitfenster auch die entsprechenden Paneldaten an. In Tabelle 6 werden die zentralen bildungsrelevanten Inhalte des Mikrozensus und die verschiedenen Zugangswege zu diesen Datenbeständen aufgelistet.

#### 4. Aufnahme weiterer Bildungsstatistiken

Das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums wird regelmäßig erweitert und an den Bedarf der Wissenschaft angepasst. Angesichts der regen Nachfrage nach Bildungsdaten, welche der Wissenschaft gegenwärtig noch nicht über das Forschungsdatenzentrum zugänglich sind, wurde die Möglichkeit ihrer Aufnahme evaluiert. Vorrangig handelt es sich hierbei um die Daten der Hochschulfinanzstatistik, der Berufsbildungsstatistik sowie die Daten zu den allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Die Bedeutung der Hochschulfinanzstatistik zur Ermittlung finanzstatistischer Kennzahlen der Hochschulen und zur Beurteilung der Effizienz des Hochschulwesens und seiner Forschungs- und Technologiepolitik wurde bereits im Abschnitt 3.2. hervorgehoben. Insbesondere vor dem Hintergrund der Exzellenzinitiative und der neu eingeführten Studiengebühren

<sup>9</sup> Durch Umzüge bedingte selektive Ausfälle sind bei Schülern und Studierenden in höherem Ausmaß gegeben.

## Übersicht zur Bereitstellung weiterer Bildungsdaten im Forschungsdatenzentrum

Statistikbezeichnung	Erhebungsjahre	Bereitstellung im FDZ
Hochschulfinanzstatistik	ab 2001	ca. 01.06.2010
Berufsbildungsstatistik	ab 2008 (ggf. ab 2007)	ca. 01.01.2010
Daten zu allgemein- und berufsbildenden Schulen	ggf. nach Realisierung des Kerndatensatzes (Voraussetzung: positive datenschutzrechtliche Prüfung)	

Tab. 7

häufte sich in letzter Zeit die Nachfrage nach diesen Daten. Daher ist geplant, die umfangreichen Datenbestände zur finanziellen Ausstattung der Hochschulen der Wissenschaft im Rahmen des Forschungsdatenzentrums ab Anfang des nächsten Jahres zugänglich zu machen (Tabelle 7).

Im Jahr 2007 wurde die Erstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Erhebung aggregierter Informationen auf die Erfassung von Individualinformationen umgestellt. Aufgrund dieser Umstellung ist mit einer steigenden wissenschaftlichen Nachfrage nach diesen Daten zu rechnen.<sup>10</sup> Da es sich bei dieser Statistik – wie bei den bereits im Forschungsdatenzentrum gehaltenen Bildungsdaten – um eine dezentrale Bundesstatistik handelt, ist eine länderübergreifende Vergleichbarkeit der Datenbestände gewährleistet und ihre Aufnahme in das Angebot des Forschungsdatenzentrums ohne größere Probleme möglich. Kritisch zu prüfen ist jedoch, ab welchem Berichtsjahr die Berufsbildungsdaten in das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums aufgenommen werden sollten. Während ein Vergleich der Daten des Berichtsjahres 2007 mit den Aggregatdatenbeständen vorangegangener Jahre darauf hindeutet, dass dieses erste Berichtsjahr qualitative Mängel aufweist und keine validen Ergebnisse produziert, erscheinen die Daten beim Vergleich mit dem Berichtsjahr 2008 durchaus plausibel. Die fachlich zentralisierte Datenhaltung der Berufsbildungsstatistik im Forschungsdatenzentrum wird daher in einem ersten Schritt mit dem Berichtsjahr 2008 starten und gegebenenfalls rückwirkend um das Berichtsjahr 2007 erweitert werden (Tabelle 7).

Auch im Bereich der Schuldaten häufen sich gegenwärtig – nicht zuletzt durch die PISA-Studie und die zahlreichen strukturellen Veränderungen im Schulsystem initiiert – die wissenschaftlichen Anfragen. Die Daten zu den allgemein bildenden und beruflichen Schulen könnten das gegenwärtige Angebot des Forschungsdatenzentrums an Bildungsdaten sinnvoll ergänzen. So zielen viele Projekte darauf ab, die verschiedenen Bildungsstadien miteinander in Beziehung zu setzen und Bildungsverläufe und -übergänge zu modellieren. Ferner bietet die spezifische Ausgestaltung des deutschen Schul-

wesens vielfältige Anknüpfungspunkte für international vergleichende Forschungsaktivitäten. Doch sind bei den Schuldaten einige Besonderheiten gegeben, welche eine Aufnahme in das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums erschweren. Die Zuständigkeiten für das Bildungswesen liegen nach dem Grundgesetz im Wesentlichen bei den einzelnen Ländern. Dementsprechend fällt die Schulstatistik in den Kompetenzbereich der Länder, sodass die Daten dieser Landesstatistiken sehr heterogen sind. Neben länderspezifischen, strukturellen Besonderheiten des föderal organisierten Schulwesens variiert die Erhebung und Aufbereitung der Daten von Bundesland zu Bundesland in beträchtlichem Umfang.

Um dieser Heterogenität der länderspezifischen Datenbestände zu begegnen, wurde ein Kerndatensatz (KDS) festgelegt, welcher „dem im Jahr 2000 in der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedeten statistischen Minimalkatalog, ergänzt um wenige Merkmale, beispielsweise Migrationshintergrund [folgt]“. (Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2009). Die in diesem für die Länder verbindlichen Katalog vorgegebenen Merkmale müssen von den Ländern vergleichbar erhoben werden, um die Auswertung einheitlicher Daten auf nationaler Ebene zu ermöglichen.<sup>11</sup> Bundesweit vergleichbare, homogene Schuldaten können im Rahmen des Forschungsdatenzentrums somit erst nach einer endgültigen Realisierung des Kerndatensatzes bereitgestellt werden. Vor einer Aufnahme der Schuldaten in das Angebot des Forschungsdatenzentrums müssen jedoch auch die juristischen und datenschutzrechtlichen Prämissen geprüft werden. Eine etwaige Weiterverarbeitung der Daten im Rahmen des Forschungsdatenzentrums sollte daher auch in enger Absprache mit den einzelnen Ländern als Dateneigner sowie den Datenschutzbeauftragten erfolgen (Tabelle 7).

<sup>10</sup> Beim Bundesinstitut für Berufsforschung (BIBB) wurde bereits ein eigenes Forschungsdatenzentrum eingerichtet, welches sich auf die Bereitstellung der eigenen Erhebungsdaten für wissenschaftliche Zwecke konzentriert.

<sup>11</sup> Erhoben werden sollen Angaben zu Schulen, Klassen, Unterrichtseinheiten, Schülern, Schulabgängern und Absolventen sowie Lehrkräften.

## 5. Ausblick

Die wissenschaftliche Nachfrage nach Bildungsdaten ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Dieser Aufschwung lässt sich zum einen auf die Ergebnisse der PISA-Studie und zum anderen auf die weitreichenden Reformen in allen Bereichen des Bildungswesens zurückführen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung, des Hochschulwesens und der betrieblichen Weiterbildung stellt die amtliche Statistik im Rahmen ihres Forschungsdatenzentrums bereits ein breites Angebot an Bildungsdaten für wissenschaftliche Analysen bereit. Zudem enthält der ebenfalls im Forschungsdatenzentrum angebotene Mikrozensus ein breites Spektrum an Merkmalen, welche zur Analyse des Bildungssystems herangezogen werden können. Dennoch soll das Angebot des Forschungsdatenzentrums kontinuierlich ausgebaut und an die Bedürfnisse der Datennutzer angepasst werden. Bis Mitte nächsten Jahres sollen daher zusätzlich die Hochschulfinanzstatistik und die Berufsbildungsstatistik in das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums integriert werden. Ebenso ist geplant, der Wissenschaft die

Schuldaten für länderübergreifende Analysen im Rahmen des Forschungsdatenzentrums anzubieten. Für dieses Vorhaben müssen jedoch noch vielfältige länderspezifische und methodische Besonderheiten geklärt und einige datenschutzrechtliche Hürden genommen werden.

Zugleich wird seitens der Wissenschaft häufig der Ruf nach Längsschnittdaten im Bereich der amtlichen Bildungsstatistik laut, da viele Fragestellungen nicht mit Querschnittsdaten und ausgewählten retrospektiven Merkmalen beantwortet werden können. Die Verknüpfung der Bildungsdaten – beispielsweise der Hochschulstatistik – im Zeitverlauf stößt jedoch gegenwärtig an gesetzliche Grenzen. Eine weitere Aufgabe des Forschungsdatenzentrums wird daher sein, die gesetzlichen Möglichkeiten einer Längsschnittverknüpfung der Bildungsdaten auszuloten und Möglichkeiten einer methodischen Umsetzung dieser Verknüpfung der Datenbestände im Längsschnitt zu suchen.

## Literatur:

Auspurg, K/Bargel, H/Hinz, T/Pajarinen, A (2008): Studienverlauf und Verbleib (2. Erhebung)

Auspurg, K/Findeisen, I/Hinz, T/Salewski, H (2007): Studienverlauf und Verbleib (1. Erhebung). Konstanzer Online Publikationssystem: URL: <http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/2007/2635/>

Bargel, T/Müßig-Trapp, P/Willige, J (2008): Studienqualitätsmonitor 2007. Studienqualität und Studiengebühren. In: HIS Forum Hochschule 1/2008. [www.his.de/sqm](http://www.his.de/sqm).

Battige, U (2007): Die Einführung von Studiengebühren an der Universität Heidelberg. Beiträge zur Hochschulforschung 29: 38

Baumert, J/Schümer, G (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. In: Deutsches PISA Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

Becker, P (2009): Gut gedacht -schlecht gemacht. Das Ziel des Bologna-Prozesses sind selbständig arbeitende Studenten, doch die neuen „Module“ lassen ihnen oft zu wenig Freiräume. SZ 14.04.2009; S. 38.

Becker, R (2000): Klassenlage und Bildungsentscheidungen. Eine empirische Anwendung der Wert-Erwartungstheorie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52: 450-477.

Becker, R. (2003): Educational Expansion and Persistent Inequalities of Education: Utilising the Subjective Expected Utility Theory to Explain the Increasing Participation Rates in Upper Secondary School in the Federal Republic of Germany, European Sociological Review 19: 1-24.

Becker, R. (2004): Soziale Ungleichheit von Bildungschancen und Chancengleichheit. In: Becker, R./Lauterbach, W.: Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag.

Becker, R. (2006): Dauerhafte Bildungsungleichheiten als unerwartete Folge der Bildungsexpansion? In Hajar, A/Becker, R. (Hrsg.): Bildungsexpansion – Erwartete und unerwartete Folgen. Wiesbaden.

Boudon, R. (1974): Education, opportunity and social inequality. New York: Willey.

Berth, F. (2009): Im Schatten der größeren Kinder. Wenn Zweijährige in normale Kitas geholt werden, bleibt von Bildungszielen nicht viel übrig. SZ (29.06.2009) S. 34.

- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomische Kapital, kulturelles Kapital und soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt – Sonderband 2. Göttingen: Otto-Schwarz-Verlag.
- Burtscheidt, C. (2009): Nach der Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse. Zu starr und zu verschult. Professoren und Studenten der Universität Erlangen kritisieren das neue Studiensystem. SZ 20.04.2009; S. 46.
- Bundesstatistikgesetz (BStatG) (1987): Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke. Wiesbaden.
- Deutsches PISA-Konsortium (2002): PISA 2002 – Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen
- Findeisen, I./Herbrig, R./Hinz, T./Raufer, T./Thonner, J. (2006): Studienzufriedenheit und Perspektiven. Arbeitspapier Universität Konstanz, FB Soziologie, Arbeitsbereich Hinz. [http://www.uni-konstanz.de/hinz/Studienmotivation\\_KN.pdf](http://www.uni-konstanz.de/hinz/Studienmotivation_KN.pdf)
- Georg, W. (2006): Kulturelles Kapital und Statusvererbung. In: Georg, Werner (Hrsg.): Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine empirisch theoretische Bestandsaufnahme. Konstanz
- Gnahn, D. (2007): Ein PISA für Erwachsene? Dokument aus der Reihe „DIE FAKTEN“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung. <http://www.die-bonn.de/fakten>.
- Goldthorpe, J. (2000): On sociology: numbers, narratives and the integration of research and theory. Oxford: Oxford University Press.
- Goppel, T. (2005): Europäische Angleichung der Studiengänge und -abschlüsse. Perspektiven und Aufgaben für die Politik. Beiträge zur Hochschulforschung 27: 114
- Gormley, W.T./Gayer, T. (2005): Promoting School Readiness in Oklahoma. An Evaluation of Tulsa's Pre-K Program. Journal of Human Resources 40: 533-558.
- Heckman, J.J./Masterov, D.V. (2007): The Productivity Argument for Investing in Young Children. Review of Agricultural Economics 29: 446-493.
- Heine, C./Quast, H./Spangenberg, H. (2008): Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und Strategien. In: HIS Forum Hochschule 15/2008.
- Heublein, U./Schmelzer, R./Sommer, D./Wank, J. (2008): Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen. Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2006. HIS Projektbericht Mai 2008. [http://www.his.de/pdf/21/his-projektbericht-studienabbruch\\_2.pdf](http://www.his.de/pdf/21/his-projektbericht-studienabbruch_2.pdf)
- Hoffmann, U. (1991): Neuordnung der Jugendhilfestatistik. Wirtschaft und Statistik 43: 153-164.
- Kratzmann, J./Schneider, T. (2009): Social Inequality, Child Care Attendance, and School Start in Germany. Schmollers Jahrbuch 129: 181-190.
- INCHER (Kassel): Studienbedingungen und Berufserfolg - Analyse der Wirkungen hochschulischer Studienangebote und -bedingungen in Deutschland mit Hilfe von Absolventenbefragungen. Koordination des Internationalen Zentrum für Hochschulforschung (INCHER) Kassel.
- Kimler, J. (2007): Die Akzeptanz von Bachelor- und Masterabschlüssen bei deutschen Großunternehmen: theoretische Überlegungen und empirische Befunde anhand einer Befragung ausgewählter Unternehmen. Beiträge zur Hochschulforschung 29: 32
- Moraal, D. (2007): Berufliche Weiterbildung in Deutschland. Diskussionspapier des BIBB.
- Petzina, D. (2005): Der Bologna-Prozess in Deutschland. Stand und Perspektiven. Beiträge zur Hochschulforschung 27: 18
- Rehkämper, K./Rockmann, U. (2008): Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. In: Autorengruppe Regionale Bildungsberichterstattung Berlin-Brandenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg (Hrsg.): Bildung in Berlin und Brandenburg 2008. Ein indikatorengestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf.
- Reinberg, A./Hummel, M. (2002): Die Bildungsgesamtrechnung des IAB. S. 491-506 in Kleinhenz, G. (Hrsg.): IAB-Kompilendium Arbeitsmarkt und Berufsforschung, BeitrAB 250. Nürnberg.
- Schimpl-Neimanns, B. (2006): Zur Datenqualität der Bildungsangaben im Mikrozensus. ZUMA-Arbeitsbericht 2006/3.
- Schimpl-Neimanns, B. (2005): Bildungsverläufe im Mikrozensuspanel 1996-1999: Besuch der gymnasialen Oberstufe bis zum Abitur. ZUMA Arbeitsbericht 2005/02.

- Schimpl-Neimanns, B./Lüttinger, P. (1993): Die Entwicklung bildungsspezifischer Ungleichheit: Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik. ZUMA\_Nachrichten 32: 76-116.
- Schindler, G. (2004): Employability und Bachelor-Studiengänge – eine unpassende Verbindung. Beiträge zur Hochschulforschung 26: 6
- Schultz, T. (2009): Verschultes Studium: Die Folgen des Bologna-Prozesses. Vorlesung mit Anwesenheitskontrolle. Eine umfassende Reform brachte den deutschen Universitäten Bachelor, Master und viel Ärger - nun beraten Politiker über Konsequenzen. SZ 28.04.2009, S. 7.
- Statistisches Bundesamt (2008): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Teil III.1 Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen. Qualitätsbericht. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen zum 15.03.2006 – revidierte Ergebnisse. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007a): Berufliche Weiterbildung in Unternehmen. Dritte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3). Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006a): Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Fachserie 11. Reihe 4.3.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006b): Bildung und Kultur. Finanzen der Hochschulen. Fachserie 11. Reihe 4.5. Wiesbaden.
- Stubbe, T. (2006): Schulformwechsel- und Bildungsgangentscheidungen an Hamburger Schulen der Sekundarstufe I. Vortrag im Forschungskolloquium des Zentrums für Bildungsforschung und Lehrerbildung an der Bergischen Universität Wuppertal. Wuppertal.
- Taffertshofer, Birgit (2009): Zeit der Korrekturen. Bachelor und Master: Die Unzufriedenheit mit den Effekten der neuen Studienstruktur zwingt zu einer Reform der Reform. SZ 14.04.2009; S. 38.
- Vester, M. (2006): Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen. Bildung und soziale Ungleichheit zwischen Boudon und Bourdieu. In: Georg, Werner (Hrsg.): Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine empirisch theoretische Bestandsaufnahme. Konstanz: UKV
- Weishaupt, H./Fickermann, D. (2001): Informationelle Infrastruktur im Bereich Bildung und Kultur. Expertise für die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Nomos: CD-Beilage.
- Weißhuhn, G. (2001): Gutachten zur Bildung in Deutschland. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). Bonn: BMBF
- Willand, Ilka (2005): Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen. Wirtschaft und Statistik 4: 372-
- Wirth, H./Müller, W. (2006): Mikrodaten der amtlichen Statistik – Ihr Potenzial in der empirischen Sozialforschung. In: Diekmann, Andreas (Hrsg.): Methoden der Sozialforschung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie Bd. 44: 93-127.
- Zinnecker, J./Stecher, L. (2006): Gesellschaftliche Ungleichheit im Spiegel hierarchisch geordneter Bildungsgänge. Die Bedeutung ökonomischen, kulturellen und ethnischen Kapitals der Familie für den Schulbesuch der Kinder. In: Georg, Werner (Hrsg.): Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Eine empirisch theoretische Bestandsaufnahme. Konstanz: UKV
- Zühlke, S./Christians, H. (2005). Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter. S 7- 22. In Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (Hrsg.): Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Beiträge zu den Nutzerkonferenzen des FDZ der Statistischen Landesämter 2005.
- Zühlke, S./Hetke, U. (2002): Datenbedarf der Wissenschaft. Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung. Statistische Analysen und Studien NRW 6: 3-10.
- Zühlke, S./Zwick, M./Scharnhorst, S; Wende, T. (2005): Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. ZA-Information 56: 168-182.



\* Diese Positionen werden von allen  
Statistischen Ämtern der Länder  
im Zahlenspiegel veröffentlicht

## Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008				2009	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende) .....	1 000	12 493	12 520	12 520	12 520	12 517	12 524	12 520	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen <sup>1</sup> .....	Anzahl	4 782	4 768	4 858	1 231	2 368	3 016	6 607	1 255	2 050
* je 1 000 Einwohner .....	Anzahl	3,8	3,8	3,9	1,6	2,4	2,9	6,2	...	...
* Lebendgeborene <sup>2</sup> .....	Anzahl	8 735	8 906	8 858	7 076	8 191	7 754	10 783	5 926	8 021
je 1 000 Einwohner .....	Anzahl	7,0	7,1	7,1	6,7	8,2	7,5	10,1	...	...
* Gestorbene <sup>3</sup> .....	Anzahl	9 894	9 869	10 092	10 200	10 485	9 236	12 975	10 467	11 312
je 1 000 Einwohner .....	Anzahl	7,9	7,9	8,0	9,6	10,5	9,0	12,2	...	...
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene .....	Anzahl	29	34	28	13	29	27	46	18	29
je 1 000 Lebendgeborene .....	Anzahl	3,3	3,8	2,6	1,8	3,5	3,5	4,3	3,0	3,6
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene .....	Anzahl	16	20	15	7	13	15	30	6	15
je 1 000 Lebendgeborene .....	Anzahl	1,8	2,4	1,4	1,0	1,6	1,9	2,8	1,0	1,9
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-) .....	Anzahl	-1 159	-964	-1 234	-3 124	-2 294	-1 482	-2 192	-4 541	-3 291
je 1 000 Einwohner .....	Anzahl	-0,9	-0,8	-1,0	-2,9	-2,3	-1,4	-2,1	...	...
Totgeborene <sup>2</sup> .....	Anzahl	28	27	29	24	28	25	35	19	23
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze .....	Anzahl	20 878	21 347	21 084	21 006	16 986	18 094	15 750	...	...
* darunter aus dem Ausland .....	Anzahl	9 692	10 137	9 964	9 624	8 099	8 104	6 829	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze .....	Anzahl	17 766	18 100	19 914	18 316	17 409	19 962	17 981	...	...
* darunter in das Ausland .....	Anzahl	9 426	9 512	10 973	9 826	10 140	11 071	10 212	...	...
Zuzüge aus den anderen Bundesländern .....	Anzahl	11 186	11 211	11 120	11 382	8 887	9 990	8 921	...	...
Fortzüge in die anderen Bundesländer .....	Anzahl	8 340	8 588	8 941	8 490	7 269	7 891	7 769	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-) .....	Anzahl	3 111	3 247	1 171	2 690	-423	-868	-2 231	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>4</sup> .....	Anzahl	41 249	40 420	40 369	42 068	34 558	37 803	35 488	...	...
		2007	2008	2007				2008		
		Jahresdurchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt <sup>5</sup>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>6</sup> .....	1 000	4 430,8	...	4 353,9	4 411,9	4 505,8	4 451,6	4 466,5	4 518,8	4 599,5
Frauen .....	1 000	1 977,6	...	1 950,3	1 959,1	2 002,8	1 997,9	2 003,9	2 015,8	2 056,0
* Ausländer .....	1 000	350,7	...	341,8	352,8	359,0	349,3	356,1	365,8	371,0
* Teilzeitbeschäftigte .....	1 000	778,1	...	762,1	777,0	786,0	787,5	797,4	812,3	817,5
* darunter Frauen .....	1 000	658,2	...	644,6	656,0	664,5	667,6	676,0	687,0	692,6
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ08)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	1 000	21,1	...	20,7	22,4	22,6	18,9	20,7	22,7	22,3
* B-F Produzierendes Gewerbe .....	1 000	1 605,7	...	1 573,3	1 605,9	1 638,8	1 604,9	1 610,9	1 636,6	1 665,9
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe .....	1 000	1 354,2	...	1 333,2	1 347,0	1 371,7	1 364,8	1 369,8	1 378,6	1 400,0
* C Verarbeitendes Gewerbe .....	1 000	1 282,5	...	1 262,6	1 275,2	1 299,0	1 293,2	1 297,3	1 305,2	1 326,2
* F Baugewerbe .....	1 000	251,5	...	240,1	258,9	267,1	240,1	241,1	258,0	265,8
* G-U Dienstleistungsbereiche .....	1 000	2 803,1	...	2 759,1	2 782,8	2 843,5	2 826,9	2 834,0	2 858,4	2 910,8
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe .....	1 000	992,1	...	972,9	985,1	1 010,1	1 000,0	999,0	1 007,7	1 026,6
* J Information und Kommunikation .....	1 000	144,2	...	147,2	142,8	143,7	142,9	144,4	145,0	150,0
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister .....	1 000	183,5	...	183,4	181,9	184,5	184,2	182,8	182,1	185,4
* L Grundstücks- und Wohnungswesen .....	1 000	25,9	...	25,4	25,8	26,5	26,0	26,4	26,5	26,4
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. Wirtschaftlichen Dienstleister .....	1 000	457,9	...	441,9	456,3	470,3	463,3	468,2	479,8	489,1
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen .....	1 000	840,9	...	832,8	833,8	847,0	850,1	851,6	854,2	867,8
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften .....	1 000	158,6	...	155,5	157,0	161,4	160,4	161,6	163,0	165,5
		2006	2007	2008	2008		2009			
		Jahresdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose .....	1 000	446,4	350,4	276,6	270,2	252,6	342,3	333,1	314,7	310,9
* darunter Frauen .....	1 000	222,4	183,0	139,6	139,9	132,6	145,4	149,4	144,5	143,7
* Arbeitslosenquote insgesamt <sup>7, 8</sup> .....	%	7,8	6,1	4,8	4,7	4,4	5,2	5,1	4,7	4,7
* Frauen .....	%	8,1	6,6	5,0	5,0	4,8	4,7	4,9	4,6	4,6
* Männer .....	%	7,6	5,6	4,6	4,4	4,0	5,6	5,2	4,8	4,7
* Ausländer .....	%	17,3	13,9	11,5	11,6	11,0	11,4	11,5	10,9	10,9
* Jugendliche .....	%	7,1	5,2	3,6	3,3	2,9	5,1	4,8	4,4	4,2
* Kurzarbeiter <sup>9</sup> .....	1 000	8,0	12,9	...	...	7,4	268,0	...	...	...
* Gemeldete Stellen .....	1 000	70,8	80,5	70,4	73,5	75,8	57,5	55,4	54,4	53,8

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

8 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

9 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.



Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008		2009			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Landwirtschaft										
Schlachtungen <sup>1</sup>										
Anzahl										
Rinder .....	1 000	83,4	81,5	...	82,8	73,2	66,2	87,9	74,3	69,9
darunter Kälber <sup>2</sup> .....	1 000	2,9	2,7	...	2,5	2,4	2,0	2,4	2,9	2,1
Jungrinder <sup>3</sup> .....	1 000	...	...	...	...	...	0,4	0,5	0,5	0,4
Schweine .....	1 000	449,7	457,8	...	463,8	435,6	417,4	497,3	440,3	444,0
darunter Hausschlachtungen .....	1 000	9,3	8,3	...	6,6	5,2	8,5	7,8	5,1	4,8
Schafe .....	1 000	11,4	10,9	...	8,8	11,0	6,5	8,5	16,8	8,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht <sup>4</sup>										
Rinder .....	kg	340,3	341,3	...	341,5	339,8	338,9	340,7	336,2	337,5
darunter Kälber <sup>2</sup> .....	kg	101,8	100,2	...	97,0	95,9	110,9	109,4	106,5	102,1
Jungrinder <sup>3</sup> .....	kg	...	...	...	...	...	188,5	193,0	173,0	181,4
Schweine .....	kg	93,5	94,1	...	94,4	94,0	94,6	94,7	94,9	94,9
Gesamtschlachtgewicht <sup>5</sup>										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) .....	1 000 t	70,5	71,2	...	72,2	66,0	62,0	77,2	67,0	64,9
darunter Rinder .....	1 000 t	28,2	27,8	...	28,2	24,8	22,4	29,9	24,9	23,5
darunter Kälber <sup>2</sup> .....	1 000 t	0,3	0,3	...	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2
Jungrinder <sup>3</sup> .....	1 000 t	...	...	...	...	...	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine .....	1 000 t	42,0	43,1	...	43,8	40,9	39,5	47,1	41,8	41,2
Schafe .....	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,2
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) .....	1 000 t	69,1	69,9	...	71,1	65,2	60,8	75,9	66,1	64,1
* darunter Rinder .....	1 000 t	27,8	27,3	...	27,8	24,5	22,0	29,4	24,5	23,2
darunter Kälber <sup>2</sup> .....	1 000 t	0,3	0,2	...	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
* Jungrinder <sup>3</sup> .....	1 000 t	...	...	...	...	...	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine .....	1 000 t	41,2	42,3	...	43,2	40,5	38,7	46,4	41,3	40,7
Geflügel										
* Konsumier <sup>6</sup> .....	1 000	66 723	66 280	67 570	73 347	73 064	72 932	81 432	75 893	...
* Geflügelfleisch <sup>7</sup> .....	1 000 kg	7 935,1	8 566,3	9 649,1	10 515,4	9 112,2	9 383,0	10 187,1	10 732,9	9 963,2
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung .....	1 000 t	626,3	641,4	630,1	651,3	632,7	...	...	...	...
darunter Milchanlieferung an Molkereien <sup>8</sup> .....	%	92,7	92,7	93,1	92,7	92,7	...	...	...	...
Milchleistung je Kuh und Tag .....	kg	16,7	17,2	16,5	17,7	16,6	...	...	...	...
Trinkmilcherzeugung der Molkereien <sup>9</sup> .....	1 000 t	70,2	64,6	65,3	68,0	68,5	62,8	66,6	...	...
darunter Vollmilch .....	1 000 t	30,7	28,7	29,3	29,2	31,8	21,4	25,0	...	...
Buttererzeugung der Molkereien <sup>9</sup> .....	1 000 t	5,0	5,2	5,2	5,7	5,3	5,3	5,4	...	...
Käseerzeugung der Molkereien <sup>9, 10</sup> .....	1 000 t	41,0	42,0	42,9	43,6	43,0	39,5	43,5	...	...
Quarkerzeugung der Molkereien <sup>9, 11</sup> .....	1 000 t	24,8	24,4	24,3	26,1	25,5	23,0	25,2	...	...
Getreideanlieferungen <sup>9, 12</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	5,8	8,4	8,8	4,6	3,4	4,3	7,2	5,8	5,3
Weizen .....	1 000 t	132,6	142,5	108,5	66,4	51,8	101,0	147,5	127,4	131,9
Gerste .....	1 000 t	48,4	47,6	42,8	16,3	13,5	18,6	28,5	25,5	28,4
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	2,0	1,8	1,5	0,8	0,4	0,7	0,9	1,1	0,8
Vermahlung von Getreide <sup>9, 12</sup>										
Getreide insgesamt .....	1 000 t	88,3	90,9	94,1	98,2	89,6	89,8	103,9	98,4	76,8
darunter Roggen und -gemenge .....	1 000 t	12,7	12,7	12,8	13,1	12,5	12,1	13,4	12,4	9,9
Weizen und -gemenge .....	1 000 t	75,6	78,1	81,3	85,1	77,1	77,8	90,5	86,0	66,9
Vorräte bei den Erzeugern <sup>13, 14</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	7,1	3,2	4,7	.	.	.	.	.	.
Weizen .....	1 000 t	194,4	206,7	236,9	.	.	.	.	.	.
Gerste .....	1 000 t	223,0	204,4	209,0	.	.	.	.	.	.
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	44,6	32,4	22,7	.	.	.	.	.	.
Kartoffeln .....	1 000 t	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Vorräte in zweiter Hand <sup>9, 12</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	34,0	45,4	43,9	36,4	32,4	32,3	29,6	25,9	24,1
Weizen .....	1 000 t	432,3	554,0	436,0	429,1	342,7	330,4	354,6	326,6	304,5
Gerste .....	1 000 t	270,7	293,7	297,9	242,2	207,7	268,0	262,6	249,7	242,5
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	9,4	10,1	8,2	7,2	5,4	5,5	5,2	4,5	4,5
Mais .....	1 000 t	103,2	120,9	127,8	145,2	124,4	120,3	104,3	89,3	76,1
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt .....	1 000 hl	1 904	1 906	...	1 982	2 187	1 363	1 657	2 123	2 043
dav. Bier der Steuerklassen bis 10 .....	1 000 hl	119	124	...	129	162	74	92	138	148
11 bis 13 .....	1 000 hl	1 766	1 763	...	1 834	2 009	1 263	1 535	1 967	1 880
14 oder darüber .....	1 000 hl	19	20	...	18	16	26	30	19	15
dar. Ausfuhr zusammen .....	1 000 hl	242	287	...	307	358	189	273	281	338
dav. in EU-Länder .....	1 000 hl	196	230	...	241	285	141	211	214	271
in Drittländer .....	1 000 hl	47	57	...	66	72	47	61	68	67

1 Gewerliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

9 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

10 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

11 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

12 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

13 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

14 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008		2009			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Gewerbeanzeigen <sup>1</sup></b>										
* Gewerbeanmeldungen .....	1 000	11,2	10,9	11,0	12,3	10,0	10,4	12,4	11,4	10,4
* Gewerbeabmeldungen .....	1 000	8,5	8,5	8,7	9,5	7,4	8,8	9,7	8,5	7,1
		2009								
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>2</sup></b>										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten .....	Anzahl	3 759	3 880	3 884	3 885	3 883	...	...	...	...
* Beschäftigte .....	1 000	1 060	1 063	1 058	1 051	1 045	...	...	...	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten .....	1 000	369	370	368	365	363	...	...	...	...
Investitionsgüterproduzenten .....	1 000	500	500	497	493	490	...	...	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten .....	1 000	39	39	39	38	38	...	...	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten .....	1 000	150	152	152	152	152	...	...	...	...
Energie .....	1 000	2	2	2	2	2	...	...	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden .....	1 000	122 977	124 337	136 282	125 260	121 189	...	...	...	...
* Bruttoentgelte .....	Mill. €	3 860	3 444	3 509	3 587	3 678	...	...	...	...
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	18 901	19 190	23 075	20 751	21 310	...	...	...	...
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten .....	Mill. €	4 990	4 844	5 640	5 326	5 300	...	...	...	...
* Investitionsgüterproduzenten .....	Mill. €	9 939	10 407	13 150	11 203	11 928	...	...	...	...
* Gebrauchsgüterproduzenten .....	Mill. €	594	584	679	596	586	...	...	...	...
* Verbrauchsgüterproduzenten .....	Mill. €	2 704	2 713	2 934	2 890	2 715	...	...	...	...
* Energie .....	Mill. €	674	641	673	735	781	...	...	...	...
* darunter Auslandsatz .....	Mill. €	9 410	9 651	11 462	10 024	10 541	...	...	...	...
<b>Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 = 100) <sup>2</sup></b>										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Verarbeitendes Gewerbe .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorleistungsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Investitionsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Energie .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 = 100) <sup>2</sup></b>										
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3</sup> insgesamt .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Inland .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Ausland .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorleistungsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Investitionsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten .....	%	...	...	...	...	...	...	...	...	...

1 Ohne Reisegewerbe.

2 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

3 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008		2009			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Baugewerbe <sup>1</sup></b>										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten										
Hoch- und Tiefbau <sup>2</sup>										
* Beschäftigte im Bauhauptgewerbe <sup>3</sup> .....	Anzahl	127 213	128 661	127 525	127 114	129 082	114 598	119 253	125 543	126 675
* Geleistete Arbeitsstunden .....	1 000	12 461	12 467	12 436	14 282	12 901	5 644	10 294	13 250	12 862
* dav. für Wohnungsbauten .....	1 000	5 630	5 516	5 166	6 057	5 650	2 212	4 334	5 748	5 581
* gewerblicher und industrieller Baut <sup>4</sup> .....	1 000	3 578	3 605	3 865	4 208	3 670	2 182	3 388	3 708	3 486
* Verkehrs- und öffentliche Bauten .....	1 000	3 252	3 346	3 405	4 017	3 581	1 250	2 572	3 794	3 795
* Bruttoentgeltsumme .....	Mill. €	274,6	282,8	287,4	296,1	294,0	204,5	243,7	288,0	285,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	1 299,9	1 285,6	1 371,9	1 288,4	1 339,8	694,3	989,5	1 157,5	1 293,4
* dav. Wohnungsbau .....	Mill. €	503,0	461,9	463,3	466,0	455,6	201,2	318,4	403,4	435,1
gewerblicher und industrieller Bau .....	Mill. €	443,1	461,8	518,9	469,7	499,9	288,8	417,8	424,4	450,6
* öffentlicher und Verkehrsbau .....	Mill. €	353,8	362,0	389,6	352,7	384,2	204,4	253,3	329,7	407,7
Messzahlen (2005 ± 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg. ....	%	106,2	114,6	110,5	124,6	118,4	69,7	124,2	131,7	116,3
* davon Wohnungsbau .....	%	98,6	94,0	84,8	76,2	96,6	67,0	84,5	112,1	109,6
gewerblicher und industrieller Bau .....	%	114,2	127,4	128,8	155,3	129,6	74,6	152,5	127,1	110,5
öffentlicher und Verkehrsbau .....	%	103,4	116,3	110,1	127,6	122,2	66,6	123,7	149,8	126,6
darunter Straßenbau .....	%	102,3	129,1	122,2	142,5	141,0	59,4	167,6	208,8	131,0
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe <sup>5, 6</sup>										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe .....	Anzahl	41 104	42 913	44 850	.	.	.	44 351	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden .....	1 000	4 002	4 284	4 539	.	.	.	12 429	.	.
* Brutto lohn- und -gehaltssumme .....	Mill. €	92,0	98,5	104,7	.	.	.	292,8	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	371,0	393,5	440,8	.	.	.	987,3	.	.
<b>Energieversorgung</b>										
* Betriebe .....	Anzahl	229	237	245	239	239	254	253	253	246
* Beschäftigte .....	Anzahl	30 415	30 400	30 105	30 353	30 265	29 515	29 541	29 554	25 764
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>7</sup> .....	1000	3 876	3 840	3 824	4 202	3 518	3 610	3 927	3 675	3 105
* Brutto lohn- und -gehaltssumme .....	Mill. Euro	100	115	115	147	110	105	107	131	94
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung <sup>8</sup>	Mill. kWh	6 251,2	6 507,1	6 444,4	6 128,9	6 864,4	6 194,4	6 421,9	6 273,3	...
Erdgasgewinnung <sup>9</sup> .....	Mill. m³	0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	...	...
Erdgasbezug <sup>9</sup> .....	Mill. m³	706,3	749,7	725,8	610,2	471,6	560,3	803,9	...	...
Erdgasverbrauch <sup>9</sup> .....	Mill. m³	706,6	736,8	715,5	620,8	435,0	590,7	908,4	...	...
<b>Handwerk (Messzahlen) <sup>10</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 ± 100) .....	%	.	.	.	.	.	.	...	.	.
* Umsatz <sup>11</sup> (VjD 2003 ± 100) (ohne Mehrwertsteuer) .....	%	.	.	.	.	.	.	...	.	.
<b>Bautätigkeit und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude <sup>12</sup> (nur Neu- und Wiederaufbau) .....	Anzahl	2 148	1 545	1 434	1 711	1 511	1 068	1 585	1 548	1 593
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen .....	Anzahl	1 948	1 406	1 302	1 571	1 387	973	1 469	1 432	1 475
* Umbauter Raum .....	1 000 m³	2 493	1 812	1 762	2 049	1 871	1 355	1 933	1 901	1 949
* Veranschlagte Baukosten .....	Mill. €	603	445	446	508	482	348	495	482	502
* Wohnfläche <sup>13</sup> .....	1 000 m²	414	307	297	342	309	230	324	316	321
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) .....	Anzahl	617	668	714	904	854	468	705	791	701
* Umbauter Raum .....	1 000 m³	2 902	4 073	4 231	5 439	4 193	2 625	3 761	3 401	4 113
* Veranschlagte Baukosten .....	Mill. €	327	448	450	540	409	383	501	477	391
* Nutzfläche .....	1 000 m²	461	601	618	796	619	422	572	498	528
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) .....	Anzahl	4 116	3 072	2 921	3 268	3 067	2 236	3 056	3 192	3 173
* Wohnräume <sup>14</sup> insgesamt (alle Baumaßnahmen) .....	Anzahl	20 797	15 285	14 177	16 607	14 705	10 813	15 574	15 299	15 394
		2006	2007	2008 <sup>15</sup>	2008 <sup>15</sup>		2009 <sup>15</sup>			
		Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Außenhandel</b>										
* <b>Einfuhr insgesamt</b> (Generalhandel) <sup>16</sup> .....	Mill. €	9 658,2	10 329,3	10 825,2	10 864,5	8 849,9	9 304,9	8 547,4	9 280,7	8 629,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft .....	Mill. €	457,1	510,2	538,3	535,6	521,7	549,1	481,6	475,3	540,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft .....	Mill. €	8 492,2	9 018,3	9 509,9	9 578,1	7 749,5	7 897,3	7 180,6	7 880,4	7 236,8
* davon Rohstoffe .....	Mill. €	1 065,7	978,3	1 391,1	1 223,1	1 045,5	1 083,0	825,2	681,3	912,8
* Halbwaren .....	Mill. €	389,3	450,9	456,6	398,9	338,1	273,9	296,0	322,1	307,6
* Fertigwaren .....	Mill. €	7 037,3	7 589,2	7 662,1	7 956,1	6 365,8	6 540,5	6 059,4	6 877,1	6 016,4
* davon Vorerzeugnisse .....	Mill. €	733,4	833,2	827,6	747,7	590,6	606,4	568,6	635,2	602,8
* Enderzeugnisse .....	Mill. €	6 303,9	6 756,0	6 834,5	7 208,5	5 775,3	5 934,1	5 490,8	6 241,9	5 413,6

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft

8 Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW

9 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

10 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber, beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

11 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

12 Einschl. Wohnheime.

13 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

14 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

15 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

16 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>		2009 <sup>1</sup>			
		Monatsdurchschnitt			Nov.	Dez.	Januar	Februar	März	April
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter <sup>2</sup> aus										
* Europa .....	Mill. €	6 752,9	7 341,0	7 602,0	7 356,3	5 970,8	6 383,8	6 063,2	6 497,4	6 103,2
* dar. aus EU-Ländern <sup>3</sup> insgesamt .....	Mill. €	5 606,9	6 183,2	6 178,1	5 980,2	4 829,4	5 244,2	5 117,5	5 483,8	5 079,0
dar. aus Belgien .....	Mill. €	267,1	307,1	289,1	283,2	226,5	207,6	285,4	265,8	227,5
Bulgarien .....	Mill. €	24,4	22,2	22,5	22,6	19,4	22,5	19,7	21,4	17,7
Dänemark .....	Mill. €	54,3	56,8	55,3	55,6	42,2	50,7	50,1	51,8	53,2
Finnland .....	Mill. €	47,7	69,6	45,9	35,2	33,5	35,6	38,9	35,7	28,2
Frankreich .....	Mill. €	589,3	597,6	588,8	571,1	497,7	490,1	467,8	497,6	479,8
Griechenland .....	Mill. €	37,2	36,1	35,4	27,0	25,6	36,9	27,2	27,6	36,9
Irland .....	Mill. €	154,7	184,6	141,5	129,6	132,5	111,4	104,1	148,7	144,0
Italien .....	Mill. €	715,6	770,6	815,2	815,2	680,6	724,6	752,2	752,4	721,9
Luxemburg .....	Mill. €	26,0	16,2	18,9	15,1	16,7	15,6	14,6	18,7	14,9
Niederlande .....	Mill. €	458,5	502,3	451,6	471,9	424,2	367,8	453,4	408,6	387,2
Österreich .....	Mill. €	1 102,4	1 193,8	1 164,9	1 058,4	753,5	1 033,8	925,7	1 021,1	942,6
Polen .....	Mill. €	208,8	254,6	264,0	239,4	180,1	253,2	213,2	227,7	224,9
Portugal .....	Mill. €	52,9	40,3	43,4	42,1	33,6	38,6	35,9	41,1	37,5
Rumänien .....	Mill. €	106,7	98,5	107,7	99,1	69,2	81,5	102,2	98,3	89,8
Schweden .....	Mill. €	102,4	108,4	112,6	93,8	77,7	80,7	80,5	84,5	74,2
Slowakei .....	Mill. €	102,6	171,4	211,7	183,3	135,2	133,6	143,7	150,0	115,5
Slowenien .....	Mill. €	66,5	72,1	74,9	82,9	54,4	76,3	57,2	60,5	58,4
Spanien .....	Mill. €	176,0	184,2	198,9	192,8	177,7	222,6	172,8	190,5	194,5
Tschechische Republik .....	Mill. €	516,8	638,4	722,3	748,1	683,8	656,1	635,9	679,7	608,1
Ungarn .....	Mill. €	349,3	412,3	415,9	407,8	291,5	275,8	286,3	374,0	299,0
Vereinigtes Königreich .....	Mill. €	426,3	417,8	368,6	368,8	256,2	298,1	224,1	299,4	288,9
Russische Föderation .....	Mill. €	475,0	396,8	540,7	583,0	555,0	458,2	341,4	445,0	376,5
* Afrika .....	Mill. €	337,7	270,3	424,8	303,6	196,3	308,4	223,2	93,7	276,2
dar. aus Südafrika .....	Mill. €	42,6	41,4	43,1	25,9	21,7	27,0	29,7	31,0	34,0
* Amerika .....	Mill. €	920,5	891,9	909,9	1 037,6	842,3	776,8	724,7	1 157,9	713,0
darunter aus den USA .....	Mill. €	770,3	732,9	763,1	886,7	695,4	618,4	612,9	1 014,4	563,7
* Asien <sup>4</sup> .....	Mill. €	1 634,7	1 811,5	1 875,9	2 155,5	1 830,8	1 822,5	1 516,9	1 511,8	1 515,8
darunter aus der Volksrepublik China .....	Mill. €	736,8	879,8	983,3	1 218,7	947,7	1 056,8	783,8	770,4	829,1
Japan .....	Mill. €	272,4	286,9	271,0	286,0	225,8	202,9	204,0	227,3	210,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete .....	Mill. €	12,5	14,6	12,6	11,5	9,7	12,9	18,7	19,5	20,7
* <b>Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) <sup>5</sup></b> .....	Mill. €	11 772,2	12 801,0	12 977,5	11 772,7	10 384,4	9 287,4	10 011,1	10 456,0	9 577,7
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft .....	Mill. €	492,0	545,8	624,9	564,7	558,6	521,1	561,0	570,7	508,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft .....	Mill. €	10 736,5	11 676,8	11 778,9	10 689,7	9 419,9	8 296,3	8 993,1	9 384,9	8 616,5
* davon Rohstoffe .....	Mill. €	65,9	77,3	68,4	52,5	49,2	44,9	42,6	49,6	48,1
* Halbwaren .....	Mill. €	455,5	510,9	526,0	408,1	319,4	318,3	293,0	297,7	301,6
* Fertigwaren .....	Mill. €	10 215,1	11 088,6	11 184,5	10 229,1	9 051,3	7 933,1	8 657,5	9 037,5	8 266,8
* davon Vorerzeugnisse .....	Mill. €	833,4	860,2	891,0	750,0	608,4	721,1	659,1	681,9	625,2
* Enderzeugnisse .....	Mill. €	9 381,7	10 228,3	10 293,5	9 479,1	8 443,0	7 212,0	7 998,4	8 355,6	7 641,6
darunter <sup>2</sup> nach										
* Europa .....	Mill. €	8 244,9	9 165,3	9 239,6	8 363,8	7 024,5	6 511,7	6 980,7	7 547,8	6 721,0
* dar. in EU-Länder <sup>3</sup> insgesamt .....	Mill. €	7 219,3	7 989,0	7 947,6	7 159,6	5 887,7	5 655,9	6 054,1	6 623,0	5 857,2
dar. nach Belgien .....	Mill. €	375,5	421,4	420,0	418,2	362,1	323,8	363,0	442,4	347,1
Bulgarien .....	Mill. €	26,0	30,9	32,9	31,2	25,3	25,3	22,0	48,1	22,0
Dänemark .....	Mill. €	125,8	134,1	132,8	125,4	92,8	106,7	98,1	102,8	87,4
Finnland .....	Mill. €	84,2	92,3	111,8	133,4	79,0	73,7	120,5	101,9	86,3
Frankreich .....	Mill. €	900,0	956,1	967,2	934,7	772,7	798,6	813,6	855,3	801,7
Griechenland .....	Mill. €	108,6	111,3	107,1	92,8	99,3	67,6	71,8	71,3	57,6
Irland .....	Mill. €	60,2	72,4	66,9	50,5	40,9	44,6	39,7	48,5	24,4
Italien .....	Mill. €	1 023,1	1 073,8	1 040,4	966,8	815,5	770,8	850,3	914,4	762,6
Luxemburg .....	Mill. €	35,9	34,9	42,0	33,0	31,9	35,6	37,2	41,0	37,6
Niederlande .....	Mill. €	403,1	441,1	452,4	424,4	398,0	360,5	385,8	494,1	385,6
Österreich .....	Mill. €	998,3	1 092,8	1 143,5	1 133,8	1 033,9	870,2	991,8	986,1	891,7
Polen .....	Mill. €	263,7	328,3	359,4	316,2	248,1	255,4	277,1	302,4	248,8
Portugal .....	Mill. €	95,9	101,1	101,0	105,3	88,2	61,1	80,1	85,1	77,5
Rumänien .....	Mill. €	103,5	115,0	136,9	128,2	94,2	97,9	100,4	104,0	91,8
Schweden .....	Mill. €	238,5	265,4	254,7	233,8	171,2	176,7	188,3	176,2	171,1
Slowakei .....	Mill. €	107,1	132,8	140,9	124,7	85,8	84,3	77,3	88,5	79,2
Slowenien .....	Mill. €	59,4	70,9	69,2	54,6	45,5	45,3	41,8	52,3	37,9
Spanien .....	Mill. €	572,4	634,5	549,5	431,7	338,1	358,8	389,4	463,3	372,3
Tschechische Republik .....	Mill. €	351,2	403,3	423,6	371,7	300,8	306,6	305,6	347,0	322,9
Ungarn .....	Mill. €	365,9	390,0	389,0	330,8	206,4	161,5	147,9	178,8	180,4
Vereinigtes Königreich .....	Mill. €	856,7	1 008,0	916,4	606,0	485,5	582,0	604,4	653,1	717,5
Russische Föderation .....	Mill. €	225,3	311,3	365,5	364,3	319,7	196,8	204,2	192,0	184,6
* Afrika .....	Mill. €	223,5	231,7	249,3	216,9	242,2	196,5	253,0	212,9	202,0
dar. nach Südafrika .....	Mill. €	116,8	108,2	98,2	58,6	71,8	85,2	100,6	77,3	77,3
* Amerika .....	Mill. €	1 730,3	1 689,8	1 638,1	1 503,6	1 311,5	1 193,1	1 211,0	1 162,7	1 063,7
darunter in die USA .....	Mill. €	1 404,6	1 362,6	1 240,7	1 159,2	937,5	955,9	953,4	860,1	773,3
* Asien <sup>4</sup> .....	Mill. €	1 475,3	1 577,6	1 733,2	1 580,4	1 707,4	1 318,4	1 473,1	1 439,1	1 474,8
darunter in die Volksrepublik China .....	Mill. €	413,3	470,1	562,1	512,8	555,9	432,1	516,2	531,4	571,4
Japan .....	Mill. €	223,3	209,4	206,4	174,7	179,3	166,0	169,9	180,5	146,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete .....	Mill. €	96,2	97,3	113,8	105,6	98,2	67,1	92,9	92,0	114,5

<sup>1</sup> Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

<sup>2</sup> Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

<sup>3</sup> Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

<sup>4</sup> Ohne Zypern (vgl. FN 3).

<sup>5</sup> Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>		2009 <sup>1</sup>			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Großhandel (2005 ± 100) <sup>2, 3</sup></b>										
* Index der Großhandelsumsätze nominal .....	%	105,3	108,8	112,5	118,6	...	84,8	98,2	96,9	...
* Index der Großhandelsumsätze real <sup>4</sup> .....	%	102,4	104,3	104,3	109,6	...	83,6	97,1	94,8	...
* Index der Beschäftigten im Großhandel .....	%	100,0	102,5	102,9	103,1	...	101,0	101,0	100,6	...
<b>Einzelhandel (2005 ± 100) <sup>2, 5</sup></b>										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal .....	%	100,1	98,7	103,1	102,9	...	88,7	99,5	102,3	...
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art <sup>6</sup> .....	%	99,3	100,1	104,6	103,6	...	92,2	99,2	103,9	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren <sup>6</sup> .....	%	96,5	93,0	95,4	95,2	...	85,3	92,3	95,7	...
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>6</sup> .....	%	105,6	106,8	109,9	112,5	...	102,1	111,4	112,3	...
Sonstiger Facheinzelhandel <sup>6</sup> .....	%	103,3	104,7	108,4	111,3	...	91,9	107,5	116,7	...
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) .....	%	95,3	85,9	95,9	91,4	...	81,0	92,5	80,2	...
* Index der Einzelhandelsumsätze real <sup>4</sup> .....	%	99,5	96,9	100,0	99,6	...	85,9	96,4	98,7	...
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel .....	%	99,1	99,7	101,4	100,9	...	101,0	100,8	100,9	...
<b>Kfz-Handel und Tankstellen (2005 ± 100) <sup>7</sup></b>										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal ..	%	106,6	101,7	102,9	123,6	...	96,6	116,6	115,4	...
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real <sup>4</sup> .....	%	104,8	97,2	99,1	119,4	...	93,7	113,0	111,3	...
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen .....	%	100,1	101,1	102,0	101,8	...	101,0	100,4	100,7	...
<b>Gastgewerbe (2005 ± 100) <sup>2</sup></b>										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal .....	%	101,8	102,7	108,6	101,1	...	87,7	91,2	97,6	...
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis .....	%	104,0	107,0	110,8	99,7	...	87,3	88,9	89,1	...
Sonstiges Beherbergungsgewerbe .....	%	70,8	69,5	74,1	88,0	...	70,2	68,5	82,8	...
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen .....	%	100,3	99,6	108,6	102,4	...	89,1	96,7	107,5	...
Sonstiges Gaststättengewerbe .....	%	100,1	98,8	106,7	101,2	...	87,6	94,1	104,6	...
Kantinen und Caterer .....	%	100,7	103,2	109,0	113,3	...	92,2	86,4	104,9	...
* Index der Gastgewerbeumsätze real <sup>4</sup> .....	%	100,5	98,9	108,6	102,4	...	86,3	89,8	96,3	...
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe .....	%	100,6	101,1	106,8	105,8	...	104,3	105,9	109,0	...
<b>Fremdenverkehr <sup>8</sup></b>										
* Gästeankünfte .....	1 000	2 121	2 197	...	1 973	2 554	1 649	1 748	1 878	2 487
* darunter Auslandsgäste .....	1 000	478	503	...	431	527	365	340	384	504
* Gästeübernachtungen .....	1 000	6 221	6 354	...	5 069	7 385	4 944	4 738	5 277	6 820
* darunter Auslandsgäste .....	1 000	1 005	1 067	...	886	1 095	860	729	792	1 026
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt <sup>9</sup> .....	Anzahl	62 647	59 695	58 897	76 053	65 506	54 591	86 909	82 700	81 395
davon Krafträder <sup>10</sup> .....	Anzahl	3 408	3 504	3 436	5 755	5 152	2 211	5 124	6 798	4 459
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge .....	Anzahl	54 115	50 668	49 918	63 094	54 481	49 240	76 522	70 585	72 336
* Lastkraftwagen .....	Anzahl	3 590	3 919	3 874	4 777	4 008	2 153	3 362	3 292	3 069
* Zugmaschinen .....	Anzahl	1 257	1 331	1 373	2 033	1 531	793	1 584	1 701	1 247
sonstige Kraftfahrzeuge .....	Anzahl	192	203	228	290	238	148	241	214	219
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen										
Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) .....	1 000	98 537	99 262	100 081	.	.	.	309 064	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen .....	1 000	86 425	87 099	87 926	.	.	.	271 705	.	.
private Unternehmen .....	1 000	12 112	12 164	12 155	.	.	.	37 358	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt <sup>11</sup> .....	Anzahl	27 961	28 913	28 650	29 415	29 903	24 895	24 283	26 616	...
* davon Unfälle mit Personenschaden .....	Anzahl	4 569	4 680	4 481	4 307	5 347	2 807	2 876	4 329	...
mit nur Sachschaden .....	Anzahl	23 391	24 233	24 169	25 108	24 556	22 088	21 407	22 287	...
* Getötete Personen <sup>12</sup> .....	Anzahl	76	83	66	60	76	39	49	61	...
* Verletzte Personen .....	Anzahl	6 123	6 222	5 926	5 705	6 994	3 855	3 851	5 664	...
<b>Luftverkehr</b>										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft .....	1 000	1 276	1 410	1 433	1 483	1 572	1 087	1 283	1 358	...
Abgang .....	1 000	1 275	1 408	1 433	1 484	1 577	1 119	1 290	1 355	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft .....	1 000	166	177	176	196	166	161	185	182	...
Abgang .....	1 000	168	176	176	197	176	166	182	187	...
<b>Eisenbahnverkehr</b>										
Güterempfang .....	1 000 t	2 198	2 273	2 420	2 637	2 320	1 918	2 228	2 055	...
Güterversand .....	1 000 t	1 906	2 070	2 108	2 320	2 134	1 653	1 939	1 868	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang insgesamt .....	1 000 t	517	485	516	353	580	375p	452p	351p	...
davon auf dem Main .....	1 000 t	275	260	270	190	338	211p	270p	193p	...
auf der Donau .....	1 000 t	241	225	246	163	242	164p	182p	158p	...
* Güterversand insgesamt .....	1 000 t	346	340	312	192	367	191p	236p	218p	...
davon auf dem Main .....	1 000 t	219	215	188	148	260	116p	145p	127p	...
auf der Donau .....	1 000 t	127	125	124	44	106	75p	92p	91p	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.  
2 Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.  
3 Einschließlich Handelsvermittlung.  
4 In Preisen von 2005.  
5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.  
7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.  
8 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping).  
9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.  
10 einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.  
11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.  
12 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008		2009			
		Monatsdurchschnitt <sup>1</sup>			April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen <sup>2, 3</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt .....	Mill. €	485 254	483 550	507 880	.	.	.	496 101	.	.
darunter Kredite an inländische Nichtbanker <sup>4</sup> .....	Mill. €	449 292	435 650	432 053	.	.	.	419 847	.	.
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt .....	Mill. €	60 563	70 611	82 252	.	.	.	71 985	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen <sup>5</sup> .....	Mill. €	59 277	68 567	80 386	.	.	.	69 505	.	.
an öffentliche Haushalte <sup>6</sup> .....	Mill. €	1 286	2 044	1 866	.	.	.	2 480	.	.
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7</sup> .....	Mill. €	40 029	40 992	58 032	.	.	.	63 639	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen <sup>5</sup> .....	Mill. €	37 158	38 450	56 182	.	.	.	61 884	.	.
an öffentliche Haushalte <sup>6</sup> .....	Mill. €	2 872	2 542	1 850	.	.	.	1 755	.	.
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>8</sup> .....	Mill. €	384 662	371 948	367 596	.	.	.	360 477	.	.
an Unternehmen und Privatpersonen <sup>5</sup> .....	Mill. €	344 433	334 864	333 420	.	.	.	327 851	.	.
an öffentliche Haushalte <sup>6</sup> .....	Mill. €	40 229	37 084	34 177	.	.	.	32 626	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt <sup>9</sup> (Monatsende) .....	Mill. €	426 936	461 124	505 778	.	.	.	529 298	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen <sup>10</sup> .....	Mill. €	310 205	352 529	405 152	.	.	.	425 397	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen <sup>5</sup> .....	Mill. €	298 226	334 128	380 932	.	.	.	405 287	.	.
von öffentlichen Haushalten <sup>6</sup> .....	Mill. €	11 979	18 401	24 220	.	.	.	20 110	.	.
Spareinlagen .....	Mill. €	116 731	108 595	100 627	.	.	.	103 901	.	.
darunter bei Sparkassen .....	Mill. €	50 922	47 320	42 574	.	.	.	42 384	.	.
bei Kreditbanken .....	Mill. €	25 127	23 330	22 900	.	.	.	25 735	.	.
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Insolvenzen insgesamt .....	Anzahl	1 523	1 567	1 471	1 672	1 344	1 336	1 723	1 555	1 480
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	184	164	129	175	101	104	180	181	130
* davon Unternehmen .....	Anzahl	358	319	283	352	269	286	382	421	327
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	136	113	91	132	81	77	133	136	94
* Verbraucher .....	Anzahl	827	914	885	991	816	741	964	821	798
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	2	3	3	0	2	2	3	7	14
* ehemals selbständig Tätige .....	Anzahl	301	300	277	298	241	286	333	281	319
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	31	32	25	33	12	14	26	24	18
sonstige natürliche Personen <sup>11</sup> , Nachlässe .....	Anzahl	37	34	26	31	18	23	44	32	36
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	15	17	10	10	6	11	18	14	4
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt .....	1 000 €	391 395	403 885	252 726	291 111	197 111	338 469	548 739	558 161	701 902
davon Unternehmen .....	1 000 €	239 654	260 516	132 520	168 681	92 340	215 364	401 424	458 091	571 771
Verbraucher .....	1 000 €	56 882	61 753	51 079	62 650	43 166	50 340	57 392	46 353	41 115
ehemals selbständig Tätige .....	1 000 €	65 600	64 569	55 237	50 733	49 484	69 888	69 714	46 530	76 867
sonstige natürliche Personen <sup>11</sup> , Nachlässe .....	1 000 €	29 260	17 047	13 890	9 047	12 121	2 877	20 210	7 187	12 150
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>										
Arbeitslosenversicherung (SGB III - Arbeitsförderung -)										
Empfänger von Arbeitslosengeld (I) .....	1000	212,2	...	...	135,0	122,5	196,3	197,0	176,6	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld (I) .....	Mill. €	293,0	...	...	211,0	170,9	247,6	272,0	255,5	221,3
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende -) <sup>12</sup>										
Bedarfsgemeinschaften .....	1000	306,4	...	...	269,7	266,3	259,2	262,3	...	...
Leistungsempfänger .....	1000	566,2	...	...	515,5	508,8	485,6	490,4	...	...
davon von Arbeitslosengeld II .....	1000	407,2	...	...	364,6	359,5	345,1	349,4	...	...
Sozialgeld .....	1000	159,4	...	...	150,9	149,3	140,4	141,0	...	...
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftsteuern <sup>*</sup>										
davon Steuern vom Einkommen .....	Mill. €	3 226,3	3 588,0	3 932,9	3 444,5	4 079,4	3 147,7	4 401,0	3 452,4	3 377,5
davon Lohnsteuer .....	Mill. €	2 251,0	2 433,0	2 597,3	2 482,2	2 558,7	2 649,1	2 308,5	2 422,6	2 494,0
veranlagte Einkommensteuer .....	Mill. €	342,3	486,0	565,6	296,2	183,9	- 249,7	1 020,8	327,2	160,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag .....	Mill. €	228,1	245,9	337,3	480,3	1 109,7	394,0	97,9	497,3	898,7
Abgeltungsteuer .....	Mill. €	100,6	176,9	192,0	129,5	142,6	137,5	106,4	126,7	109,3
Körperschaftsteuer .....	Mill. €	304,3	246,2	240,7	56,6	84,5	216,8	867,4	78,6	- 285,0
Steuern vom Umsatz <sup>*</sup>										
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	1 203,2	1 373,2	1 396,6	1 077,3	1 392,7	2 014,2	1 198,2	1 687,7	1 454,0
Einfuhrumsatzsteuer <sup>*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessteuern <sup>*</sup>										
darunter Verbrauchsteuern .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Mineralölsteuer .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Solidaritätszuschlag .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. - Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

\* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.



Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2008		2009			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Noch: Steuern										
Landessteuern	Mill. €	324,3	327,8	337,7	377,9	341,0	271,2	337,4	324,5	322,4
darunter Vermögensteuer <sup>1</sup>	Mill. €	0,3	0,4	- 0,3	0,2	1,0	0,0	- 0,3	0,3	0,1
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. €	126,0	126,8	126,9	157,9	139,2	86,6	135,8	137,2	126,5
Biersteuer	Mill. €	13,8	13,5	13,3	11,2	13,7	10,5	9,9	11,5	15,3
Gemeindesteuern <sup>2, 3, 4</sup>	Mill. €	1 947,0	2 096,0	2 142,0	.	.	.	1 797,6	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	20,3	20,4	20,4	.	.	.	19,2	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	355,6	360,5	363,6	.	.	.	329,6	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	1 561,1	1 703,2	1 745,8	.	.	.	1 423,6	.	.
Steuereinnahmen des Bundes <sup>5</sup>	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>5, 6</sup>	Mill. €	1 236,8	1 382,1	1 536,7	1 337,3	1 536,5	980,9	1 763,1	1 243,9	1 124,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>5</sup>	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage <sup>5, 7</sup>	Mill. €	22,7	23,6	20,5	51,7	3,9	17,0	1,1	48,5	2,5
Steuereinnahmen des Landes <sup>5</sup>	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>5, 6</sup>	Mill. €	1 239,7	1 402,8	1 536,0	1 337,3	1 593,7	1 105,0	1 763,1	1 243,9	1 247,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>5</sup>	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage <sup>5, 7, 8</sup>	Mill. €	82,0	84,2	89,4	242,7	5,9	25,4	1,6	205,3	3,6
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv <sup>3, 4, 5</sup>	Mill. €	2 800,1	3 091,0	3 286,6	.	.	.	3 245,5	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer <sup>5, 9</sup>	Mill. €	345,7	402,9	445,1	378,6	353,9	322,8	455,7	338,2	347,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>5</sup>	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Gewerbesteuer (netto) <sup>2, 10</sup>	Mill. €	1 265,2	1 366,5	1 415,4	.	.	.	1 447,9	.	.
<b>Verdienste</b>		2008	2007			2008			2009	
* Bruttomonatsverdienste <sup>11</sup> der vollzeitbeschäftigten		Jahreswert	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Arbeitnehmer <sup>12</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 624	3 085	3 130	3 131	3 165	3 210	3 234	3 251	3 218
männlich	€	3 880	3 282	3 334	3 331	3 371	3 415	3 438	3 456	3 408
weiblich	€	2 973	2 592	2 615	2 619	2 647	2 691	2 711	2 731	2 734
Produzierendes Gewerbe	€	3 731	3 155	3 208	3 218	3 228	3 280	3 304	3 293	3 165
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 364	2 913	2 928	2 944	2 979	3 031	3 089	3 096	2 796
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 837	3 222	3 285	3 289	3 304	3 344	3 366	3 359	3 228
Energieversorgung	€	4 707	3 768	3 849	3 827	3 945	3 968	4 104	4 089	4 144
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 948	2 637	2 670	2 702	2 667	2 794	2 776	2 783	2 800
Baugewerbe	€	2 888	2 581	2 643	2 704	2 570	2 746	2 786	2 752	2 516
Dienstleistungsbereich	€	3 543	3 033	3 073	3 066	3 117	3 157	3 180	3 219	3 258
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 495	2 985	3 130	3 050	3 079	3 118	3 131	3 148	3 137
Verkehr und Lagerei	€	2 907	2 600	2 632	2 623	2 648	2 676	2 688	2 717	2 665
Gastgewerbe	€	2 040	1 894	1 905	1 979	1 873	1 990	1 979	1 991	1 968
Information und Kommunikation	€	4 895	4 115	4 093	4 189	4 279	4 275	4 290	4 322	4 341
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 128	3 889	3 917	3 913	4 019	4 059	4 076	4 097	4 162
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 861	3 264	3 234	3 220	3 289	3 305	3 355	3 409	3 249
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 201	4 117	4 155	4 214	4 288	4 324	4 409	4 449	4 419
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 077	1 857	1 895	1 859	1 908	1 938	1 978	2 044	2 151
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 096	2 801	2 801	2 801	2 845	2 859	2 901	2 914	2 952
Erziehung und Unterricht	€	3 929	3 572	3 572	3 572	3 669	3 675	3 685	3 685	3 695
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 291	2 959	2 961	2 978	3 007	3 069	3 093	3 126	3 166
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	6 248	4 277	4 301	4 832	4 883	5 187	5 225	5 472	5 253
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 182	2 881	2 851	2 850	2 841	2 952	2 968	2 990	2 987
<b>Preise</b>		2004	2005	2006	2007	2008	2008	2009		
* Verbraucherpreisindex (2005 = 100)		Durchschnitt <sup>13</sup>					Jun	Apr	Mai	Jun
Gesamtindex	%	98,2	100,0	101,9	104,2	107,0	107,4	107,5	107,4	107,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	99,6	100,0	101,9	106,7	113,0	113,7	113,0	112,8	113,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	91,5	100,0	103,2	105,3	107,9	108,4	109,3	109,4	112,2
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	100,0	99,0	99,5	99,8	99,4	102,1	101,6	100,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	96,9	100,0	103,7	105,6	109,8	110,1	110,8	110,8	111,1
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	100,3	100,0	99,9	101,0	102,9	102,5	105,0	105,4	105,5
Gesundheitspflege	%	98,3	100,0	100,7	101,7	102,2	102,5	103,2	103,2	102,6
Verkehr	%	96,0	100,0	103,1	107,0	110,6	113,7	107,8	107,8	109,2
Nachrichtenübermittlung	%	101,8	100,0	96,0	94,9	91,8	91,7	90,1	89,9	89,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	101,0	100,0	99,7	100,0	99,6	98,1	100,6	99,7	99,3
Bildungswesen	%	94,7	100,0	103,1	120,7	128,0	128,6	128,8	128,8	128,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	99,5	100,0	102,4	105,8	108,7	108,6	109,8	110,7	111,3
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,5	100,0	101,3	103,6	105,6	105,7	107,3	107,5	107,5
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	98,6	100,0	101,2	103,8	105,3	104,8	106,6	106,4	106,6
Wohnungsnettomieten	%	98,5	100,0	102,0	103,9	105,8	105,7	107,2	107,2	107,5

1 Restbeträge.

2 Vj. Kassenstatistik.

3 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

4 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

5 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

6 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

8 Einschl. Erhöhungsbetrag.

9 Einschl. Zinsabschlag.

10 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

11 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

12 Ohne Beamte, ohne Auszubildende.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.



Bezeichnung	Einheit	2003	2004	2005	2006	2007	2008		2009		
		Durchschnitt <sup>1</sup>					August	Nov.	Februar	Mai	
Noch: Preise											
Preisindex für Bauwerke <sup>2</sup> (2005 ± 100)											
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten) .....	%	98,6	99,7	100,0	101,9	109,0	113,3	113,0	113,2	112,9	
davon Rohbauarbeiten .....	%	98,6	99,8	100,0	102,5	110,6	116,1	115,2	115,0	114,5	
Ausbauarbeiten .....	%	98,6	99,5	100,0	101,4	107,7	110,8	111,2	111,7	111,5	
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung .....	%	102,0	102,1	100,0	99,6	103,4	104,9	104,9	105,6	106,1	
Bürogebäude .....	%	98,2	99,3	100,0	102,2	109,9	114,3	114,2	114,5	114,2	
Gewerbliche Betriebsgebäude .....	%	97,0	98,3	100,0	102,3	109,9	115,0	114,7	114,9	114,6	
Straßenbau .....	%	100,6	99,5	100,0	104,7	112,9	120,4	121,5	121,5	121,4	
							2008				
Baulandpreise je m²							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Baureifes Land .....	€	194,46	218,48	221,84	233,16	250,77	229,89	206,85	258,27	213,33	
Rohbauland .....	€	55,12	75,81	66,02	55,09	74,86	57,67	34,91	63,29	65,83	
Sonstiges Bauland .....	€	80,72	73,10	63,72	65,69	66,42	59,24	68,51	55,23	54,10	

## Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2004	2005	2006	2007	2008	2008	2009		
		Durchschnitt <sup>1</sup>					Juni	April	Mai	Juni
<b>* Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)</b>										
Gesamtindex .....	%	98,5	100,0	101,6	103,9	106,6	107,0	106,8	106,7	107,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke .....	%	99,9	100,0	102,0	105,9	112,3	112,7	111,9	111,3	111,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	%	92,2	100,0	103,0	106,4	108,4	108,7	109,5	109,5	112,4
Bekleidung und Schuhe .....	%	101,9	100,0	99,4	100,7	101,4	100,5	104,0	103,1	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe .....	%	97,3	100,0	102,9	104,9	108,5	108,9	108,9	108,9	109,1
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt .....	%	100,3	100,0	99,8	101,0	102,5	102,2	104,1	104,1	104,5
Gesundheitspflege .....	%	98,3	100,0	100,5	101,3	103,0	103,2	104,1	104,2	104,2
Verkehr .....	%	96,1	100,0	103,0	106,9	110,5	113,4	107,5	108,1	109,4
Nachrichtenübermittlung .....	%	101,8	100,0	96,0	94,9	91,8	91,7	90,1	89,9	89,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	%	101,1	100,0	99,5	99,8	99,8	98,3	101,1	100,2	100,0
Bildungswesen .....	%	98,1	100,0	101,5	126,9	137,9	140,5	132,9	132,9	133,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen .....	%	99,9	100,0	101,2	104,0	106,3	106,1	106,9	107,8	108,6
Andere Waren und Dienstleistungen .....	%	99,3	100,0	101,1	103,7	105,9	106,0	107,1	107,3	107,3
<b>Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland</b>										
Index der Einfuhrpreise <sup>3</sup> (2005 ± 100) .....	%	96,7	100,0	104,4	105,1	109,9	112,1	100,4	100,4	...
Ausfuhrpreise <sup>4</sup> (2005 ± 100) .....	%	99,1	100,0	101,8	103,0	104,8	105,1	102,4	102,4	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte <sup>4</sup> (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	95,8	100,0	105,4	106,8	112,7	113,3	108,2	108,2	108,1
Vorleistungsgüterproduzenten .....	%	97,3	100,0	104,0	107,9	110,8	111,7	104,8	104,2	104,2
Investitionsgüterproduzenten .....	%	99,4	100,0	100,1	100,7	101,6	101,5	102,6	102,5	102,5
Konsumgüterproduzenten zusammen .....	%	98,7	100,0	101,2	103,0	106,9	107,0	105,7	105,6	105,7
Gebrauchsgüterproduzenten .....	%	99,0	100,0	100,7	102,3	105,0	104,7	106,3	106,4	106,4
Verbrauchsgüterproduzenten .....	%	98,6	100,0	101,2	103,1	107,2	107,3	105,7	105,5	105,6
Energie .....	%									
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4</sup> (2000 ± 100) .....	%	99,7	98,8	107,1	118,2	121,2	126,4	103,5p	103,2p	...
pflanzliche Produkte .....	%	103,2	98,9	115,7	132,0	129,3	140,3	113,4	115,1	...
tierische Produkte .....	%	97,4	98,7	101,4	109,3	116,0	117,4	97,0p	95,5p	...
Großhandelsverkaufspreise <sup>4</sup> (2005 ± 100) .....	%	97,1	100,0	103,5	107,1	112,9	115,5	104,3	104,4	105,3
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren .....	%	97,5	100,0	102,5	106,5	113,0	113,7	111,6	111,2	110,5
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen .....	%	86,7	100,0	106,5	107,7	123,3	133,4	98,4	98,9	105,2
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ± 100) .....	%	99,6	100,0	100,9	103,2	105,6	106,1	105,7	105,6	105,8
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art .....										
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren .....	%	97,2	100,0	102,2	105,7	109,7	110,0	110,5	110,3	111,3
Kraftfahrzeughandel .....	%	99,5	100,0	101,8	105,5	106,4	106,5	106,9	106,9	106,7

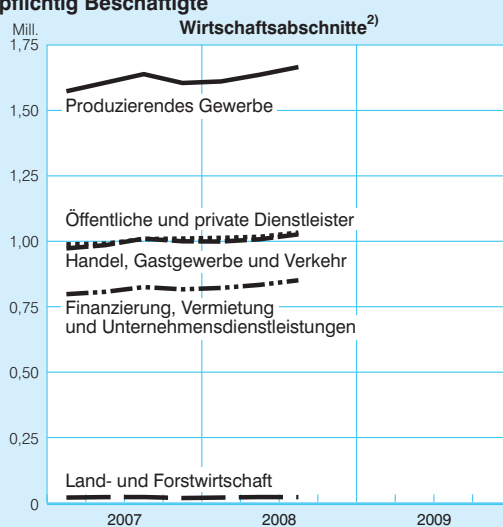
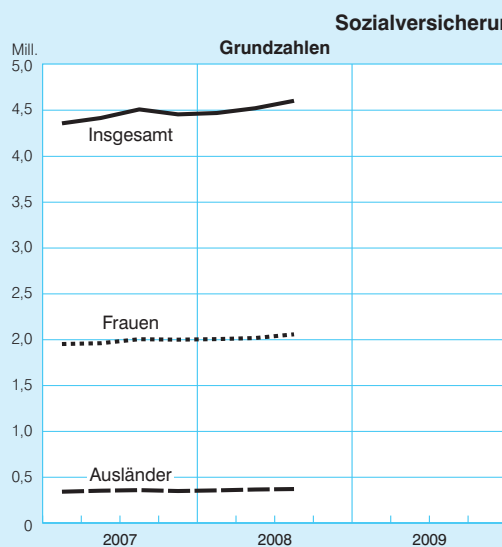
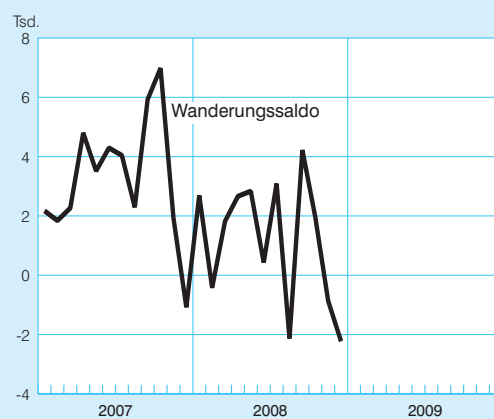
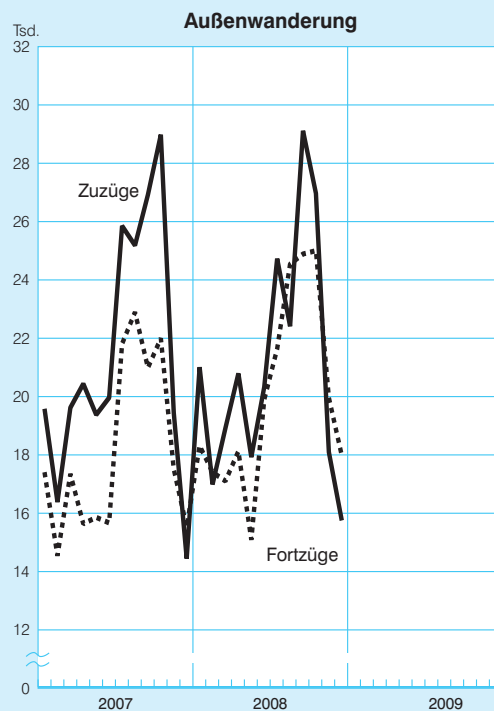
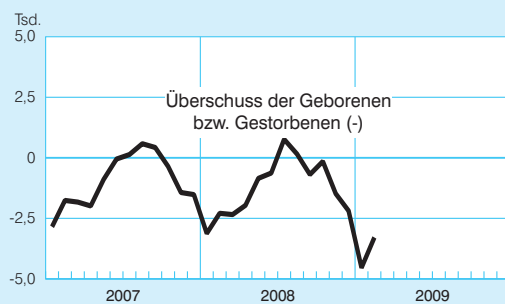
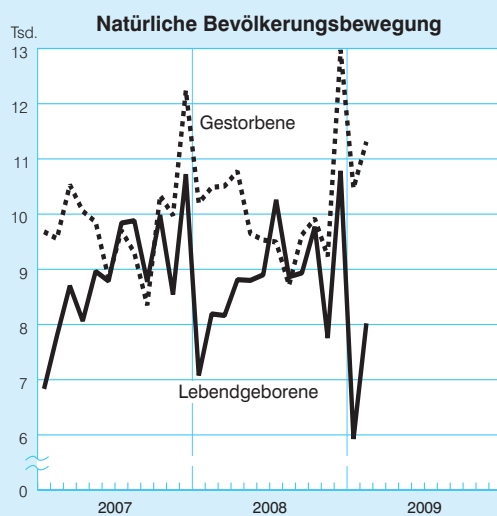
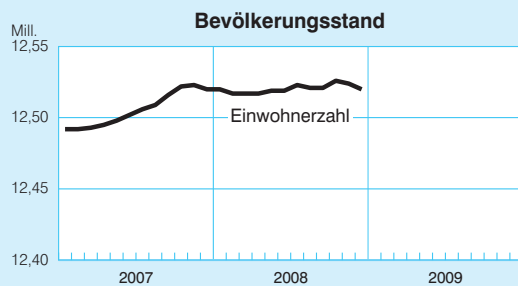
<sup>1</sup> Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

<sup>2</sup> Einschl. Mehrwertsteuer.

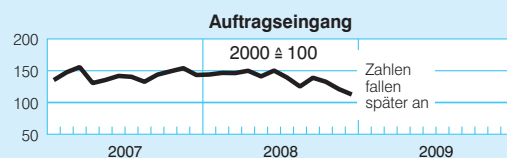
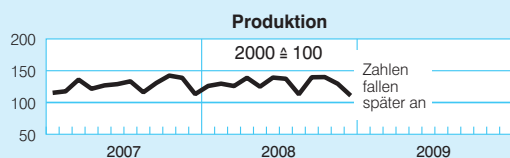
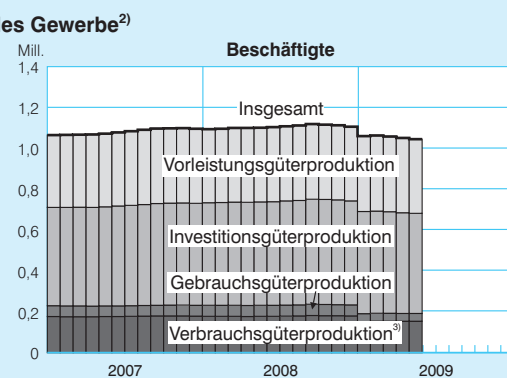
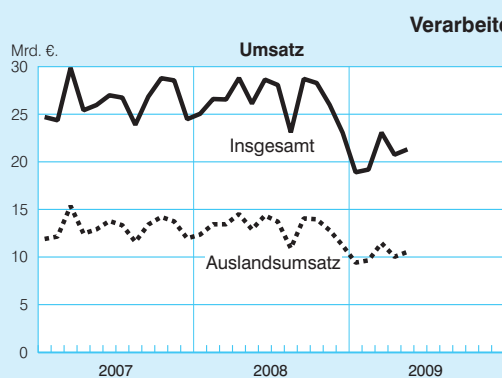
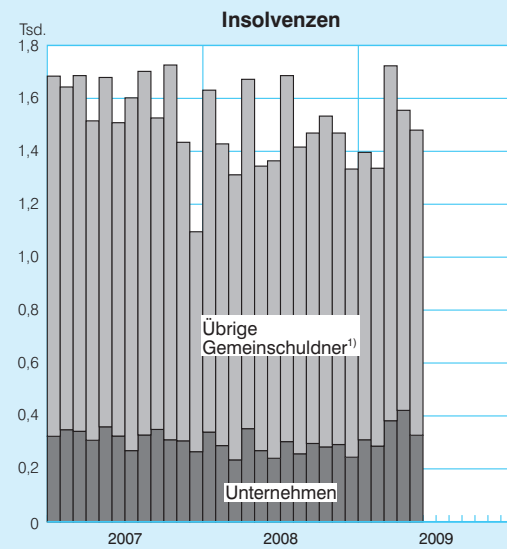
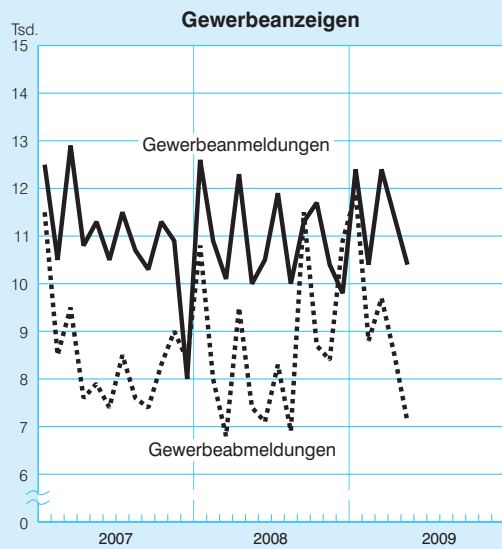
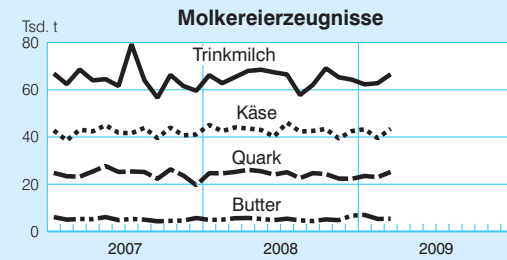
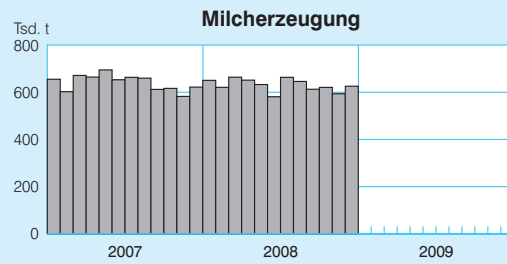
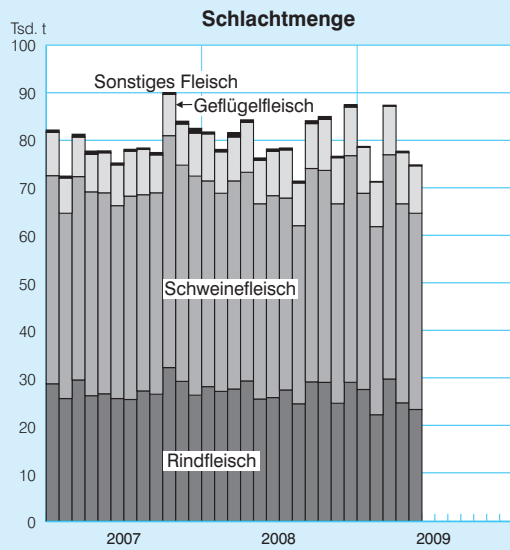
<sup>3</sup> Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

<sup>4</sup> Ohne Mehrwertsteuer.

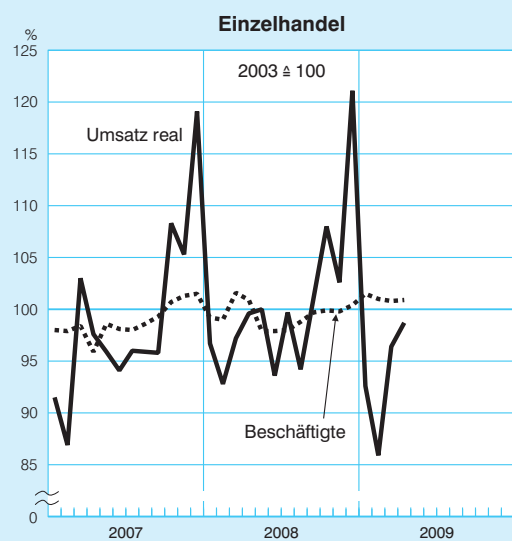
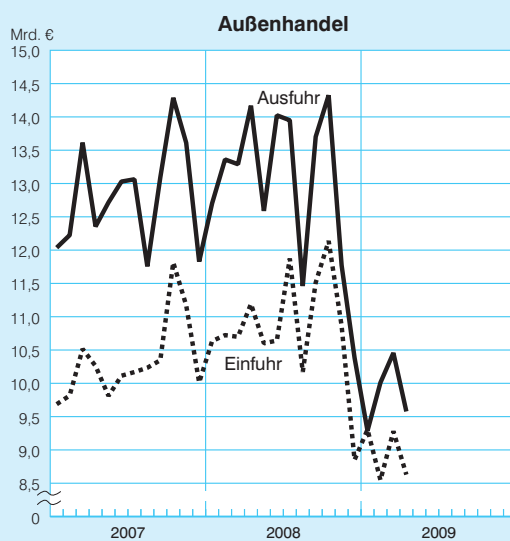
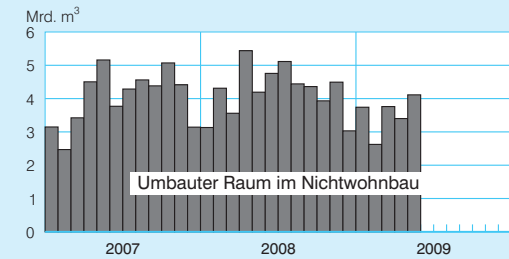
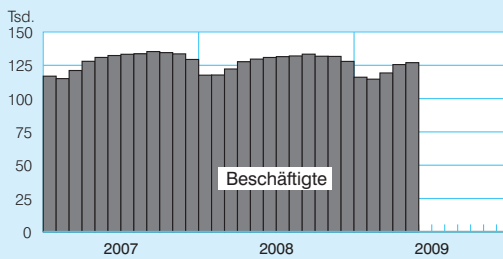
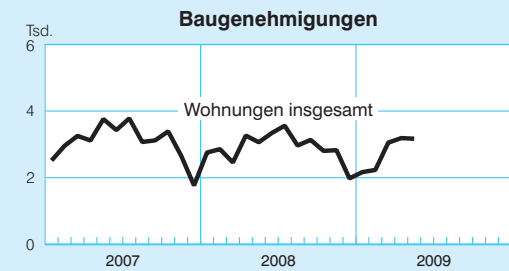
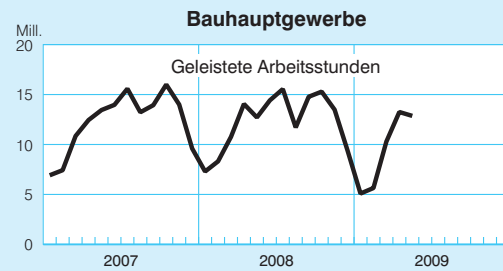
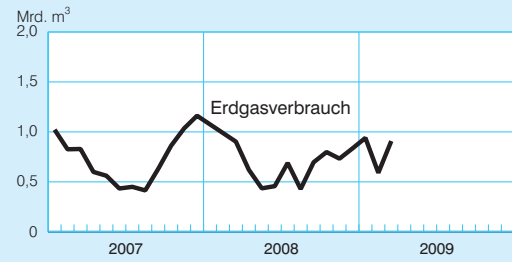
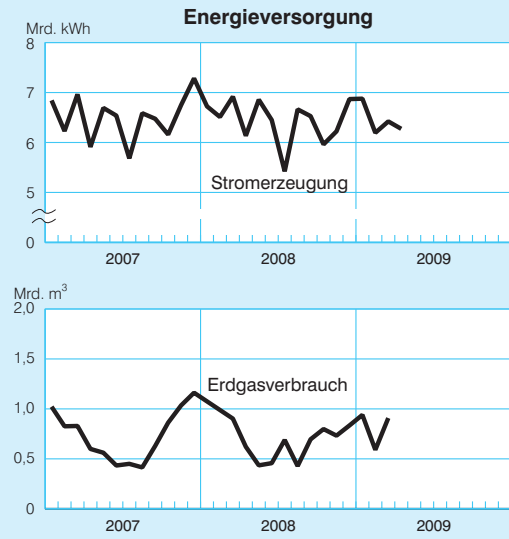
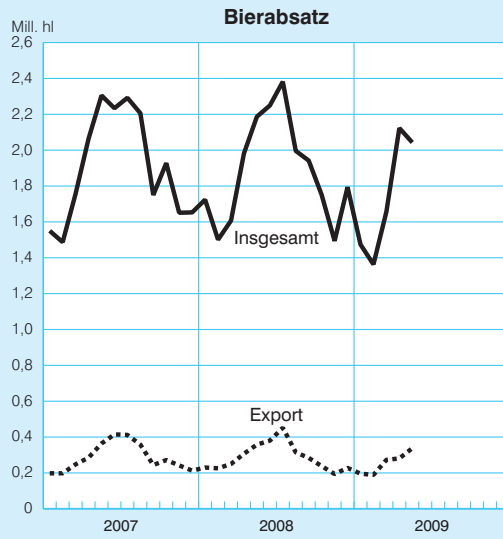
## Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

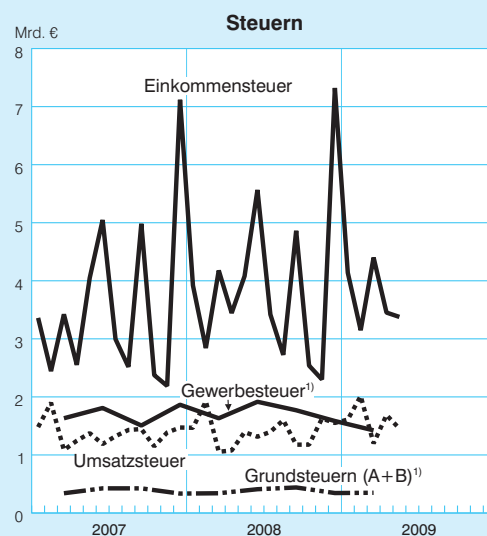
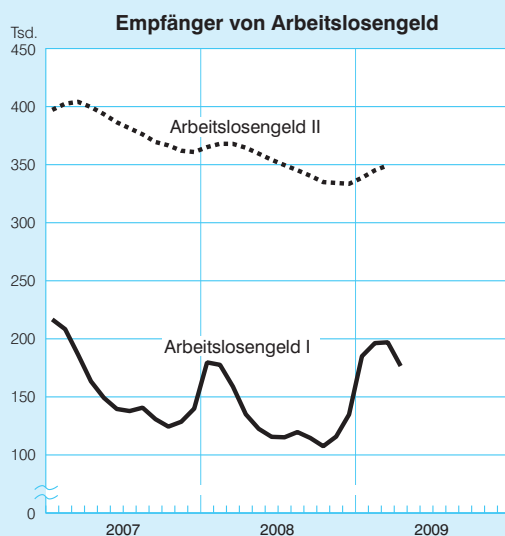
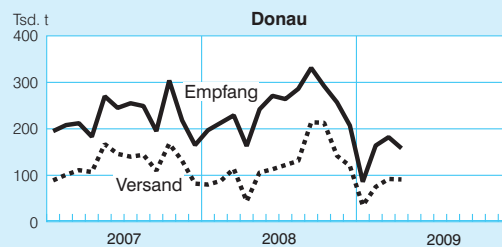
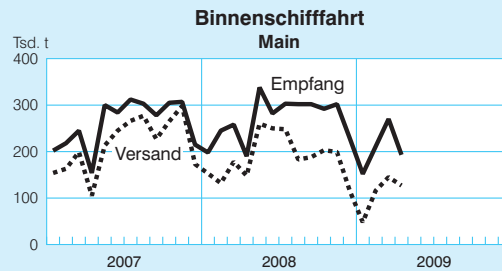
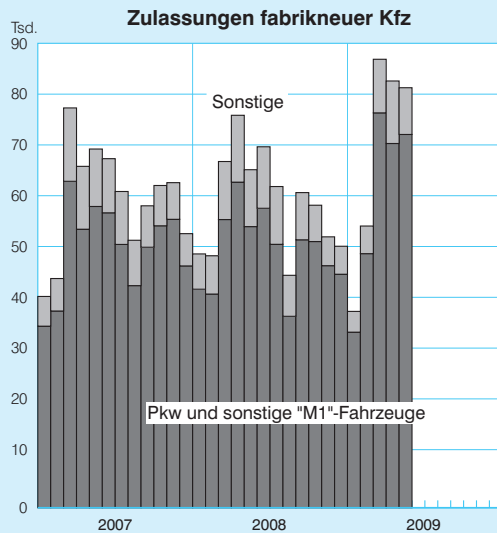
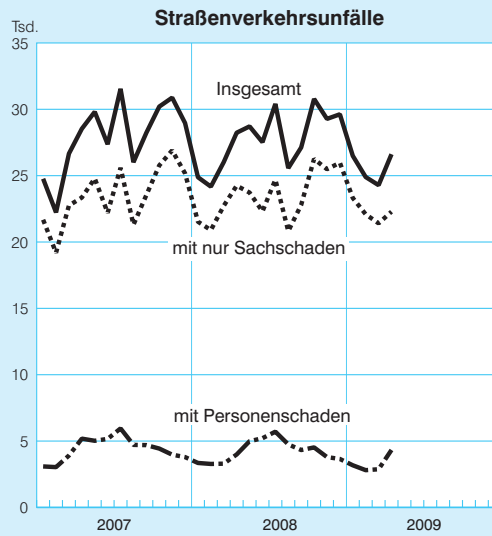
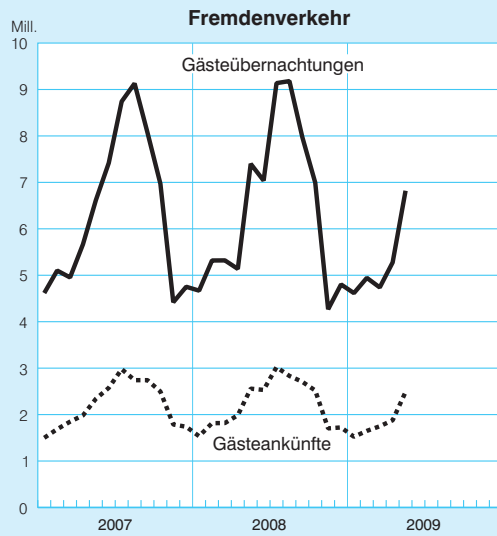


<sup>1)</sup> Ab Heft 5/2009 Nachweis der Gliederung gemäß WZ 2008 (Näheres Statistischer Bericht A6501).



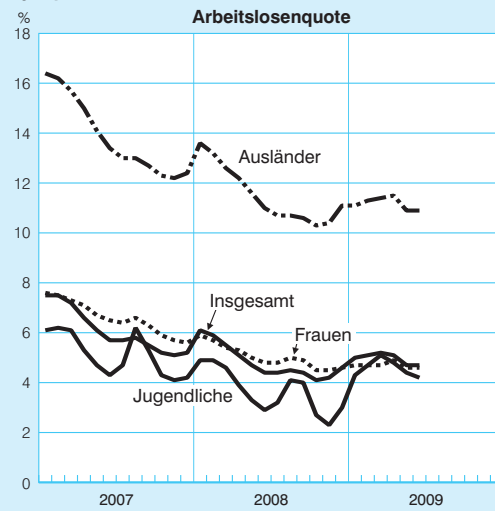
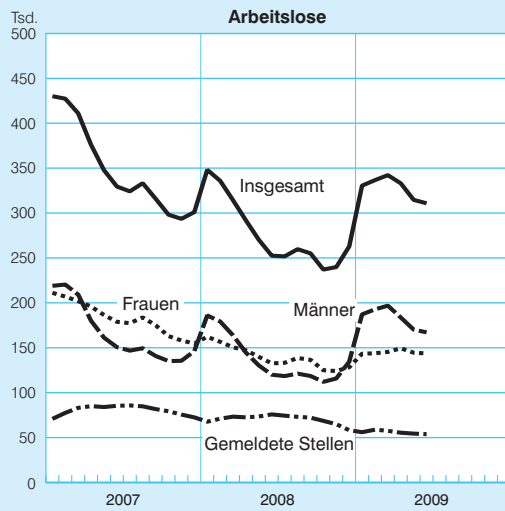
¹) Einschließlich Verbraucherinsolvenzen. - ²) sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. - ³) Einschl. Energie.



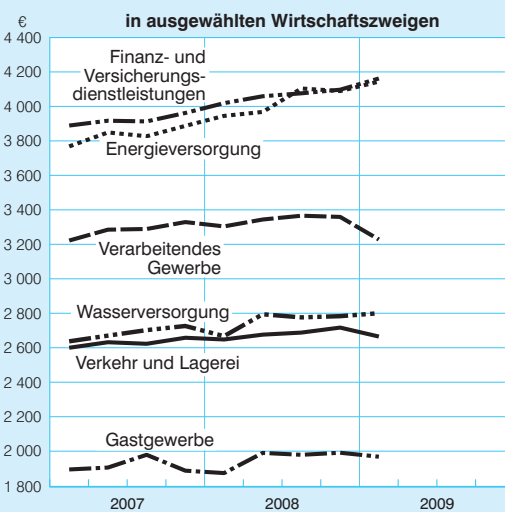
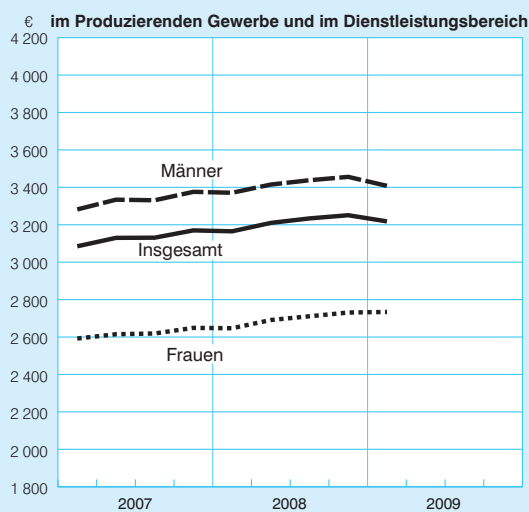


¹) Quartalswerte.

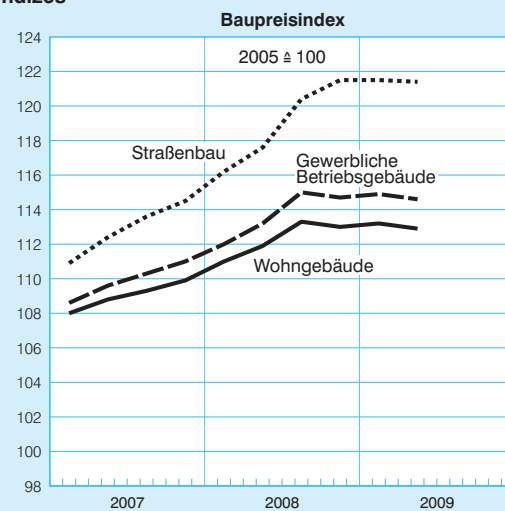
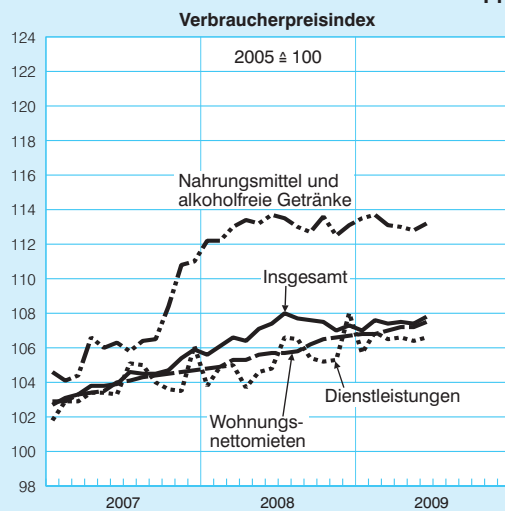
## Arbeitsmarkt



## Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



## Preisindizes



# Juni 2009

## Statistische Berichte

(Preise für Druckwerke, Datei kostenlos)

17,90 €	<b>Erwerbstätigkeit</b> • Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Bayerns 2008 Teil II der Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebung
6,70 €	<b>Erwachsenenbildung</b> • Erwachsenenbildung in Bayern 2007 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
kostenl.	<b>Sonstige kulturelle Einrichtungen, Sport</b> • Theater in Bayern im Spieljahr 2007/08 (Spielorte)
22,60 €	<b>Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. September 2008</b> • Endgültiges Ergebnis: Regionalergebnisse
5,— €	<b>Europawahl in Bayern am 7. Juni 2009</b> • Vorläufiges Ergebnis
8,30 €	<b>Land- und Forstwirtschaft</b> • Anbau von Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen zum Verkauf in Bayern – Totalerhebung 2008 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
kostenl.	<b>Gewerbeanzeigen</b> • Gewerbeanzeigen in Bayern im März 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
kostenl.	• Gewerbeanzeigen in Bayern im April 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
5,10 €	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b> • Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im April 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
kostenl.	• Produktion des Verarbeitenden Gewerbes (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern 2008
6,50 €	<b>Baugewerbe insgesamt</b> • Baugewerbe in Bayern im April 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
7,10 €	<b>Bautätigkeit</b> • Baugenehmigungen in Bayern im März 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
7,10 €	• Baugenehmigungen in Bayern im April 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
17,70 €	<b>Tourismus</b> • Tourismus in Bayern im April und Winterhalbjahr 2008/09 (November 2008 mit April 2009) (Gemeinden)
kostenl.	<b>Verkehr</b> • Straßenverkehrsunfälle in Bayern im März 2009 (Kreisfreie Städte und Gemeinden)
4,90 €	<b>Gemeindefinanzen</b> • Gemeindefinanzen in Bayern 1. Vierteljahr 2009 (Regierungsbezirke)

20,50 €

## Schulden und Personal

- Staats- und Kommunalschulden Bayerns  
am 31. Dezember 2008  
(Gemeinden)

kostenl.

## Steuern

- Einkommen der natürlichen Personen in Bayern 2004  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

5,70 €

## Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Mai 2009 sowie  
Jahreswerte von 2006 bis 2008
- Verbraucherpreisindex für Bayern  
Monatliche Indexwerte von Januar 2005 bis Mai 2009
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Mai 2009  
(Bund)

6,70 €

4,40 €

20,50 €

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

- Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in den  
kreisfreien Städten und Landkreisen, Regierungsbe-  
zirken, Regionen, Arbeitsmarktreichen Bayerns  
1980, 1990 bis 2007  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der  
privaten Haushalte in den kreisfreien Städten  
und Landkreisen, Regierungsbezirken, Regionen  
1991 bis 2007  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

15,— €

kostenl.

## Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

- Wasser- und Abwasserentgelte in Bayern 2007  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

kostenl.

## Umweltbelastungen

- Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von  
wassergefährdenden Stoffen in Bayern 2008

12,50 €

## Beiträge zur Statistik Bayerns

- Statistik und Leibrente?

### Bestellungen:

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
Vertrieb

Neuhauser Straße 8

80331 München

Fax: 089 2119-457

E-Mail: [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)

Webshop: [www.statistik.bayern.de/webshop](http://www.statistik.bayern.de/webshop)

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.  
Statistische Berichte sind im Webshop kostenlos als Datei erhältlich.  
Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis  
kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).



# Bundestagswahl 2009 in Bayern

Informationen und Veröffentlichungen des Landeswahlleiters  
und des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung  
vor, während und nach der Wahl im Internet

Pressemitteilungen des Landeswahlleiters

[www.statistik.bayern.de/pressemitteilungen/](http://www.statistik.bayern.de/pressemitteilungen/)

## Informationen und vorläufiges Ergebnis in der Wahlnacht am 27. September 2009

Unter [www.bundestagswahl2009.bayern.de](http://www.bundestagswahl2009.bayern.de) kann in der Wahlnacht  
der Eingang der Meldungen aus den bayerischen Wahlkreisen beobachtet werden.  
Nach Eingang aller Wahlkreisergebnisse erfahren Sie hier sofort das  
Vorläufige amtliche Ergebnis für Bayern.

## Veröffentlichungen

... stehen als PDF kostenlos zur Verfügung.

... können als gedruckte Ausgabe (kostenpflichtig) bestellt werden.

[www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/](http://www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/) [webshop](#)

### Bestellmöglichkeit per Brief oder Fax

Bayerisches Landesamt für Statistik und  
Datenverarbeitung

Neuhauser Straße 8, 80331 München

Briefanschrift: 80288 München

Telefax 089 2119-457

E-Mail [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)



Artikel-Nr.: Z10001 200907 Preis: 4,80 €